
RCHITEKTUR
87
DER DDR

IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR Berlin 1987

Oben: Günter Mittag, Mitglied des Politbüros, überreichte dem BdA den vom Staatsrat der DDR verliehenen Orden „Großer Stern der Völkerfreundschaft".
Unten: Blick in den Plenarsaal der Volkskammer der DDR, in dem der Kongreß des BdA tagte (Berichte S. 2 – 16 und 3. Umschlagseite)

Die Zeitschrift „Architektur der DDR“ erscheint monatlich

Jahresbezugspreis
DDR: 06000, Ausland: 120,– DM

Einzelheftpreis
DDR: 00500, Ausland: 10,– DM

Die Bezugspreise für das Ausland gelten ausschließlich Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der DDR:
Sämtliche Postämter und der VEB Verlag für Bauwesen Berlin

BRD und Berlin (West):
ESKABE Kommissions-Großbuchhandlung, Postfach 36, 8222 Ruhpolding/Obb.; Helios Literatur-Vertriebs-GmbH, Eichborndamm 141/167, Berlin (West) 52; Kunst und Wissen, Erich Bieber OHG, Postfach 46 7000 Stuttgart 1; Gebrüder Petermann, Buch + Zeitung INTERNATIONAL, Kurfürstendamm 111, Berlin (West) 30

Österreich
Helios Literatur-Vertriebs-GmbH & Co. KG, Industriestr. B 13, 2345 Brunn am Gebirge

Schweiz:
Verlagsauslieferung Wissenschaft der Freihofer AG, Weinbergstr. 109, 8033 Zürich

Im übrigen Ausland:
Der internationale Buch- und Zeitschriftenhandel, Auslandsbezug wird auch durch den AHB Buchexport der DDR, DDR – 7010 Leipzig, Leninstraße 16, und durch den Verlag vermittelt.

Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01), Potsdam, 1561
Printed in GDR, P 15/A39/87 bis P 15/A42/87

Anzeigen
Alleinige Anzeigenverwaltung: VEB Verlag Technik, Oranienburger Straße 13/14, Berlin, 1020, PSF 201, Fernruf 28700, Gültiger Preiskatalog 286/1

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Verlagsdirektor: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 20410, Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin, Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR“
Träger des Ordens Banner der Arbeit
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Telefon 2041267 · 2041268
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR
Artikelnummer: 5236

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 7. Juli 1987
Illusteil: 14. Juli 1987

Titelbild:

Bauausstellung der DDR 1987. Blick in die von der Bauakademie der DDR entwickelten SYBA-Hallen
Foto: Carin Martin, Berlin

Fotonachweis:

Martin, Berlin (19); BA/Bauinformation, Berlin (5); Krawutschke, Blankenfelde (2); Dallmann, Weimar (2); Volster, Wismar (1); Kilger, Berlin (3); Stappenbeck, Berlin (3); Dewag-Werbung, Berlin (2); Kabus, Berlin (12); Barucki, Warschau (18); Knaetsch, Berlin (1)

ISSN 0232–02413
Archit. DDR Berlin **36** (1987), Sept. **9**, S. 1–56

ARCHITEKTUR DER DDR

9 '87

AN UNSERE LESER IM AUSLAND

Erneuern Sie bitte rechtzeitig das bestehende Abonnement für das Jahr 1988, damit keine Unterbrechung in der Weiterbelieferung der Zeitschrift eintritt.

Нашим читателям за рубежом

Пожалуиста, не забудьте своевременно возобновуть подписку на журнал „Architektur der DDR“ для того, чтобы обеспечить неперерывное получение и в 1988

TO OUR FOREIGN READERS

Please, renew your subscription to „Architektur der DDR“ in due course to ensure continuous supply in 1988

A NOS LECTEURS ÉTRANGERS

S'il vous, plait, renouvelez à temps souscription à „Architektur der DDR“ pour éviter des interruptions de livraison en 1988

Herausgeber:
Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion:
Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Dipl.-Ing. Gabriele Knaetsch, Redakteurin
Christa Laasch, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung:
Joachim Hiebsch

Korrespondenten im Ausland:
Janos Böhönyey (Budapest), Daniel Kopeljanski (Moskau), Luis Lapidus (Havanna), Methodi Klassanow (Sofia)

IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR

Neben dem generellen Anliegen, Fortschritte im Architekturschaffen zum Wohle unseres Volkes zu fördern, hatten alle Kongresse des Bundes der Architekten der DDR auch stets ihre spezifische Thematik. Im Mittelpunkt des IX. Kongresses des BdA, der im Juni dieses Jahres in Berlin stattfand, stand nun, abgeleitet aus den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED, die Aufgabe, die Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens entschieden zu erhöhen, eine Aufgabe also, die auf das engste mit allen Zukunftsfragen der Architektur verknüpft ist.

Diesem Anliegen diente schon am Vortage des Kongresses eine Exkursion zur Bauausstellung der DDR und zu den wichtigsten Bauplätzen der Hauptstadt. Dies war bereits ein umfassender Erfahrungsaustausch, bei dem jeder der 450 Delegierten und Gäste zu Wort kam.

Den Kongreß, der im Plenarsaal der Volkskammer der DDR stattfand, eröffnete der Ehrenpräsident des BdA, Prof. Dr.-Ing. e. h. Edmund Collein. Die Delegierten begrüßten zu ihrer Beratung sehr herzlich die Mitglieder des Politbüros Günter Mittag und Günter Schabowski, den Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, den Leiter der Abteilung Bauwesen beim ZK der SED, Gerhard Trölitzsch und den Vorsitzenden der IG Bau/Holz, Lothar Lindner, sowie zahlreiche Gäste und Kollegen aus den befreundeten sozialistischen Ländern, unter ihnen den Präsidenten der UIA, Georgi Stoilov.

Mit starkem Beifall nahmen die Delegierten eine von Erich Honecker unterzeichnete Grußadresse des Zentralkomitees der SED auf, die Günter Mittag überbrachte, der zugleich dem Bund der Architekten den für seine großen Verdienste bei der Stärkung der DDR und der Erhöhung ihres internationalen Ansehens vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR verliehenen Orden „Großer Stern der Völkerfreundschaft" überreichte.

Zu Beginn der Beratung gab Kollege Lässig den Bericht der Zentralen Revisionskommission des BdA. Ein ausführlicher Rechenschaftsbericht lag den Delegierten schriftlich vor.

In seinem Referat zog der wiedergewählte Präsident, Prof. Dipl.-Ing. Ewald Henn, eine eindrucksvolle Bilanz der vergangenen fünf initiativreichen Jahre in der Arbeit der Städteplaner und Architekten sowie ihres Fachverbandes. So sind überall viele Bauwerke, Wohngebiete und gesellschaftliche Zentren entstanden, die das Antlitz unserer Städte und Dörfer verschönern und gute Wohnbedingungen für viele Bürger schaffen. Der Wohnungsbau bleibe auch weiterhin das Hauptbetätigungsfeld für die Architekten.

Prof. Henn schlug vor, eine gemeinsame Initiative der Industriegewerkschaft Bau-Holz, des BdA und der Kammer der Technik ins Leben zu rufen, um bis 1990 Vorschläge zur Senkung des Investitions- und Bauaufwandes um eine Milliarde Mark zu unterbreiten. Ausführlich legte der Referent die künftigen Aufgaben und Anforderungen in der Stadtplanung, im Wohnungs-, Industrie- und Landwirtschaftsbau sowie bei der Anwendung der CAD-Technik für die schöpferische Arbeit der Architekten dar.
(Referat s. S. 6–12)

In der Diskussion sprachen 18 Kolleginnen und Kollegen über ihre Erfahrungen und Vorschläge.

Berlins Chefarchitekt Roland Korn, der als erster das Wort nahm, dankte seinen Kollegen aus den Bezirken der Republik für ihren Beitrag zur würdigen Ausgestaltung der Hauptstadt. Diese stelle hohe Ansprüche an das Schöpfertum aller Beteiligten. Aufgaben und Erfahrungen bei der Nutzung von CAD-Lösungen für eine rationelle Vorbereitung des innerstädtischen Wohnungsbaus legte Dr. Joachim Casparius, Vorsitzender der Bezirksgruppe Erfurt des BdA, dar. An diesen Gedanken knüpfte Eckhard Dupke, Chefarchitekt des BMK Chemie Halle, an. Eine Arbeitsumwelt zu schaffen, die Freude bringt und Leistungsbereitschaft fördert, sei vornehmste Aufgabe der Industriearchitekten.

Am Beispiel des komplexen Wohnungsbaus in Zwickau erläuterte Stadtarchitektin Sabine Rohleder die Notwendigkeit einer harmonischen Verbindung von alt und neu. Horst Anton, Kombinatsdirektor des WBK Cottbus, verwies auf die Verantwortung der Wohnungsbaukombinate für eine hohe



1

2



3





4

1 Blick auf das Kongreßpräsidium mit den Ehrengästen, den Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED Günter Mittag und Günter Schabowski, und dem Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, während des Referates Prof. Ewald Henn, der auf dem Kongreß erneut zum Präsidenten des BdA gewählt wurde.

2 Im Präsidium der Präsident der Bauakademie, Prof. Dr. sc. techn. Hans Fritsche, der Leiter der Delegation des sowjetischen Architektenverbandes, der Chefarchitekt von Berlin und UIA-Vizepräsident Böhönyey

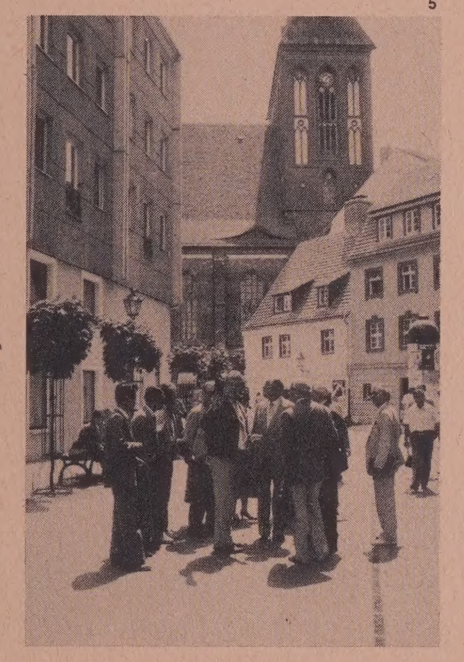
3 Die ausländischen Gäste des Kongresses auf der Bauausstellung der DDR

4 Exkursion der Delegierten zu dem neuen innerstädtischen Wohngebiet Ernst-Thälmann-Park

5 Dr. Stahn führte die ausländischen Gäste durch das Nikolaiviertel im Zentrum der Hauptstadt

6 Die rekonstruierte Husemannstraße gehörte zu den Objekten der Kongreßexkursion und war damit Gegenstand des Erfahrungsaustausches über Fragen der Modernisierung

5



6



Wirtschaftlichkeit und Qualität beim Errichten kompletter Wohngebiete. Erfahrungen der Bezirksgruppe Frankfurt (Oder) des BdA bei der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Auftraggebern und Bürgern vermittelte Stadtarchitekt Dr. Manfred Vogler. Besonders bewährt hätten sich auch Entwurfsseminare unter Berufskollegen. Zum wachsenden Beitrag der Bauforschung für die intensive und kulturvolle Stadtentwicklung sprach Prof. Dr. sc. Bernd Grönwald, Vizepräsident der Bauakademie.

Dr. Jutta Eckelt vom Büro für Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg schilderte Erfahrungen der Architekten im kreisgeleiteten Bauwesen sowie bei der Unterstützung von Bürgerinitiativen. Über die Verantwortung des BdA bei der städtebaulich-architektonischen Gestaltung der Elbestadt berichtet der Dresdner Bezirksarchitekt Hans Seidel.

Herzliche Grüße der ausländischen Gäste und des Internationalen Architektenverbandes überbrachte dessen Präsident Georgi Stoilov, zugleich Präsident des bulgarischen Architektenverbandes. Was in der DDR erreicht wurde, zeuge von einem reifen, schöpferischen Wirken der Architekten. Die Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern, Landschaftsgestaltern und Baukollektiven stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Prof. Wolf-Rüdiger Eisentraut, Komplexarchitekt im IHB Berlin. Auf den Beitrag der Landschaftsarchitekten für gutgestaltete Grünanlagen in den Wohngebieten ging Annemarie Lämmel aus dem VEB (K) Gartengestaltung Rostock ein. Weimars Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerhard Baumgärtel sprach zur Verantwortung des Rates der Stadt für die sozialpolitisch wirksamste Umsetzung des Wohnungsbauprogramms im Territorium.

Schönes muß noch lange nicht die Kosten erhöhen, in der Architektur schon gar nicht, schätzte Prof. Willi Sitte, Präsident des Verbandes bildender Künstler, ein. Das bezeugen zahlreiche Gemeinschaftsarbeiten von Künstlern und Architekten in Wohngebieten, Sport- und Kulturstätten.
Dipl.-Ing. Kurt Griebel, Bezirksarchitekt von Gera, veranschaulichte am Beispiel von Jena, wie eine Wohnumwelt geschaffen werden soll, die das Heimatgefühl der Werktätigen stärkt. Forschungsstudentin Elke Baumann von der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar sprach darüber, daß sich ihre Hochschule zu einem Forschungszentrum für die Anwendung der CAD/CAM Technik im Bauwesen entwickelt.

Herausforderungen der Zeit mit Spitzenleistungen zu beantworten, das gehört ebenso zur gesellschaftlichen Verantwortung der Architekten, wie mit dem für das Wohnungsbauprogramm eingesetzten Teil des Nationaleinkommens hauszuhalten. Diesen Standpunkt vertrat Obering. Erich Kaufmann, Chefarchitekt im WBK Rostock. Über den Wert historischer Bauten und Ensembles im Bild unserer Heimat sprach Dr.-Ing. Peter Goralczyk, Generalkonservator des Instituts für Denkmalpflege. Dr.-Ing. Dietmar Fischer, Chefarchitekt von Leipzig, teilte als letzter Diskussionsredner mit, daß noch in diesem Jahr ein Wettbewerb zur weiteren Ausgestaltung des Zentrums der Messestadt ausgeschrieben werde und rief die BdA-Mitglieder zur Teilnahme auf.
(Alle gehaltenen und vorbereiteten Diskussionsbeiträge werden in einer Broschüre veröffentlicht.)

Nach der lebendigen und konstruktiven Diskussion hielt der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, das Schlußwort, in dem er besonders die gesellschaftliche Verantwortung der Architekten bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms und für eine hohe Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens hervorhob. (Wortlaut des Schlußwortes s. S. 13–16).

In einem Grußschreiben an den Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, brachten die Delegierten die Bereitschaft der Architekten zum Ausdruck, einen wachsenden Beitrag zur Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages zu leisten.

Der Kongreß beschloß eine Veränderung des Statuts des BdA, die wichtigsten künftigen Aufgaben des Bundes und wählte den neuen Bundesvorstand und die Zentrale Revisionskommission. In seiner konstituierenden Sitzung wählte der Bundesvorstand das Präsidium, den Präsidenten, die Vizepräsidenten und den 1. Sekretär des BdA. (Wahlergebnisse s. S. 4–5)

Die neugewählten Leitungsgremien des Bundes der Architekten der DDR

Bundesvorstand des BdA

Dr.-Ing. Isolde Andrä
Prof. Dr. c. techn. Heinz Bähr
Prof. Dr.-Ing. Gerhard Baumgärtel
Dipl.-Ing. Ekhardt Dupke
Dr.-Ing. Kurt Eberlein
Dipl.-Ing. Christiane Falk
Prof. Dr.-Ing. Achim Felz
Dipl.-Ing. Gottfried Funeck
Prof. Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Dr.-Ing. Peter Goralczyk
Prof. Dr.-Ing. Johannes Greiner
Dipl.-Ing. Werner Gräbner
Prof. Heinz Graffunder
Prof. Dr. sc. phil. Dr.-Ing. Bernd Grönwald
Prof. Gerhard Guder
Prof. Dipl.-Ing. Ewald Henn
Dipl.-Gewi. Alfred Hoffmann
Bauing. Eberhard Hoppe
Dipl.-Arch. Dietrich Kabisch
Prof. Dr.-Ing. Günther Kabus
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Dr. sc. Rolf Kuhn
Dipl.-Ing. Roland Korn
Dr.-Ing. Carl Krause
Dr.-Ing. Ullrich Kremtz
Prof. Dr.Gerhard Krenz
Dipl.-Ing. Heide-Rose Kristen
Prof. Dr. sc. techn. Karl-Heinz Lander
Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Prof. Dr. sc. techn. Kurt Lembcke
Dipl.-Ing. Siegfried Miersch
Dipl.-Ing. Hans-Hermann Oehring
Prof. Dr. sc. techn. Werner Rietdorf
Dipl.-Ing. Sabine Rohleder
Dipl.-Ing. Helmut Rüpprich
Prof. Dr.-Ing. Horst Siegel
Dipl.-Ing. Gertraude Schaarschmidt
Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier
Dipl.-Ing. oec. Peter Schneider
Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus
Dipl.-Ing. Hubert Scholz
Dipl.-Gärtner Hans-Jürgen Schwarz
Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dr.-Ing. Helmut Stingl
Prof. Dr.-Ing. Werner Strassenmeier
Architekt Werner Wachtel
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel
Dr.-Ing. Karl-Heinz Wendisch
Prof. Dr.-Ing. Horst Wieland
Dr.-Ing. Martin Wimmer
Dipl.-Ing. Gerd Zeuchner
Prof. Dr.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut
Dipl.-Arch. Friedrich Kalusche
Dr. sc. techn. Siegfried Kress
Bauing. Karl-Ernst Swora
Dr.-Ing. Dorothea Tscheschner
Dr.-Ing. Heinz Willumat
Dr.-Ing. Werner Fichte
Dipl.-Gärtner Martin Röser
Dipl.-Ing. Ingeborg Scharf
Bauing. Wolfgang Hänsch
Dr.-Ing. Rudi Köppe
Dr.-Ing. Gisela Raap
Dipl.-Ing. Hans Seidel
Dr.-Ing. Wolfgang Steinbrück
Dr.-Ing. Joachim Casparius
Dipl.-Ing. Siegfried Hopf
Bauing. Bernita Kahlhardt
Prof. Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Dr.-Ing. Hannelore Raaf
Dipl.-Ing. Hans Albeshausen
Dr.-Ing. Manfred Vogler



7



8



9



10



11

7 *Abstimmung über die vorgelegten und diskutierten Beschlußvorlagen und über eine Veränderung des Statuts des BdA*

8 *Zu den Delegierten gehörten Dr. Iris Grund, BdA-Ehrenpräsident Prof. Dr. e. h. Edmund Collein und Prof. Dr. Ule Lammert*

9 *Der wiedergewählte 1. Sekretär des BdA, Hubert Scholz, im Gespräch mit dem früheren langjährigen Bundessekretär Walter Mickin und dem Generalsekretär des Architektenverbandes der VR Polen, Siegmund Szredliewski*

10 *Diskussion im Nikolaiviertel mit dem Präsidenten der UIA, Georgi Stoilow*

11 *Unter den Delegierten das Ehrenmitglied des BdA, Prof. Dr. e. h. Hermann Henselmann*

12 *Unter den Delegierten der BdA-Bezirksgruppe Erfurt Prof. Dr. Joachim Stahr von der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und Prof. Walter Nitsch, der Stadtarchitekt von Erfurt*

12



Dipl.-Ing. Christian Zeil
Dipl.-Ing. Günther Gerhardt
Dipl.-Ing. Kurt Griebel
Dr.-Ing. Hans-Georg Tiedt
Dr.-Ing. Wulf Brandtstädter
Dipl.-Ing. Dieter Friessleben
Dipl.-Ing. Martin Neumann
Dipl.-Ing. Gudrun Schulz
Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier
Dipl.-Ing. Günter Arnold
Dr.-phil. Karl-Heinz Barth
Dr.-Ing. Rainer Krettek
Dipl.-Ing. Gerd Seiss
Dipl.-Ing. Annelis Freiberg
Dipl.-Ing. Jürgen Löber
Prof. Dr. sc. techn. Herbert Ricken
Dipl.-Ing. Johannes Schulze
Prof. Dr.-Ing. Rudolf Skoda
Obering. Horst Heinemann
Dr.-Ing. Karin Kirsch
Dipl.-Ing. Horst Müller
Dipl.-Ing. Johannes Schroth
Dr.-Ing. Iris Grund
Dipl.-Ing. Dietrich Karasch
Dipl.-Ing. Arnfried Metelka
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Kölling
Dipl.-Ing. Christa Menz
Dipl.-Ing. Dietrich Schreiner
Dipl.-Ing. Bernhard Wendel
Dipl.-Ing. Michael Bräuer
Obering. Erich Kaufmann
Prof. Dr.-Ing. Rudolf Lasch
Dr.-Ing. Frank Mohr
Bauing. Friedrich-Karl Curschmann
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Muscher
Dipl.-Ing. Hans-Peter Schmidt
Dipl.-Ing. Eberhard Hebig
Dipl.-Ing. Roland Lenz
Dipl.-Ing. Erhardt Simon

Präsidium des BdA

Dr.-Ing. Isolde Andrä
Dipl.-Ing. Ekhardt Dupke
Prof. Dr.-Ing. Achim Felz
Dr.-Ing. Peter Goralczyk
Prof. Dipl.-Ing. Ewald Henn, Präsident
Dipl.-Gewi. Alfred Hoffmann
Dipl.-Arch. Dietrich Kabisch
Dr. sc. Rolf Kuhn
Dipl.-Ing. Roland Korn, Vizepräsident
Prof. Dr. Gerhard Krenz, 1. Vizepräsident
Dipl.-Ing. Heide-Rose Kristen
Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Dipl.-Ing. Hans-Hermann Oehring
Prof. Dr. sc. techn. Werner Rietdorf, Vizepräsident
Dipl.-Ing. Hans Seidel
Prof. Dr.-Ing. Horst Siegel, Vizepräsident
Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier
Dipl.-Ing. oec. Peter Schneider
Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus
Dipl.-Ing. Hubert Scholz, 1. Sekretär
Dr.-Ing. Helmut Stingl, Vizepräsident
Architekt Werner Wachtel
Dr.-Ing. Martin Wimmer

Zentrale Revisionskommission des BdA

Architekt Ernst Braun
Architekt Klaus-Dieter Fahrland
Architekt Günter Kunert
Architekt Kurt Lässig
Architekt Joachim Manikowski
Dipl.-Arch. Wolfgang Reichelt
Architekt Hanno Walther
Dipl.-Ing. Georg Werner

Der Beitrag der Architekten und ihres Fachverbandes bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED für eine hohe Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens

Referat von
Prof. Ewald Henn
auf dem
IX. Kongreß des BdA



Der IX. Kongreß des Bundes der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik findet in einer Zeit statt, wo die Werktätigen unseres Landes im festen Vertrauen in die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands alle Kräfte dafür einsetzen, die auf das Wohl des Volkes gerichteten Beschlüsse des XI. Parteitages konsequent zu verwirklichen. Brüderlich mit den Völkern der Sowjetunion und allen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft verbunden, geben sie ihr Bestes für die Stärkung des Sozialismus und damit für die Sicherung des Friedens.
Hier im Herzen der Hauptstadt unseres sozialistischen Staates, im 750 Jahre alten und zugleich so jungen Berlin, in der Stadt des Friedens, wollen wir darüber beraten, wie die Mitglieder des Bundes der Architekten gemeinsam mit allen am Bauen beteiligten Werktätigen ihren wachsenden Beitrag leisten, um das von der Patei der Arbeiterklasse beschlossene großartige Bauprogramm mit hoher Ökonomie und sozialer Wirksamkeit für das Glück der Menschen in die Tat umzusetzen.
Der weitere gesellschaftliche Fortschritt in unserem Lande stellt, wie Genosse Erich Honecker auf der Beratung mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED hervorhob, sehr hohe Anforderungen an das Bauwesen. Ihre schöpferische Meisterung ist nicht zuletzt ein verpflichtender Anspruch an das politische Engagement und das fachliche Können der Architekten und Stadtplaner. Geht es doch um Aufgaben, die zutiefst dem Glück der Menschen dienen und für deren effektivste Lösung es sich wahrhaftig lohnt, alle Fähigkeiten einzusetzen.
Dementsprechend werden Ziele und Inhalt dieses Kongresses ebenso wie die künftige Arbeit der Architekten und ihres sozialistischen Fachverbandes vor allem von den qualitativ neuen Anforderungen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR bestimmt. Die Fortsetzung des bewährten Kurses der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die darauf ausgerichtete ökonomische Strategie mit dem Blick auf das Jahr 2000 geben dem Architekturschaffen eine weitreichende und begeisternde Perspektive.
Auf dieser Basis und gestützt auf die wertvollen Ergebnisse der 8. Baukonferenz sehen wir das Grundanliegen unseres Kongresses darin, die Initiativen der Architekten, alle ihre geistigen Potenzen für die entschiedene Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens auf dem Hauptweg der Intensivierung zu mobilisieren. Das bedeutet, alle Bauaufgaben für das dynamische Wachstum der Volkswirtschaft so zu lösen, daß mit den geplanten Mitteln die größte gesellschaftliche Wirksamkeit erzielt wird. Das bedeutet Leistungszuwachs für die konsequente Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms, des Kernstücks der Sozialpolitik, mit dem in der jetzt entscheidenden Etappe bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst wird. Und es bedeutet, neue Reserven dafür zu erschließen, daß sich die Architektur als ein im Leben, Denken und Fühlen der Menschen außerordentlich wirksamer Bestandteil unserer aufblühenden sozialistischen Nationalkultur weiter entfalten kann.
Die Architektur weiter so auszuprägen, daß sie die Werte des Sozialismus, die großen Ideale unserer Zeit und unserer Gesellschaft immer überzeugender zum Ausdruck bringt, das betrachten wir auch künftig als ureigenste Aufgabe unseres Schaffens. Dabei wissen wir sehr gut, daß all unsere Arbeit nur im Frieden gedeihen kann und das Gebaute nur Bestand hat, wenn die Menschheit von der Geißel eines Atomkrieges befreit wird. Um so mehr setzen wir uns aus voller Überzeugung für die Friedenspolitik unseres sozialistischen Staates ein, der, fest und untrennbar mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern verbunden, für eine friedliche Zukunft wirkt und der angesichts einer die ganze Menschheit in ihrer Existenz bedrohenden Politik des Imperialismus alles zur Abwendung eines atomaren Infernos tut. Wie alle friedliebenden Menschen unterstützen wir die neuen Friedensinitiativen der sozialistischen Gemeinschaft, wie sie im Kommuniqué der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in umfassender Weise zum Ausdruck kommen und die das Ziel verfolgen, den Krieg für immer aus dem Leben der Menschheit zu verbannen.
Das sind wahrhaft humanistische Perspektiven für die Welt von morgen, Perspektiven, die uns beflügeln, mit ganzer Kraft und Leidenschaft tagtäglich für die Stärkung des Sozialismus und damit für den Frieden einzutreten. Von einer solchen Position aus und mit dem festen Willen, auf dem Schaffensgebiet der Architekten größtmögliche Fortschritte zu erzielen, wollen wir unsere Beratung auf diesem Kongreß führen. Dabei wird sich erneut bewähren, konstruktiv und vorwärtsdrängend an die Lösung der unmittelbar vor uns stehenden Aufgaben heranzugehen und dies zugleich mit der Phantasie und dem Weitblick zu verbinden, den die sozialistische Gesellschaft gerade von uns Architekten erwartet.
Die dem Kongreß übermittelte und von uns allen mit großer Freude und Zustimmung aufgenommene Grußadresse des Zentralkomitees der SED gibt für das Architekturschaffen in unserem Lande und für die Arbeit unseres Bundes eine grundlegende Orientierung. Wir versichern von unserem Kongreß: Die Architekten werden alles daransetzen, ihrer politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Verantwortung gerecht zu werden. Zutiefst mit der Partei und ihrer auf das Wohl der Menschen gerichteten Politik verbunden, werden wir all unseren Elan und Ideenreichtum aufbieten, um die Bauaufgaben des Fünfjahrplanes 1986 bis 1990 mit einem immer günstiger werdenden Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erfüllen. Unser Land, die Städte und Dörfer dabei noch freundlicher, wohnlicher und schöner für alle Bürger zu gestalten, das ist und bleibt ein besonderes Anliegen aller Architekten und ihres sozialistischen Fachverbandes.

Die erfolgreiche Bilanz des Erreichten ist eine solide Grundlage für die Meisterung der künftigen Anforderungen

Fünf Jahre sind seit dem VIII. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR vergangen. Für die Bauschaffenden und alle am Bauen beteiligten Werktätigen, mit in vorderer Reihe unsere Architekten, waren dies Jahre angestrengter Arbeit, großer Initiativen und bedeutender schöpferischer Leistungen. Sie standen voll und ganz im Zeichen der konsequenten Verwirklichung der wegweisenden Beschlüsse des X. und XI. Parteitages der SED. Immmer wirkungsvoller vollzog sich in diesem Zeitraum im Bauwesen die Hinwendung zur umfassenden Intensivierung.
Dabei gaben die nach breiter demokratischer Beratung im Ergebnis unseres VIII. Bundeskongresses durch das Politbüro des ZK der SED und den Ministerrat der DDR beschlossenen „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" dem städtebaulich-architektonischen Schaffen wichtige Impulse und klare Orientierungen auf lange Sicht. Sie beeinflussen zunehmend und nachhaltig das Denken und Handeln aller an der Planung, Vor-

bereitung und Durchführung der Baumaßnahmen Beteiligten und fördern das Streben nach Wirtschaftlichkeit, Qualität und einer guten architektonischen Gestaltung.
Gerade in den letzten Wochen und Monaten erlebten wir, wie neue Bauwerke und Ensembles von der Bevölkerung unseres Landes mit Freude in Besitz genommen wurden. Welch starkes öffentliches Interesse das Bauen findet, zeigt nicht zuletzt auch der rege Besuch der bisher umfassendsten Leistungsschau des Bauwesens – der Bauausstellung der DDR anläßlich der 750-Jahr-Feier Berlins. Hier kann man in konzentrierter Form einen Einblick in die Entwicklung unseres Bauens in seiner ganzen Vielfalt, Verflechtung und Dynamik gewinnen. Vor allem die dort dargestellte Anwendung von wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen und Schlüsseltechnologien sowie rationellen Bauweisen zeigt, über welche gewachsenen Potenzen wir verfügen, um auch die qualitativ neuen Anforderungen in der Bautätigkeit zu meistern.
Gewiß erinnern wir uns noch gut daran, welche anspruchsvollen und neuartigen Aufgaben dem Bauwesen zum Zeitpunkt unseres VIII. Kongresses vor nunmehr 5 Jahren mit der entschiedenen Hinwendung zum innerstädtischen Bauen und der beschleunigten Ausgestaltung der Hauptstadt von der Parteiführung gestellt wurden. Die dabei erreichten Fortschritte machen deutlich, welcher Aufschwung damit gerade auch im Schaffensprozeß der Architekten vor sich ging.

Schon jetzt erweisen sich die Ergebnisse bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms als eine historische Leistung unserer sozialistischen Gesellschaft. Von Jahr zu Jahr wurden die Planziele erfüllt und überboten. Mit der Fertigstellung von rund 2,7 Millionen neugebauten oder modernisierten Wohnungen, einschließlich der zugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen konnten seit 1971 die Wohnbedingungen für 8 Millionen Bürger unseres Landes verbessert werden. Immer eindrucksvoller wird in dem Erreichten sichtbar, daß die qualitativ neuen Züge, die der Wohnungsbau in seiner Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Werterhaltung in den achtziger Jahren angenommen hat, zu bewältigen sind.

In einer wahrhaft kurzen Zeit wurde Großes vollbracht, um das industrielle Bauen auf die neuen Erfordernisse einzustellen. In der Praxis konnte der Beweis angetreten werden, daß das industrielle Bauen, speziell die effektive Plattenbauweise, baukünstlerisch zu meistern ist und bei Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten ausdrucksvolle architektonische Lösungen möglich sind. Diese Fortschritte verdienen vor allem deshalb hervorgehoben zu werden, weil zeitgleich eine bedeutende Aufwandssenkung und Effektivitätserhöhung durch die enge Verbindung von Wissenschaft und Produktion, die Zusammenarbeit der Bauakademie der DDR und den im Erzeugnisgruppenverband Wohnungs- und Gesellschaftsbau vereinten Wohnungsbaukombinaten erreicht wurde. So gelang es, für die Errichtung einer Wohnung den Arbeitszeitaufwand auf der Baustelle von durchschnittlich 480 auf rund 280 Stunden zu senken. Das ist ein internationaler Spitzenwert.

Insgesamt konnte bei der Realisierung des Staatsauftrages „Komplexer Wohnungsbau“ 1981 – 1985 8 % Arbeitszeit, 20 % Stahl, 10 % Zement und bezogen auf die Heizlast 17 % eingespart werden.

Ganz entschieden hat uns vorangeholfen, daß in den Baukombinaten die Forschung und Entwicklung fest mit der Projektierung verbunden ist und immer wirksamer zur Geltung kommt. Unsere leistungsfähigen Baukombinate realisieren als Generalauftragnehmer komplette Wohngebiete mit allem, was zum angenehmen Wohnen gehört. Auf dieser Grundlage reifte das Können der Architekten, neue Gestaltungsideen mit modernen Technologien des industriellen Bauens umzusetzen. Zugleich wuchs das Engagement der Leiter und Baukollektive für gute Architektur und Ausführungsqualität. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entstanden Bauwerke, Wohngebiete und gesellschaftliche Zentren, die das Antlitz unserer Städte verschönern, die sich durch gute Wohnbedingungen für die Bürger auszeichnen, und das Leben in den Städten bereichern. Ausnahmslos in allen Bezirken, ganz besonders in unserer Hauptstadt, finden wir dafür hervorragende Beispiele, die im Rechenschaftsbericht ausführlich gewürdigt werden. Hervorheben möchten wir die Rekonstruktion des Stadtkerns von Gera, die jüngst im Rahmen eines Wettbewerbs des Internationalen Architektenverbandes eine ehrende Anerkennung erhielt. Gute Beispiele sind auch die Altstadt von Rostock, die innerstädtischen Gebiete Brunos Warte und Domplatz in Halle, das Rekonstruktionsgebiet Sonnenberg in Karl-Marx-Stadt, das Wendische Viertel in Cottbus, die Innenstädte von Frankfurt (Oder), Erfurt und Potsdam sowie solche neuen Wohngebiete wie Magdeburg-Olvenstedt, Leipzig-Grünau, Dresden-Gorbitz und Schwerin-Großer Dreesch. Vielerorts wurden unverwechselbare Ensembles errichtet, mit denen sich die Bürger identifizieren und die ihren Stolz auf ihre sozialistische Heimat vertiefen.

Beim innerstädtischen Bauen ist die harmonische Verbindung des Neuen mit dem Vorhandenen zu einem bewährten Gestaltungsprinzip geworden. Das zeigt sich auch zunehmend in den Mittel- und Kleinstädten, wie zum Beispiel in Arnstadt, Freiberg, Gotha, Hagenow, Hildburghausen, Saalfeld, Quedlinburg, Torgau, Wismar und Wittenberge. Immer deutlicher wird in diesem Zusammenhang, daß die sorgsame Wahrung der kulturhistorisch wertvollen Bausubstanz nicht allein an denkmalpflegerisch bedeutsame Bauwerke gebunden ist. Dazu gehört auch, bei einer notwendigen und zweckmäßigen Einfügung neuer Bauten, die vertrauten Platz- und Straßenräume in ihrer ausgewogenen Maßstäblichkeit zu erhalten und ortstypische Gestaltungselemente einzubeziehen.

Zur positiven Bilanz der letzten Jahre zählt nicht zuletzt, daß sich in der Öffentlichkeit und vor allem auch in den Arbeitskollektiven der Baukombinate und Betriebe ein tieferes Verständnis zu städtebaulich-architektonischen Anforderungen und Leistungen herausgebildet hat. So entwickelte sich ein befruchtendes Klima für eine schöpferische Zusammenarbeit.

Davon zeugen nicht zuletzt die wertvollen, von allen Bezirks- und Zentralen Fachgruppen unseres Verbandes im Rahmen der „BdA-Initiative XI. Parteitag der SED“ angefertigten Analysen zum Entwicklungsstand von Städtebau und Architektur in der DDR.

Sicher sind wir gut beraten, diese Analysen zu vervollkommnen. Aber sie helfen jetzt schon, zu erkennen, was noch nicht den Anforderungen genügt und weiter verbessert werden muß.

Unser Fachverband war und ist bestrebt, den Prozeß des Umdenkens und des Hervorbringens weiterentwickelter und neuer städtebaulich-architektonischer Lösungen durch Wettbewerbe, Entwurfsseminare und Erfahrungsaustausche aktiv zu fördern. Von besonderem Wert war der 1982/83 gemeinsam vom BdA, der Bauakademie und der KDT mit Unterstützung des Ministeriums für Bauwesen erfolgreich durchgeführte Wettbewerb zur Entwicklung von variablen Gebäudelösungen in Großplattenbauweise für das innerstädtische Bauen. Von diesem Wettbewerb gingen wichtige Impulse für die Weiterentwicklung und Rationalisierung der Erzeugnissortimente und Projekte des komplexen Wohnungsbaues in allen Bezirken aus. Seine Ergebnisse haben die Umstellung der Produktion in den Wohnungsbaukombinaten auf die neuen Anforderungen des innerstädtischen Bauens beschleunigt. Vor allem hat er auf die Wettbewerbsteilnehmer anspornend gewirkt und zur Schaffung des erforderlichen geistigen Vorlaufes beigetragen.

Besonders eindrucksvoll widerspiegelt sich der Architekturfortschritt der letzten Jahre hier in der Hauptstadt Berlin, bei ihrer würdigen Ausgestaltung als politisches, wirtschaftliches, wissenschaftliches und geistig-kulturelles Zentrum unseres sozialistischen Staates mit der Kraft der ganzen Republik. Das konnten wir gestern bei der Besichtigung neuer Errungenschaften dieses Baugeschehens mit Freude in Augenschein nehmen. Überzeugende Leistungen haben die Berliner Bauschaffenden, vereint mit ihren Kollegen aus allen Bezirken vollbracht. Sie beweisen vor allem, wozu der Sozialismus mit seinen Vorzügen im Stande ist, um einen solchen Wandel zum Guten in einer historisch kurzen Zeit zu vollziehen.
So wurden in Durchführung des Wohnungsbauprogrammes im Verlauf von knapp zwei Jahrzehnten neue Stadtbezirke, angefangen von Berlin-Marzahn über Berlin-Hohenschönhausen bis Berlin-Hellersdorf errichtet, in denen fast 450000 Bürger eine neue Heimstatt fanden. Besonders in ihren gesellschaftlichen Zentren beginnt sich immer markanter eine städtebaulich-architektonische Spezifik auszuprägen, die dazu beiträgt, für die Bewohner eine wohltuende und unverwechselbare bauliche Umwelt zu schaffen.

Zunehmend wird das städtebaulich-architektonische Antlitz des Zentrums und der Innenstadtbereiche der Hauptstadt von neugestalteten Ensembles bestimmt. Das gilt vor allem für den Ernst-Thälmann-Park, die Wilhelm-Pieck-Straße, den Platz der Akademie und die Friedrichstraße. Sie bereichern ganz wesentlich das Stadtbild, insbesondere durch die gelungene Verbindung des Neuen mit dem Vorhandenen und sind für die Funktion und Ausstrahlungskraft unserer Hauptstadt ein bedeutender Gewinn.

Zu den interessantesten architektonischen Leistungen der Hauptstadt gehört zweifellos das Nikolaiviertel am Marx-Engels-Forum, einem Standort, wo die Entwicklung Berlins ihren Ursprung hatte. Es gehört schon jetzt zu den beliebtesten städtebaulichen Ensembles der Gegenwart. Die Bürger der Hauptstadt und viele Gäste sehen in diesem städtebaulich-architektonischen Kleinod ein überzeugendes Beispiel der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit unserer sozialistischen Gesellschaft und der Kreativität und des Könnens seiner Erbauer.

Nach Kräften hat der BdA den Berlin-Einsatz der Bezirke, voran der Jugend in der „FDJ-Initiative Berlin“ unterstützt. Heute können wir feststellen, daß sie sich, auch aus der Sicht des Architekturfortschrittes, in vielfacher Weise bewährt. Am bemerkenswertesten ist, daß es durch Anwendung wirksamer Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit der Architektenkollektiven aus den Bezirken und ihren Berliner Kollegen unter Einbeziehung der Auftraggeber und der Technologen der Baukombinate gelang, in kürzester Zeit reife Planungen und Projektlösungen neuer Qualität zu erarbeiten. Dies hat nicht nur in Berlin, sondern auch in vielen Städten der DDR zu einem sichtbaren Aufschwung der städtebaulich-architektonischen Qualität des Gebauten, zu neuen Handschriften einer überzeugenden Baukultur geführt.

Die zutiefst humanistischen Ziele unserer sozialistischen Gesellschaft haben dem Architektenschaffen auf allen Gebieten starke Impulse verliehen. Davon zeugen nicht zuletzt solche hervorragenden Kulturbauten und Werke der Denkmalpflege, wie das Berliner Schauspielhaus, die Semperoper in Dresden, das Leipziger Gewandhaus, die Luther-Gedenkstätten sowie die Nicolaikirche und das Ephraimpalais in Berlin, die auch hohe internationale Anerkennung finden. Gerade bei diesen oft einmaligen Bauaufgaben mußten die verantwortlichen Leiter gemeinsam mit den Architekten, Ingenieuren und allen daran mitwirkenden Kollektiven bis zur Zulieferindustrie ihr ganzes Können unter Beweis stellen. In diesem Zusammenhang möchten wir das verdienstvolle Wirken der Baudirektion Berlin des Ministeriums für Bauwesen besonders hervorheben.

Von großer Bedeutung sind die Leistungen der Architekten und Projektanten, die sie bei der Vorbereitung und Realisierung der geplanten Investitionsvorhaben zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes vollbrin-



gen. Zunehmend besser gelang es, rationelle Projektlösungen zu erarbeiten, die auf einen hohen Nutzeffekt und eine zweckmäßige Gestaltung gerichtet sind. Das zeigen vor allem solche Vorhaben wie der VEB Mikroelektronik Erfurt, das Werk für Fernsehelektronik Berlin, die Gießerei „Rudolf Harlaß" in Karl-Marx-Stadt und der VEB Jugendmode Rostock, bei denen beispielgebend eine neue Qualität der Industriearchitektur, die eine leistungsfördernde Arbeitsumweltgestaltung einschließt, zum Ausdruck kommt.
Ein weiterer Aktivposten unserer Bilanz besteht darin, daß es immer besser verstanden wird, das Dorf als Zentrum der landwirtschaftlichen Produktion und des bäuerlichen Lebens zu entwickeln. Dabei hat sich die Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen als nützlich erwiesen. Viele Mitglieder unseres Verbandes wirkten daran in ehrenamtlicher Tätigkeit mit. Auf diese Weise wird die Gestaltung produktiver und schöner Dörfer wesentlich gefördert, wobei es zweckmäßig ist, ihren ländlichen Charakter zu erhalten und dorftypische Formen des Wohnungsbaues zur Anwendung zu bringen.
Bei allen beachtlichen Fortschritten unseres Schaffens, auf die wir mit Recht stolz sein können, sollte überall fest im Blickpunkt bleiben, daß das Erreichte noch nicht das Erreichbare ist. Wie Analysen und Leistungsvergleiche verdeutlichen, entspricht manches in unserer Städtebau- und Architekturentwicklung noch nicht den Erfordernissen und Möglichkeiten, werden bestimmte Aufgaben noch zu aufwendig gelöst beziehungsweise Mittelmäßigkeiten unkritisch hingenommen. So wird oftmals beim innerstädtischen Bauen zu wenig berücksichtigt, daß schon mit den Gestaltungskonzeptionen auf den effektivsten Einsatz der verfügbaren Fonds orientiert wird.
Gewiß ist die Verbindung von hoher Wirtschaftlichkeit und solider Qualität des Bauens keine leichte Aufgabe. Aber sie kann überall gemeistert werden, wenn man die inzwischen vorhandene Fülle ausgezeichneter Erfahrungen für das eigene Schaffen wirksam macht und einen schöpferischen Meinungsaustausch pflegt, wie das beispielhaft in den Bezirksgruppen unseres Fachverbandes in Berlin, Rostock, Erfurt, Gera, Magdeburg oder Cottbus u. a. mit gutem Erfolg geschieht.
Unser Optimismus, auch die künftigen Anforderungen bewältigen zu können, basiert vor allem auf der im Leben erhärteten Tatsache, daß sich in der Architektenschaft unserer Republik ein großer politischer und fachlicher Reifeprozeß vollzogen hat. Es sind viele erfahrene Architekten herangewachsen, die, der Sache des Sozialismus treu ergeben, ihren Beruf lieben und mit Leidenschaft ausüben. Das gilt ganz besonders für die langjährigen Bezirks- und Stadtarchitekten, die Chefarchitekten der Projektierungsbetriebe und Komplexarchitekten und ihre Kollektive, aber auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Forschung und Lehre sowie bei den Auftraggebern. Solche bewährten Berufskollegen wie Iris Grund, Wulf Brandstädter, Martin Decker, Wolf-Rüdiger Eisentraut, Achim Felz, Kurt Griebel, Wolfgang Hänsch, Erich Kaufmann, Roland Korn, Karl-Heinz Lander, Walter Nitsch, Manfred Prasser, Günter Stahn, Jochen Stahr und Helmut Stingl gehören heute zu den erfolgreichsten Architektenpersönlichkeiten unseres Landes. Sie setzen unter den gegenwärtigen Bedingungen zielstrebig den Weg fort, den beim Aufbau des Sozialismus in der DDR so namhafte Architekten wie Hanns Hopp, Richard Paulick, Edmund Collein, Hans Gericke, Hermann Henselmann, Kurt W. Leucht, Kurt Liebknecht, Josef Kaiser, Gerhard Kosel und Werner Schneidratus beispielgebend beschritten haben. So spannt sich ein Bogen der Kontinuität hoher schöpferischer Leistungen von den Aktivisten der ersten Stunde bis in die Gegenwart. Das wird auch künftig so sein.
Wir erleben heute, wie viele junge Berufskollegen wie Till Dorst, Jutta Eckelt, Dietmar Fischer, Barbara Hass, Dietrich Kabisch, Heiderose Kristen, Martin Kühne, Sabine Rohleder, Peter Schmidt-Breitung, Kai Wieland und viele andere mit Elan und schöpferischem Talent dem Vorbild unserer besten Architekten nacheifern.
Wir möchten vor dem Kongreß unserer Freude Ausdruck geben, daß erst vor wenigen Tagen im Rahmen eines internationalen Wettbewerbes der UIA zu neuen Technologien für den sozialen Wohnungsbau in Entwicklungsländern ein Kollektiv der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar bei 123 eingereichten Arbeiten einen der fünf vergebenen Preise erhielt und einem weiteren Kollektiv dieser Hochschule eine Anerkennung zugesprochen wurde. Dazu herzlichen Glückwunsch den Kollektiven von Kollegen Klaus Griebel.
Den goldenen Fonds fähiger Architektinnen und Architekten zielstrebig zu erweitern und stets für höhere Aufgaben zu motivieren und jeden Einzelnen zu einem leidenschaftlichen Kämpfer für das Neue, für eine wahrhaft zukunftsträchtige sozialistische Architektur zu befähigen und zu begeistern, ist eine der vorrangigsten Aufgaben unseres sozialistischen Fachverbandes. Mit klarem Kurs, bestärkt durch das in schöpferischer Arbeit Erreichte, wenden wir uns mit Tatkraft den neuen anspruchsvollen Aufgaben zu.

Die neuen Aufgaben bei der sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur in Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und die künftigen Anforderungen an die Stadtplaner und Architekten

Die dem Bauwesen mit den richtungweisenden Beschlüssen des XI. Parteitages der SED im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 gestellten Aufgaben sind für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft von großer Tragweite. Ihre effektivste Realisierung dient maßgeblich der Fortführung des bewährten Kurses der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit den umfangreichen Bauaufgaben zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem und den bedeutenden Bauvorhaben der Volkswirtschaft zur Verwirklichung der ökonomischen Strategie mit dem Blick auf das Jahr 2000 steht das Bauwesen erneut vor einer großen Bewährungsprobe.
Sie erfordert, wie wir alle aus unserer eigenen Arbeit wissen, Tag für Tag größte Anspannung im Kampf um die Planerfüllung. Denn auch der weitere Architekturfortschritt in unserem Land wird davon abhängen, wie es gelingt, die geplanten Vorhaben bei Sicherung des Leistungs- und Effektivitätszuwachses des Bauwesens zu realisieren.
Wir haben aus gutem Grund die Orientierung auf höhere Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens in den Mittelpunkt unseres Kongresses gestellt, weil hier der Schlüssel für die Lösung aller unserer Aufgaben liegt. Auch alle Zukunftsfragen des Städtebaus und der Architektur sind damit aufs engste verknüpft.
Wir sollten immer davon ausgehen, daß unser sozialistischer Staat Jahr für Jahr einen beachtlichen, aber nicht unbegrenzten Anteil des erwirtschafteten Nationaleinkommens für die Verwirklichung der geplanten Bauaufgaben einsetzt. Damit größtmögliche ökonomische und sozialpolitische Effekte zu erreichen ist ein Grundanliegen, wofür jeder Architekt eine hohe Verantwortung wahrzunehmen hat, um vor allem in diesem Sinne als Sachwalter des Volksvermögens zu wirken.
Allein aus dem sozialen Charakter unseres Bauens und unserer Architektur ergeben sich hohe Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit. Zugleich aber sind wir heute mit äußeren Faktoren, wie der angespannten internationalen Lage, der Situation auf den Weltmärkten und des globalen Problems der Material- und Energieressourcen, konfrontiert, die alle Fragen und Ökonomie mit einer unerbittlichen Schärfe in den Vordergrund rücken.
Aus sozialen wie wirtschaftlichen Erwägungen haben wir schon in der städtebaulichen Planung dafür Sorge zu tragen, daß bei Sicherung der geplanten Gebrauchswertparameter die staatlichen Aufwandsnormative unbedingt eingehalten werden. Das Normativ ist das Maß dessen, was sich unsere Gesellschaft leisten kann. Über das Normativ hinauszugehen, hieße über unsere Verhältnisse zu leben – und das geht bekanntlich nirgends in der Welt.
Wir sehen die gesellschaftliche Verantwortung der Architekten darin, alles in ihren Kräften stehende zu tun, Material, Energie und Arbeitszeit sowie Bauland einzusparen und den einmaligen wie den laufenden Aufwand entschieden zu vermindern. Das bedeutet, mit neuen Maßstäben volkswirtschaftlicher Effektivität an die Reproduktion der baulichen Grundfonds heranzugehen, deren Wert in der DDR insgesamt bereits mehr als 600 Milliarden Mark umfaßt. Ihre intensive Nutzung und Erhaltung ist ein Gebot ökonomischer Vernunft und erfordert eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Rechtsträgern, um bereits durch planmäßig vorbeugende Instandhaltung den Baubedarf in Größenordnungen verringern zu können.
Ein immer günstigeres Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erreichen ist untrennbar mit dem Streben nach hoher Qualität der Gebrauchswerte verbunden. Es lohnt sich, wenn die Architekten darauf, beginnend beim Entwurf bis zur Autorenkontrolle, verstärkt Einfluß nehmen und dabei tatkräftig von den

Leitern der Kombinate, Betriebe und Baustellen unterstützt werden. Erfahrungsgemäß wird durch eine wirksame Autorenkontrolle wesentlich zur kontinuierlichen Baudurchführung, zur Senkung der Kosten und zur qualitäts- und termingerechten Übergabe der Objekte beigetragen. Dazu gehört zugleich, das Wetteifern der bauausführenden Kollektive für eine solide Qualitätsarbeit nach dem Beispiel der Brigade Leo Kempin immer breiter zu fördern.

Die qualifizierte Erarbeitung von Bebauungskonzeptionen und Projekten muß sich auch dadurch auszeichnen, daß ein übertriebener oder an falscher Stelle eingesetzter Aufwand vermieden wird. Nirgends sollten Einsparungen auf Kosten dauerhafter Qualität zugelassen werden. Es geht um eine dem Zweck entsprechende sinnvolle und angemessene Differenzierung des Einsatzes der finanziellen und materiellen Fonds.

In diesem Sinne schlägt die Leitung unseres Verbandes dem Kongreß vor, eine gemeinsame Initiative der Industriegewerkschaft Bau/Holz, der Kammer der Technik, Fachverband Bauwesen, und des Bundes der Architekten ins Leben zu rufen, mit dem Ziel, im Zeitraum bis 1990 konkrete Vorschläge zur Sicherung der vorgesehenen Senkung des Investitions- und Bauaufwandes sowie zur Erhöhung der Effektivität des Gebauten mit einem Nutzen von einer Milliarde Mark zu unterbreiten. Dies soll vor allem durch Maßnahmen in der Forschung und Entwicklung, der städtebaulichen Planung, der Projektierung und Bauausführung, nachweisbar über Pflichtenhefte, Projektpässe, Neuerer- und Rationalisierungsvorschläge sowie Begutachtungen, erreicht werden.

Beachtliche Reserven für Bauaufwandssenkungen sehen wir in der Entwicklung effektiver Erzeugnisse und Verfahren für den Neubau sowie für die Erhaltung und Modernisierung auf der Grundlage der breiten Anwendung von wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen und Bestlösungen.

Große Möglichkeiten zur Senkung des Bauaufwandes bestehen nach unseren Erfahrungen in der Erhöhung des Niveaus der städtebaulichen Planung und wirksameren Investitionskoordinierung zum rationellsten Einsatz der Ressourcen bei der intensiven Entwicklung der Städte.

Noch nie waren die objektiven Bedingungen und die subjektiven Voraussetzungen, die Stadtentwicklung auf dem Wege der umfassenden Intensivierung voranzubringen und die vorhandenen baulichen Grundfonds der Stadt für den Intensivierungsprozeß der Volkswirtschaft zu nutzen, so günstig und zugleich so dringlich wie heute.

Ein wichtiges Anliegen sozialistischen Städtebaus ist es, dafür zu sorgen, daß die Lösung der heutigen Bauaufgaben stets mit dem Blick auf die Entwicklung der Stadt als Ganzes erfolgt.

Ausgehend von gründlichen Analysen zur Funktion, Struktur, Ökonomie und Gestaltung der Städte, geht es darum, in der Generalbebauungsplanung die günstigsten Varianten zur Bestimmung der Funktionsbereiche der Städte, der Proportionen für die Reproduktion der Bausubstanz bei sparsamstem Umgang mit den verfügbaren Ressourcen sowie Leitbilder für die städtebaulich-architektonische Gestaltung herauszuarbeiten. Deshalb empfehlen wir, den Entwurf der Richtlinie zur Generalbebauungsplanung nach der erforderlichen Präzisierung als wichtiges Arbeitsinstrument staatlich verbindlich zu bestätigen. Die darin gegebene einheitliche Orientierung wird helfen, im Prozeß der städtebaulichen Planung noch mehr die vorhandenen Reserven bei der intensiven Entwicklung der Städte zu erschließen. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Bezirks-, Kreis- und Stadtarchitekten im Auftrag der Volksvertretungen und ihrer Organe die sich daraus ergebenden neuen, höheren Aufgaben mit großem Verantwortungsbewußtsein erfüllen werden.

Zu den Aufgaben der Städteplaner und Architekten bei der weiteren Durchführung des Wohnungsbauprogramms sowie bei der würdigen Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin

Der XI. Parteitag der SED hat erneut die Entschlossenheit bekräftigt, das Wohnungsbauprogramm als Kernstück der Sozialpolitik weiter konsequent durchzuführen.

Im Fünfjahrplanzeitraum 1986 bis 1990 sind, wie Ihr wißt, durch Neubau und Modernisierung insgesamt 1 064 000 Wohnungen einschließlich der dazugehörigen gesellschaftlichen Einrichtungen zu schaffen, um die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen. Damit wird ein altes Ziel der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in unserem Lande zur Wirklichkeit.

Die großen Aufgaben, die uns im komplexen Wohnungsbau gestellt sind, verlangen von allen eine strenge Disziplin im Einsatz der dafür bereitgestellten Mittel. Sie sind ausgehend von den dringlichsten Wohnbedürfnissen mit hoher sozialpolitischer Wirksamkeit auf jene Aufgaben zu konzentrieren, die der Schaffung guter Wohnbedingungen für alle Bürger der DDR dienen.

Das setzt voraus, die dafür geplanten Fonds ausschließlich für diesen Zweck zu verwenden, in den Kreisen und Städten die günstigsten Proportionen von Neubau, Modernisierung und Wohnraumerhaltung zu wahren und die staatlichen Aufwandsnormative strikt einzuhalten.

Je wirkungsvoller es dabei gelingt, noch vorhandene Ressourcen auszuschöpfen, Fonds und Mittel einzusparen, Intensität und Effektivität zu erhöhen, um so erfolgreicher werden wir auch neue Möglichkeiten für den weiteren Architekturfortschritt erschließen.

In den kommenden Jahren werden sich die neuen Züge des Wohnungsbaus immer deutlicher ausprägen. Der Anteil des innerstädtischen Bauens wird insbesondere auch in den Mittel- und Kleinstädten weiter zunehmen und im Jahre 1990 etwa 50 % erreichen. Die Bautätigkeit in unseren Städten wird also immer mehr von der Durchdringung und Verflechtung von Erhaltungs-, Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen gekennzeichnet sein, was sich bereits heute als eine große Herausforderung an die Architekten in den Städten und Kreisen erweist. Es geht dabei um die intensivere Nutzung des Vorhandenen, eine maßvolle Erhaltung des Bewahrenswerten und den Ersatz verschlissener Bausubstanz im Sinne einer planmäßigen, ökonomischen und kulturvollen Gestaltung und Erneuerung der Städte. Dafür gibt es kein allgemeingültiges Schema. Jede Stadt hat ihre eigenen Reproduktionsbedingungen. In jedem Fall muß sorgfältig geprüft werden, was erhaltenswert ist. Davon ausgehend sollte man auch überlegen, wo es sinnvoll ist, die Gebäude, die wegen Baufälligkeit nicht mehr benutzt werden können und das Bild der Städte bzw. Dörfer beeinträchtigen, abzubrechen.

Allein dadurch könnte eine bestimmte Verbesserung des Wohnumfeldes erreicht werden.

Die zu rekonstruierenden innerstädtischen Bereiche sind so zu gestalten, daß Altes und Neues harmonisch immer besser miteinander verbunden werden. Es gilt, in enger Gemeinschaftsarbeit zwischen Projektanten, örtlichen Organen und Auftraggebern, Baubrigaden sowie der Bevölkerung solche Lösungen zu erarbeiten, die mit den notwendigsten Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten sowie erforderlichen Ersatzneubauten für den Wohnungsbau, Dienstleistungen und Gewerbestätten eine möglichst umfassende Verbesserung der Wohnbedingungen gewährleisten.

Bei der Vorbereitung innerstädtischer Baumaßnahmen sollte künftig noch sorgfältiger und gründlicher analysiert werden, wie die vorhandenen Räume in den Erdgeschoßzonen der Wohnbereiche intensiver für gesellschaftliche Einrichtungen genutzt werden können, ehe Erweiterungen oder Neubauten ins Auge gefaßt werden.

Gute Wohnbedingungen zu schaffen verlangt, die Wohnungen und Wohngebiete einschließlich der dazugehörigen gesellschaftlichen Einrichtungen und Freiflächen möglichst komplett an die Bürger zu übergeben.

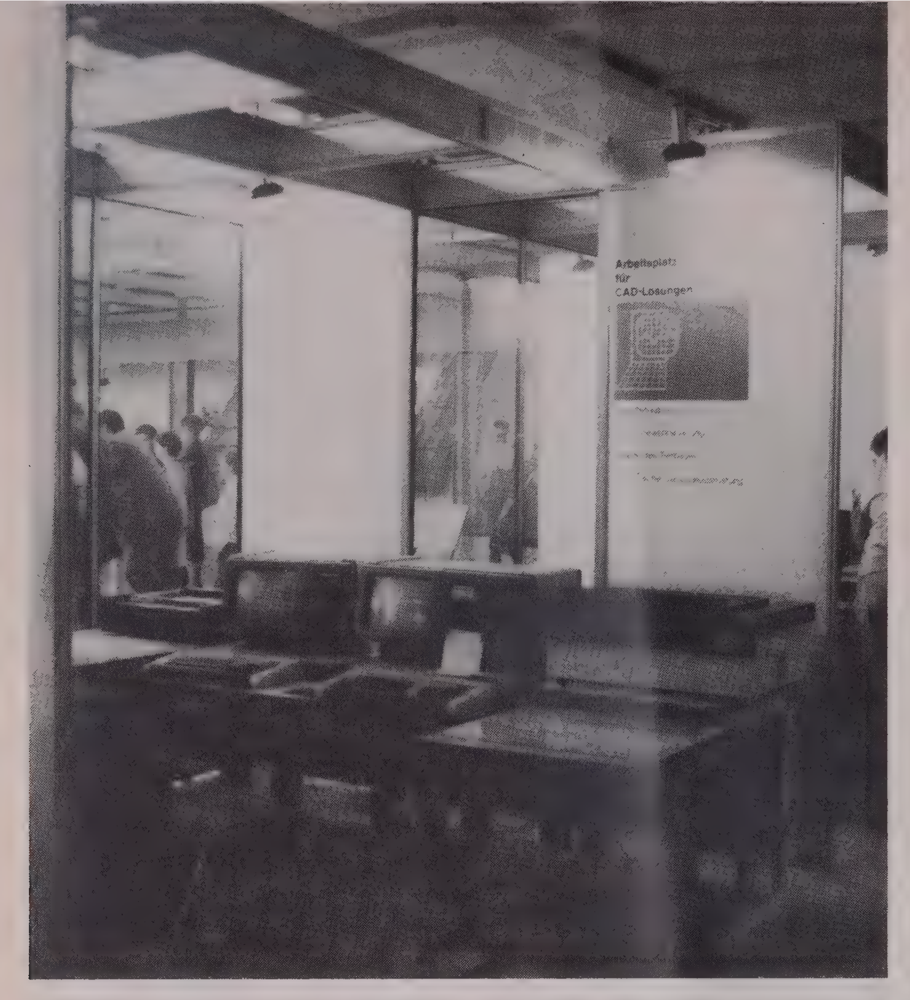
Vor allem in den wohnungsnahen Bereichen geht es um eine sorgfältige Grüngestaltung und liebevolle Ausstattung der Straßen- und Hofräume, damit eine angenehme Wohn- und Lebensatmosphäre entsteht, in der sich die Bürger wohl fühlen, die sie zur aktiven Mitgestaltung ihrer Umwelt anregt und so auch Ordnung und Pflege ständig verbessern helfen. Große Aufmerksamkeit verdient weiterhin die Gestaltung neuer Wohngebiete.

Das Beispiel des Neubauwohngebietes Magdeburg-Olvenstedt, das im Rahmen des Regierungsabkommens DDR/UdSSR vorbereitet wurde und in dem heute bereits über 25 000 Bürger leben, enthält viele Anregungen dafür, wie eine höhere Wohnqualität mit verringertem Aufwand erreicht werden kann. Das betrifft insbesondere die städtebauliche Raumbildung unter Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten bei einer hohen Einwohnerdichte von 250 bis 300 Ew/ha., die Schaffung eines interessanten Fußgängerbereiches mit der Einordnung kleinerer Gemeinschaftseinrichtungen, eine verbesserte funktionelle Lösung der Wohngebäude sowie die Einsparung an Material, Heizenergie und laufenden Kosten für die Nutzung.

Welche neue Qualität bei den gesellschaftlichen Einrichtungen erreicht werden kann, zeigen eindrucksvoll die Leistungen von Projektierungskollektiven des BMK Ingenieurhochbau Berlin. Im Zusammenwirken mit dem Auftraggeber und den Bauausführenden wurden für die Neubauwohngebiete Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf standortbezogene zwei- und mehrgeschossige gesellschaftliche Einrichtungen entwikkelt, die sich gegenüber den bisher angewandten Projekten durch sparsame Baulandinanspruchnahme, geringeren Erschließungsaufwand, effektive funktionelle Lösungen mit eindrucksvoller Innenarchitektur und solider städtebaulich-architektonischer Gesamtgestaltung sowie durch sinkenden einmaligen und laufenden Aufwand auszeichnen.

Ein ebenso anerkennenswertes Beispiel dafür, wie mit den verfügbaren Mitteln ein hoher gesellschaftlicher Nutzen erzielt werden kann, ist die von der Bauakademie und den Wohnungsbaukombinaten Erfurt, Magdeburg und Potsdam sowie der TU Dresden entwickelte Schulbaureihe 80. Bei konsequenter Anwendung der Plattenbauweise gelang es, sowohl einen höheren Gebrauchswert der Schule als auch Spitzenwerte in der Material- und Energieökonomie zu gewährleisten. Die erzielten Einsparungen betragen an Arbeitszeit 8 %, an Stahl 32 % und Heizenergie 22 %. Die rasche Breitenanwendung dieser drei beispielhaften wissenschaftlichen Ergebnisse würde einen überaus großen Nutzen für die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogrammes erbringen.

Die weitere Entwicklung der Erzeugnisse des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus vollzieht sich auf der Grundlage einer einheitlichen technischen Politik. Dabei ist die Plattenbauweise mit etwa 80 % am gesamten Wohnungsneubau auch zukünftig dominierend. Aufbauend auf dem bewährten System der WBS 70, sollten die Architekten in den Wohnungsbaukombinaten gemeinsam mit der Bauforschung und dem Erzeugnisgruppenverband alles tun, um den Wohnungsbau in den nächsten Jahren mit dem Ziel weiterzuentwickeln, den Produktions- und Energieverbrauch noch mehr zu senken bei gleichzeitiger Erhöhung der funktionellen Qualität, der architektonischen Variabilität und der Dauerbeständigkeit. Zu begrüßen ist, daß die neuen funktionellen, konstruktiven und technologischen Lösungen durch Experimental- und Funktionsmusterbauten erprobt werden. Gerade dies wird uns bei der Entwicklung von Bauwerksteilen, von Außenwänden, Decken und Gründungen sowie von Varianten der



Erd- und Dachgeschosse und nicht zuletzt bei der weiteren Industrialisierung des Ausbaues voranhelfen.
Die weitere würdige Ausgestaltung unserer Hauptstadt Berlin sehen wir auch künftig als eine Aufgabe an, der sich unser Architektenverband besonders verpflichtet fühlt. Die Mitglieder unseres Bundes lassen sich dabei von der Erkenntnis leiten, was hier entsteht, dient unserer ganzen Republik und erhöht ihr weltweites Ansehen. Es erfüllt die Menschen unseres Landes mit noch größerem Stolz, wenn ihre Hauptstadt als Symbol unseres sozialistischen Vaterlandes eine zunehmend größere Anziehungskraft auf alle Bürger und internationalen Besucher ausübt.
Einen wichtigen Schwerpunkt bildet die zielstrebige Durchführung des Wohnungsbauprogramms in der Hauptstadt Berlin. Umfangreiche Aufgaben sind hier beim Aufbau der neuen Stadtbezirke Berlin-Hohenschönhausen und Berlin-Hellersdorf, beim Bau weiterer neuer Wohngebiete sowie bei der Modernisierung und Rekonstruktion in den Innenstadtbezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Mitte zu lösen.
Besonders anspruchsvolle Leistungen erfordert der Ausbau des Stadtzentrums, vor allem die Gestaltung der Friedrichstraße als attraktivste Geschäftsstraße der Hauptstadt. Darüber hinaus stellt die weitere Ausgestaltung Berlins hohe Anforderungen an den Landschafts- und Grünanlagenbau sowie den Industrie- und Verkehrsbau.
Für uns Architekten wird es eine Ehrensache sein, unter Nutzung der mehr als 10jährigen Erfahrungen der Bauleute aus allen Bezirken, voran der „FDJ-Initiative Berlin" auch in den kommenden Jahren alles dafür zu tun, unsere Hauptstadt noch anziehender und schöner zu gestalten.
Der Wohnungsbau auf dem Lande wird – wie auf dem XIII. Bauernkongreß hervorgehoben wurde – im Zuge der umfassenden Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen weiteren Aufschwung nehmen. Dafür sind rationellere Projekte für den ländlichen Wohnungsbau und den Eigenheimbau zu entwickeln. Zukünftig kommt es darauf an, bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Ortsgestaltungskonzeptionen sowie allen Aufgaben der Baugestaltung im engen Zusammenwirken mit den örtlichen Staatsorganen, den Ausschüssen der Nationalen Front, den Landwirtschaftsbetrieben und der Bevölkerung noch wirksamer zu werden, um mit jeder Baumaßnahme für die landwirtschaftliche Produktion und das Wohnen Schritt für Schritt das architektonische Erscheinungsbild der Dörfer charakteristisch auszuprägen.
Die Erarbeitung einer staatlichen Regelung für die Tätigkeit gesellschaftlicher Projektierungsgruppen des Bundes der Architekten könnte wesentlich dazu beitragen, die Bauvorhaben in den Kreisen und auf dem Lande effektiver vorzubereiten sowie die Projektierung der Bauten der Bevölkerung mit erforderlichem Niveau zu gewährleisten.
Für die Entwicklung des Wohnungs- und Städtebaus der neunziger Jahre ist auf dem XI. Parteitag eine klare Orientierung gegeben worden. Genosse Erich Honecker erklärte dazu:
„Wenn wir die Wohnungsfrage bis 1990 als Kernstück unseres sozialpolitischen Programms gelöst haben, wird der soziale Wohnungsbau weiter gefördert, wird die Erhöhung der Wohnkultur noch stärker in den Vordergrund treten."
Mit höherem Tempo sollte dafür der notwendige wissenschaftliche Vorlauf geschaffen werden. Ausgehend von den gesellschaftlich begründeten Wohnbedürfnissen der Menschen und den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer Befriedigung gilt es durch neue Ideen und nüchternes Rechnen realistische Lösungswege auszuarbeiten.
In diesem Sinne wird unser Bund bei der Weiterentwicklung des Wohnungsbaus noch mehr zum Initiator von Erfahrungsaustauschen, Wettbewerben und Entwurfsseminaren werden, um die schöpferischen Potenzen aller unserer Mitglieder voll in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.
Wir sind deshalb unbedingt dafür, daß unsere erfahrenen und fähigsten Kolleginnen und Kollegen aus allen Bezirken konstruktive Vorstellungen entwickeln und Vorschläge unterbreiten, um mit gleichem oder geringerem Aufwand eine weitere Verbesserung der Wohnumwelt zu erreichen. Dafür sollten wir alle Talente vereinen, die progressivsten Erkenntnisse der gesamten Wissenschaft nutzen, damit alles, was sich mit unseren wertvollen Grundfonds machen läßt, in weiterreichende, realisierbare Lösungen integriert wird. Ein vorrangiges Anliegen besteht in diesem Zusammenhang darin, die noch bessere Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Familie, besonders der Kinder und der älteren Bürger zu erreichen.
Mit dem Ziel, im komplexen Wohnungsbau einen höheren Gebrauchswert mit günstigerem Aufwand zu erreichen, möchten wir einen umfassenden Wettbewerb vorschlagen. Er sollte mit größter Sorgfalt und unter Nutzung der Erkenntnisse aus den Analysen unserer Fachgremien vorbereitet und durch die Einbeziehung von Fachleuten vieler Gebiete, vor allem Architekten, Ingenieuren und Technologen sowie Landschaftsgestaltern und bildenden Künstlern zu einem guten Erfolg geführt werden.

Die Aufgaben der Architekten bei der Realisierung der Bauvorhaben zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft

Im Wettlauf mit der Zeit ist und bleibt die effektive Realisierung der geplanten Vorhaben zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft eine unabdingbare Voraussetzung für das dynamische Wirtschaftswachstum. Deshalb ist es von großem gesellschaftspolitischen Gewicht, das Schaffen der im Industrie-, Landwirtschafts- und Verkehrsbau tätigen Architekten mit aller Konsequenz auf die Erfordernisse der ökonomischen Strategie, insbesondere auf die umfassende Intensivierung, einzustellen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei bekanntlich die termingerechte Sicherung aller geplanten Vorhaben zur Einführung solcher Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik, der rechnergestützten Konstruktion, Projektierung und Steuerung flexibler automatischer Produktionssysteme, der Biotechnologie und der Kernenergie.
Worauf sollten wir unser Augenmerk richten, um auf diesem für die Zukunft so entscheidenden Gebiet noch rascher voranzukommen?
Vor allem gilt es, mit guter Industriearchitektur einen immer wirksameren Beitrag zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen, zur Senkung des Bauaufwandes und zur Verkürzung der Bauzeiten zu leisten. Die konkreten Zielstellungen des Fünfjahrplanes, den spezifischen Bauaufwand bei neu zu beginnenden Investitionsvorhaben um 10 % und die Bauzeiten um 15 % zu senken, sind hoch, doch wie die Praxis zeigt, zu erreichen. Die Realisierung des Vorhabens „Barkas-Werke" ist dafür ein überzeugendes Beispiel. Bei komplexer Gestaltung dieses Vorhabens gelang es, den Bauaufwand und die Bauzeiten um jeweils rund 30 % zu senken.
Wesentlich war dabei, daß durch eine qualifizierte Industriebauplanung, die Anwendung wissenschaftlich-technischer Spitzenleistungen, die umfassende Nutzung territorialer Rationalisierungsmöglichkeiten und die Einbeziehung vorhandener Bausubstanz die effektivste Lösungsvariante ermittelt und realisiert wurde.
Diese wertvollen Erkenntnisse am Vorhaben „Barkas-Werke", wie auch beim Investitionsvorhaben Mikroelektronik Erfurt, sollten überall zum Maßstab höherer Leistungen werden. Wir schlagen dem Arbeitskreis der Chefarchitekten der BMK und unserer Zentralen Fachgruppe Industriebau vor, diesen Prozeß durch Leistungsvergleich und Erfahrungsaustausch stärker zu fördern.
Von grundlegender Bedeutung für die Effektivität der Investitionen, besonders in den Be-

reichen der Schlüsseltechnologien ist eine hohe Reaktionsgeschwindigkeit des Industriebaus. Das erfordert vor allem kurze Projektierungsfristen bei enger Verflechtung von Projektierung und Ausführung und das Einstellen auf sich rasch entwickelnde neue Produktionstechnologien und Exportaufgaben. Dabei erweist es sich als großer Vorzug, daß unsere Projektierungsbetriebe fest in die Bau- und Montagekombinate integriert sind. Unser Bund wird die Kollegen in den Betriebsgruppen dieser Kombinate in ihrer verantwortungsvollen Arbeit auch künftig tatkräftig unterstützen.

Bei der Erzeugnisentwicklung im Industrie- und Landwirtschaftsbau ist dem wachsenden Anteil von Rekonstruktionsaufgaben und dem Wandel der Produktionstechnologien, durch größere Flexibilität und Anpaßbarkeit der Ergänzungs- und Erweiterungsbauten Rechnung zu tragen. Gemeinsam mit unseren Kollegen der Kammer der Technik wollen wir Architekten uns dafür einsetzen, daß die Erzeugnisentwicklung noch stärker auf eine hohe Effektivität hinsichtlich der Einhaltung der Kosten, der Material- und Energieökonomie, einer höheren bauphysikalischen Qualität, eines dauerhaften Korrosionsschutzes sowie auf einen zweckentsprechenden rationellen Ausbau gerichtet wird. In diesem Zusammenhang sehen wir einen großen Fortschritt darin, die wirtschaftliche Massenfertigung von Bauelementen des Betonleichtbaukombinates durch maßkoordinierte Komplettierungselemente aus den Vorfertigungsstätten der Bau- und Montagekombinate sowie der Landbaukombinate zu ergänzen. Daß damit eine hohe funktionelle und auch gestalterische Qualität erreicht werden kann, wurde am Baukomplex des VEB Fernsehelektronik in Berlin überzeugend bewiesen. Notwendig ist aber auch, daß für die effektive Durchführung von Neubau- und Rekonstruktionsvorhaben neben der Anwendung von kostengünstigen Angebotsprojekten neue Lösungen von Montage- und Monolithbauweisen einschließlich der erforderlichen Ausbausysteme entwickelt werden, um bei verringertem Aufwand eine gute Gesamtgestaltung zu erzielen.

Wie auf dem 11. Kongreß des FDGB erneut unterstrichen wurde, ist in unserer Republik der Kampf um hohe Arbeitsproduktivität und niedrigsten Aufwand immer mit der planmäßigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen verbunden. In Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses über die weitere Entwicklung der Arbeitsumweltgestaltung vom Oktober 1984 werden wir Architekten uns mit noch größerem Engagement der komplexen Gestaltung der Arbeitsstätten einschließlich ihrer Sozialeinrichtungen und der Freiräume zuwenden.

Von großem Wert sind dabei die Erfahrungen unserer bezirklichen Fachgruppe Industriebau in Magdeburg, die in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen eine Konzeption für die komplexe Gestaltung des traditionsreichen Ernst-Thälmann-Werkes erarbeitet hat. Diese Konzeption soll schrittweise mit der Rationalisierung wichtiger Produktionsprozesse und damit praktisch ohne zusätzliche Aufwendungen realisiert werden, wobei am Ende aus dem zum Teil schon sehr alten, aus der Krupp-Zeit stammenden Gebäudebestand ein rundum modernes Werk entsteht.

Das Beispiel zeigt, wie unsere Mitglieder an der komplexen Umgestaltung von Arbeitsstätten bei ausgewählten Rekonstruktions- und Modernisierungsvorhaben mitwirken können. Diese Aufgaben reichen von der ergonomisch und ästhetisch guten Gestaltung der unmittelbaren Arbeitsplätze, über die Gestaltung der Sozialanlagen und Freiflächen bis hin zu einer harmonischen Einordnung der Arbeitsstätten in die Stadt, das Dorf und die Landschaft. Dazu der schöpferischen Zusammenarbeit von Stadtplanern, Architekten, Landschaftsarchitekten, Technologen, Form- und Farbgestaltern, bildenden Künstlern sowie Fachleuten des Arbeitsschutzes, des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes weitgehende Impulse zu geben, ist auch Anliegen unseres Verbandes.
Wir sind uns bewußt, daß eine zweckmäßige und solide architektonische Gestaltung im Industriebau Initiative und Leistungsbereitschaft der Werktätigen in erheblichem Maße fördert. Gut gestaltete Produktionsanlagen gelten aber auch international als ein exportwirksames Markenzeichen einer leistungsfähigen Wirtschaft und sind zugleich Referenzobjekte für den Export. Als ein Land, das seine Position unter den führenden Industrienationen behauptet, sollten wir auch auf diesem Gebiet im internationalen Vergleich die Nase vorn haben.

Durch Anwendung von Schlüsseltechnologien zu qualitativ neuen Schritten in der bautechnischen Projektierung und in der Stadtplanung

Die Sicherung einer neuen Qualität des ökonomischen Wachstums macht tiefgreifende Veränderungen sowie qualitativ neue Lösungen in der Forschung und Entwicklung, der Stadtplanung sowie der Bauvorbereitung und Projektierung erforderlich. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die beschleunigte Anwendung der CAD/CAM-Technologie im Bauwesen.
Gegenwärtig vollzieht sich – wie Sie wissen – in dieser Hinsicht eine rasante Entwicklung in der Welt. Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß die Werktätigen der mikroelektronischen Industrie unserer Republik große Anstrengungen unternehmen, um uns diese moderne Technik in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um entsprechend der Orientierung des XI. Parteitages der SED bis zum Jahre 1990 im Bereich der Bauvorbereitung mindestens 2800 CAD-Arbeitsplätze, darunter 1200 graphikfähige zum Einsatz zu bringen. Allein in diesem Jahr werden 234 CAD-Arbeitsplätze für die Projektierung eingerichtet.
Entscheidend ist dabei, daß der Einsatz dieser die Projektierungsprozesse revolutionierenden Technik wesentlich höhere Effekte bringen kann und auch bringen muß, als wir es uns noch vor einigen Jahren vorstellen konnten. Die Arbeitsproduktivität in der bautechnischen Projektierung steigt damit um das 2 – 3fache. Die Projektierungszeit wird erheblich, bis zu 40 % verringert. All das versetzt uns in die Lage, den aus der Intensivierung der Bauprozesse erwachsenden höheren Projektierungsbedarf mit den gleichen Arbeitskräften realisieren zu können und standortkonkret durch Variantenvergleiche überzeugende städtebaulich-architektonische Lösungen mit dem günstigsten Aufwand-Nutzen-Verhältnis für alle Vorhaben zu ermitteln. Gegenwärtig werden im Rahmen des Staatsplanes Wissenschaft und Technik in enger Forschungskooperation zwischen Wissenschaftlern der Bauakademie, engagierten Stadtplanern und Architekten sowie weiteren Praktikern aus den Kombinaten und Betrieben des Bauwesens progressive Beispiellösungen für die bautechnische Projektierung und die städtebauliche Planung erprobt bzw. in die Praxis eingeführt. Gestützt auf bereits vorliegende positive Ergebnisse erfolgt jetzt die Schaffung von CAD-Lösungen für den komplexen Wohnungsbau arbeitsteilig in den WBK Karl-Marx-Stadt, Erfurt und Berlin für die Entwicklung von Elementen, Gebäuden und Wohngebieten sowie für die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen im Baukombinat Köpenick.
Im Industriebau leisten Projektierungskollektive des BMK Süd Karl-Marx-Stadt und des BMK Industrie- und Hafenbau Rostock wertvolle Beiträge für die Erzeugnisentwicklung und die Industriearchitekten des BMK Erfurt für die Qualifizierung des CAD-Systems für die Industriebauplanung.
Auch auf dem Gebiet des Städtebaus ist ein möglichst schneller Einsatz von CAD-Lösungen in den Büros für Städtebau und den Stadtplanungsgruppen unbedingt anzustreben, um die im Rahmen der Generalbebauungsplanung und städtebaulichen Leitplanungen durchzuführenden Analysen, Trendberechnungen und Variantenuntersuchungen in wesentlich höherer Qualität zu bewältigen. Die bei der Ermittlung der günstigsten Varianten für die intensive Stadtentwicklung in Dresden und im Bezirk Halle erzielten Arbeitsergebnisse und die davon abgeleiteten Entscheidungsvorschläge für die örtlichen Volksvertretungen bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Sie gewährleisten, daß die städtebaulichen Aufgabenstellungen für den Zeitraum nach 1990 unter Nutzung des Zentralspeichers Städtebau, des Datenspeichers Wohnungspolitik sowie weiterer analytischer Materialien zum Wohnungsfonds, zum Bauzustand und zur demographischen Entwicklung, mit höchstem gesellschaftlichem Nutzeffekt bearbeitet werden.
Mit der Bereitstellung der neuen, leistungsfähigen Projektierungstechnik sowie der verallgemeinerungsfähigen CAD-Beispiellösungen werden gegenwärtig die entscheidenden wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß im Jahr 1990 mindestens 60 % der zu realisierenden Bauaufgaben mit Hilfe der CAD-Arbeitsweise entwurfsseitig und technologisch vorbereitet werden können. Vor allem aber entstehen mit der Vervollkommnung der CAD-Lösungen – wie das bereits heute bei der Projektierung der Otto-Grotewohl-Straße in Berlin und der Prager Straße in Dresden sichtbar wird – qualitativ neue Bedingungen für die ökonomische und baukünstlerische Durchdringung der Projekte. Diese progressive Entwicklung mit ihren in vieler Hinsicht faszinierenden Möglichkeiten führt zu einer spürbaren Entlastung der Architekten und Stadtplaner von Routinearbeit und erweitert ihren Zeitfonds für schöpferische Entwicklungs- und Gestaltungsaufgaben.
Viele unserer Berufskollegen sind aktive Träger dieser sich vollziehenden zukunftsweisenden Entwicklung. Andere sind von diesem dynamischen Prozeß noch nicht erfaßt. Daraus leitet sich für unseren Fachverband die Aufgabe ab, im Rahmen der Weiterbildungsmaßnahmen für die im Bauwesen beschäftigten 27000 Projektanten darauf Einfluß zu nehmen, daß bis zum Jahre 1990 zwei Drittel der Architekten und Stadtplaner über Grundkenntnisse der Informatik verfügen und CAD-Lösungen aktiv anwenden können, mindestens 25 Prozent spezifische Kenntnisse besitzen, um an der Entwicklung neuer CAD-Lösungen mitzuwirken, und weitere 5 % zu Spezialisten für die Erarbeitung von Programmen der Datenverarbeitung qualifiziert werden.
Wir wissen sehr wohl, daß der Bildungsvorlauf ein wichtiger Intensivierungs- und Wachstumsfaktor sowie entscheidend für die Erfüllung des Auftrages der Stadtplaner und Architekten für die sozial-kulturelle Gestaltung der Umwelt ist. Davon abgeleitet, tragen die Mitglieder unseres Bundes, die in der Aus- und Weiterbildung tätig sind, eine besondere Verantwortung. Wir achten die Arbeit unserer Hochschullehrer an der Technischen Universität Dresden, an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, sowie an der Kunsthochschule Berlin und sind gewiß, daß sie durch solide, praxisorientierte Ausbildung und politische Erziehung künftig noch verstärkt dazu beitragen, den jungen Architekten das nötige Rüstzeug für die Meisterung der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben mit auf den Weg zu geben. Wir begrüßen sehr, daß den Studenten an den Technischen und Ingenieurhochschulen auch die notwendigen Grundkenntnisse über Städtebau und Architektur vermittelt werden. Die dem Kongreßmaterial beiliegende „Konzeption zur Erhöhung des Niveaus der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik“ findet unsere grundsätzliche Zustimmung. Wir empfehlen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen sowie dem Ministerium für Bauwesen, diese Konzeption verbindlich herauszugeben.

Im Zuge der weiteren Forcierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erlangt die ständige Weiterbildung der Stadtplaner

und Architekten außerordentliche Bedeutung für die Realisierung der dem Bauwesen gestellten objektiv wachsenden qualitativen Aufgaben. Dazu sind alle bestehenden Formen, wie das postgraduale Studium, die Bezirksakademien des Bauwesens, die Weiterbildungsveranstaltungen unseres Bundes und die Lehrgänge des Weiterbildungsinstitutes an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, wo in fast zwei Jahrzehnten eine Generation führender Architekten unseres Landes beruflich und politisch qualifiziert wurde, konsequenter zu nutzen.
Eine besondere Verantwortung trägt das neu geschaffene Bildungszentrum „Bauhaus Dessau". Anläßlich des 60. Jahrestages der Eröffnung des Bauhauses hat der Minister für Bauwesen erklärt, daß die Weiterbildungsarbeit der Stadtplaner, Architekten, Formgestalter und bildenden Künstler an dieser traditionsreichen Stätte in enger Verbindung von Theorie und Praxis erfolgt. Es liegt zutiefst in unserem Interesse, die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten am Bauhaus auf Spitzenleistungen in der Gestaltung industriell errichteter Gebäude und Ensembles sowie bei der industriellen Formgestaltung zu konzentrieren. In diesem Anspruch ist der Bauhausgedanke, Kunst und Technik zu einer neuen Einheit, zu einer höchst wirtschaftlichen und ästhetisch anspruchsvollen Synthese in der Form zu führen, im besten Sinne des Wortes fest verankert.
Um den Schaffensprozeß der Architekten auf die Anforderungen der Zukunft einzustellen, bedarf es der Vertiefung unserer architekturtheoretischen Positionen und einer ständigen kritischen Analyse unserer Arbeit. Das reicht von einer stärkeren theoretischen Durchdringung der spezifischen Aufwand-Nutzen-Problematik in der Architektur, d. h. der Ökonomie der architektonischen Gestaltung über Fragen der weiteren Erschließung des Erbes für eine unserer Zeit gemäße baukünstlerische Formgebung bis zu noch weiterreichenden Arbeiten zur sozialistischen Perspektive von Städtebau und Architektur.

Zur weiteren Qualifizierung der politisch-ideologischen, fachlichen und organisatorischen Wirksamkeit des Bundes der Architekten und seiner internationalen Arbeit

Die großen und anspruchsvollen Aufgaben zur weiteren sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur in unserem Land stellen neue, hohe Anforderungen an die politisch-ideologische, fachliche und organisatorische Wirksamkeit unseres Bundes der Architekten. Wir vertrauen fest darauf, daß unsere Mitglieder sich noch wirksamer dafür einsetzen, den gesamten Schaffensprozeß der Architekten unter Nutzung der reichen Erfahrungen unseres Bundes auf die qualitativ neuen Maßstäbe auszurichten. Dabei können wir uns in der gesellschaftlichen Arbeit auf das stützen, was sich im Leben unseres Bundes in vielfältiger Weise bewährt hat.
Wie im schriftlichen Rechenschaftsbericht ausführlich dargelegt ist, wurde von den Mitgliedern und Funktionären des BdA eine große schöpferische Arbeit geleistet, sei es an ihrem Arbeitsplatz, sei es in Gestalt der Vorbereitung und Durchführung von Wettbewerben und Entwurfsseminaren, der Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen und Exkursionen oder der Teilnahme an Gesprächen mit den Bürgern, die letztendlich dazu beigetragen haben, die gesellschaftliche Wirksamkeit unseres sozialistischen Fachverbandes wesentlich zu erhöhen. Gestatten Sie mir, verehrte Delegierte, Ihnen, die Sie zu den aktivsten Mitgliedern unseres Bundes zählen, ebenso wie den gewählten Vorständen und allen anderen Mitgliedern, die sich um die Wirksamkeit des BdA verdient gemacht haben, im Namen des Präsidiums für Ihre zielstrebige, initiativreiche ehrenamtliche Arbeit von ganzem Herzen zu danken.
In der festen Überzeugung, daß die Mitglieder unseres Bundes auch in Zukunft ihr Bestes für die allseitige Stärkung unserer Republik geben werden, möchten wire hier zum Ausdruck bringen: Auf die Architekten der Deutschen Demokratischen Republik kann sich die Partei der Arbeiterklasse, unser sozialistischer Staat und die Bevölkerung unseres Landes jederzeit verlassen!
Worin bestehen die Schwerpunkte unserer künftigen Arbeit?
Erstens werden wir uns unablässig darum bemühen, unter der bewährten Führung der Partei das vertrauensvolle Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen Auftraggebern weiter zu entwickeln und dabei insbesondere in Vorbereitung der Bauaufgaben das bedeutende schöpferische Potential der Mitglieder unseres Fachverbandes noch stärker zu nutzen. In einer lebensnahen Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, den örtlichen Volksvertretungen, den Ausschüssen der Nationalen Front und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund wollen wir die gesellschaftliche Aktivität des BdA ganz im Sinne der sozialistischen Demokratie weiter erhöhen und eine noch umfassendere Öffentlichkeitsarbeit leisten. Unsere Bezirks-, Kreis- und Fachgruppen sollten dazu mehr als bisher eigenständige Vorstellungen und Vorschläge entwikkeln und diese an die betreffenden staatlichen Organe herantragen.
Zweitens sollte unser Bemühen darauf gerichtet sein, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Baukombinaten sowie den Kreisbaubetrieben den gestiegenen Anforderungen entsprechend auszubauen und insbesondere auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Betriebs-, Kreis- und Bezirksgruppen sowie der zentralen Fachgruppen mit der Bauakademie der DDR, den Erzeugnisgruppenverbänden und der Kammer der Technik zu verstärken. Wir erwarten aber auch, daß die staatlichen Leiter in den Arbeitsbereichen der Stadtplaner und Architekten unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen gesellschaftlichen und fachlichen Aufgaben tatkräftig unterstützen.
Es liegt in der Natur der Sache, daß wir die bewährten und fruchtbaren Arbeitsbeziehungen mit dem Verband bildender Künstler, der Gesellschaft für Denkmalpflege, dem Kulturbund der DDR sowie mit weiteren gesellschaftlichen Organisationen fortsetzen und weiterentwickeln wollen. In der gemeinsamen Arbeitsgruppe architekturbezogene bildende Kunst sollte, ausgehend von den bereits vorliegenden positiven Ergebnissen der interdisziplinären Zusammenarbeit, die künftige Tätigkeit noch wirkungsvoller auf effektive Lösungen der komplexen Umwelt- und Stadtgestaltung gerichtet werden.
Drittens werden wir uns künftig mit noch größerem Nachdruck dafür engagieren, daß die Wahrnehmung der persönlichen Verantwortung der Architekten weiter gestärkt wird. Wir verstehen dies vor allem als Anspruch an die Architekten selbst, an ihre Bereitschaft, mehr Verantwortung zu tragen. Dazu sollten die staatlichen Regelungen über die Aufgaben, Pflichten und Rechte der Komplexarchitekten und der Chefarchitekten in den Kombinaten überall konsequent verwirklicht werden.
Unser Bund, besonders unsere Betriebsgruppen werden sich dafür einsetzen, künftig gerade auch jüngeren Architekten in den Kombinaten und Betrieben sowie in den Büros für Städtebau solche Aufgaben zu übertragen, die ihr ganzes Wissen und Können, ihre schöpferische Leistungskraft und ihr Durchsetzungsvermögen herausfordern. Wir sind dafür, daß die Verantwortung der Autoren, so wie sie im Recht der DDR verankert ist, voll gesichert wird. Es würde der Sache dienen, wenn in Presse, Funk und Fernsehen bei der ausführlichen Vorstellung von Bauten auch die Namen der Autoren genannt würden. Denn bei allem, was gut oder schlecht ist, sollte der Bürger wissen, wer dafür Verantwortung trägt, wer Anerkennung oder auch Kritik verdient.
Viertens werden wir entsprechend dem Statut, das dem Kongreß in seiner Neufassung vorliegt, noch entschiedener danach streben, in allen Bezirks-, Kreis- und Betriebsgruppen sowie in den Zentralen Fach- und Arbeitsgruppen unseres Bundes ein reges geistiges Leben zu entwickeln, das die gesellschaftliche Wirksamkeit und die Ausstrahlungskraft unserer mehr als 5200 Mitglieder weiter fördert. Dafür bieten die in Berlin sowie in einigen Bezirksstädten bestehenden bzw. im Ausbau befindlichen Häuser der Architekten gute Bedingungen. Eine kämpferische Atmosphäre zur Durchsetzung des Neuen, hohes gesellschaftlich-fachliches Engagement, lebendiger Erfahrungsaustausch und aufrichtiger schonungsloser Leistungsvergleich sollten mehr als bisher unsere Fachtagungen und Weiterbildungsseminare, unsere Werkstattgespräche und Diskussionsabende prägen. In unseren Zeitschriften „Architektur der DDR", „Landschaftsarchitektur" und „Farbe und Raum" sowie in den Mitteilungsblättern der BdA-Bezirksgruppen sollten die Aktivitäten unserer Arbeit für höhere Qualität und Effektivität noch überzeugender dargestellt werden. Das setzt voraus, daß weit mehr Kollegen auch aktiv als Autoren tätig werden.
So wie in seinem nahezu 35jährigen Bestehen wird der Bund der Architekten auch in Zukunft für Frieden und Völkerfreundschaft wirken. Besonders liegt es uns am Herzen, die bewährte freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Bruderverbänden der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu vertiefen, um den gemeinsamen Erfahrungsschatz zu bereichern und aus ihm Wertvolles für unsere Arbeit zu schöpfen. In diesem Zusammenhang möchten wir unseren ausländischen Gästen versichern, daß die in allen Ländern jährlich stattfindenden internationalen Erfahrungsaustausche unsere Arbeit befruchten. Aktiv unterstützen wir die vom bulgarischen Verband organisierten Weltbiennalen der Architektur sowie die spezifischen Fach- und Entwurfsseminare, wie sie seit Jahren in der Sowjetunion, in der ČSSR und der VR Polen durchgeführt werden. Besonders danken möchten wir den Leitungen der Bruderverbände der UdSSR, der ČSSR, der VR Bulgarien, der VR Polen und der Ungarischen VR für die konstruktive schöpferische Mitarbeit an bisher fünf internationalen Entwurfsseminaren unseres Verbandes.
Gleichermaßen wollen wir im Internationalen Architektenverband und anderen Gremien eine völkerverbindende Zusammenarbeit mit den Architekten der ganzen Welt pflegen. Über all dem steht unser Anliegen, einen Beitrag zum Frieden, zur Verbreitung der Friedenspolitik der DDR und der gemeinsamen Abrüstungsinitiativen der sozialistischen Länder zu leisten. Auf dem bevorstehenden Weltkongreß der Architekten in Brighton werden wir für eine weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus, für Abrüstung und eine friedliche Zukunft der Menschen eintreten. Vor allem aber entspricht es unserer festen Überzeugung, wenn jedes Mitglied unseres Bundes, jeder Architekt unseres Landes tagtäglich nach dem Grundsatz handelt: Mein Arbeitsplatz ist mein Kampfplatz für den Frieden.
Der Bund der Architekten der DDR wird, fest mit der Partei der Arbeiterklasse verbunden, seine ganze gesellschaftliche Aktivität für die Verwirklichung der auf das Wohl des Volkes gerichteten Beschlüsse des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einsetzen. Mit Tatkraft, Initiative und hohem politischen Verantwortungsbewußtsein werden die Architekten ihr Bestes geben, damit Planungen und Projekte entstehen, die eine wichtige Voraussetzung schaffen, um die dem Bauwesen mit dem Fünfjahrplan 1986 – 1990 gestellten Aufgaben mit hoher Wirtschaftlichkeit und Qualität zu erfüllen.
Gemeinsam mit unseren Kollegen auf den Baustellen wollen wir dafür Sorge tragen, daß alles, was wir bauen, den Menschen unserer Zeit und noch vielen Generationen zur Freude gereicht und unser sozialistisches Land noch schöner und liebenswerter macht. Auf diese Weise verbindet sich schöpferisches Handeln für die Weiterentwicklung der Architektur mit dem Wirken für das Glück der Menschen und damit für die weitere Stärkung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Dafür laßt uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Leidenschaft, mit Herz und Verstand unablässig tätig sein!

Das Antlitz der Städte und Dörfer wurde tiefgreifend verändert

Schlußwort des Ministers für Bauwesen, Wolfgang Junker

Der IX. Kongreß des Bundes der Architekten neigt sich seinem Ende zu. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß er einen bedeutsamen Beitrag zur weiteren Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Gebiet des Bauwesens geleistet hat. In einer schöpferischen und kritischen Atmosphäre wurden jene Aufgaben behandelt, deren Erfüllung dazu dient, den Kurs der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erfolgreich fortzusetzen. Das Referat des Präsidenten, Genossen Ewald Henn, und die freimütige Diskussion zeigen, daß auch für die Architekten, Stadtplaner und Projektanten unseres Landes die auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als starker Ansporn wirkt, um immer größere schöpferische Arbeitstaten zur allseitigen Stärkung des Sozialismus und damit zur Sicherung des Friedens zu vollbringen.

Davon zeugen viele gute Vorschläge und neue Verpflichtungen, die während der Beratung unterbreitet wurden, und die besonders darauf gerichtet sind, sich mit all dem Wissen und Können für die zuverlässige Erfüllung der Bauaufgaben des Fünfjahrplans 1986 bis 1990, für die konsequente Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms, die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin, und vor allem auch für die Realisierung der geplanten Bauaufgaben zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft einzusetzen.

Zugleich wurde auf diesem Kongreß erneut sichtbar, daß die Bereitschaft zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens durch umfassende Intensivierung vorhanden ist und täglich neu bewiesen wird. Besonders anschaulich zeigt sich das auch in der kürzlich hier in Berlin eröffneten Bauausstellung der DDR anhand vieler städtebaulicher Ensembles, Projekte und Exponate.

Das Wichtigste ist nunmehr, diese hervorragenden Beispiele auf der Grundlage hoher ökonomischer Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik, gepaart mit den vielfältigen Erfahrungen der Besten, voll und ganz zum Maßstab des Handelns aller Kollektive zu machen. Denn dadurch entsteht ein solides Fundament, das Bauen in unserem Lande auf die neuen wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen der kommenden Jahre einzustellen.

In der Grußadresse des Zentralkomitees der SED an den IX. Kongreß wird hervorgehoben, daß unsere Architekten mit tatkräftiger Unterstützung ihres sozialistischen Verbandes jederzeit in der Lage sind, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Die Vorbereitung und Durchführung Eures Kongresses berechtigen zu der Feststellung: Der Bund der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik wird sich stets als ein treuer Weggefährte der Partei der Arbeiterklasse erweisen. Er wird, dessen sind wir gewiß, seinen würdigen Beitrag für die weitere erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unserer Republik leisten.



Sicher bringe ich die Gefühle aller hier anwesenden Delegierten und Gäste zum Ausdruck, wenn wir von dieser Stelle aus der Partei- und Staatsführung der DDR und insbesondere dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, für die stetige Unterstützung und Fürsorge zur Förderung des Architektenschaffens von ganzem Herzen danken.

Noch auf keinem Kongreß der Architekten unseres Landes konnte eine solche ausgezeichnete Bilanz des Architektur- und Städtebauschaffens gezogen werden wie auf diesem. Hand in Hand haben die Architekten, Stadtplaner und bildenden Künstler, gemeinsam mit den Bauarbeitern, Meistern, Technologen, Ökonomen, Ingenieuren und Wissenschaftlern dazu beigetragen, daß sich das Antlitz unserer Städte und Dörfer, besonders seit Beginn der achtziger Jahre, so tiefgreifend und dauerhaft zum Guten gewandelt hat. Beispielhaft sind die Dimensionen, die bei der erfolgreichen Durchführung des Wohnungsbauprogramms vollbracht wurden.

So stimmen wir voll mit den hier auf diesem Kongreß vertretenen Auffassungen zahlreicher Diskussionsredner, wie der Architektin Dr. Jutta Eckelt, der Architekten Erich Kaufmann, Joachim Casparius, Wolf-Rüdiger Eisentraut und anderer überein, daß gerade das zutiefst humanistische Anliegen, die Wohnungsfrage als soziales Problem bis zum Jahre 1990 in der DDR zu lösen, stets ein gewaltiger Ansporn dafür ist, die kreativen Kräfte zu entwickeln und das Beste dafür zu geben. In dieser Hinsicht ist bei der Meisterung der noch vor wenigen Jahren neuartigen, heute aber schon alltäglichen Aufgabe, dem innerstädtischen Bauen in der Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Instandsetzung, Hervorragendes erreicht worden. Immer besser gelingt es, die neuen Gebäude harmonisch mit den vorhandenen zu verbinden und auf diese Weise Vertrautheit der Bürger mit ihrer Umwelt und Geborgenheit zu schaffen. Sehr vielfältig durchdringen sich dabei die ökonomischen und ästhetischen Aspekte. In der Praxis unseres Architekturschaffens erweist es sich in jeder Hinsicht von großem Vorteil, maßvoll an die Neugestaltung und Rekonstruktion heranzugehen und die vorhandene Substanz klug für die Ensemblewirkung von Neuem und Bestehendem zu nutzen.

Auch künftig werden wir in dem vom gesellschaftlichen Erfordernis bestimmten Maße Neubauwohngebiete errichten. Deshalb sind die auf diesem Gebiet sich abzeichnenden Fortschritte gestalterischer Qualität, Raumbildung und zweckmäßiger Ausstattung sehr wertvoll. Deutlich wird das Bestreben sichtbar, durch verbesserte städtebauliche Lösungen das Wohnbefinden der Bürger zu fördern und mit der Vervollkommnung des industriellen Bauens zugleich die architektonische Gestaltung der Häuser, Straßen und ganzer Ensembles zu bereichern.

Besonders eindrucksvoll widerspiegelt die Ausgestaltung unserer Hauptstadt Berlin den hohen Stand von Städtebau und Architektur in der DDR. Im Zeitraum von nur zehn Jahren entstanden die neuen Stadtbezirke Berlin-Marzahn, Berlin-Hohenschönhausen und Berlin-Hellersdorf. Die Modernisierung und Rekonstruktion innerstädtischer Wohnbereiche und solche städtebauliche Leistungen von hohem künstlerischem Niveau, wie der Ernst-Thälmann-Park, das Nikolaiviertel und der Platz der Akademie, bei denen sich der Wohnungsneubau eng mit bedeutenden gesellschaftlichen Bauten verbindet, prägen das Antlitz Berlins im 750. Jahr seines Bestehens.

Dieses schöpferische Gemeinschaftswerk Berliner Architekten mit ihren Berufskollegen

aus allen Bezirken berechtigt zum Stolz auf Erreichtes, der zu noch höheren Ansprüchen und Leistungen herausfordert.
Die Tätigkeit des Architekten voll in den Dienst zum Wohle der Menschen zu stellen, bedeutet, sich stets mit der ganzen Person für ein kostengünstiges und schönes Bauen einzusetzen. Das eine nicht zu Lasten des anderen zu tun, dafür tritt heute nicht nur die Mehrzahl der Architekten ein, sondern sie vermögen sich auch mit ausgewogenen Vorschlägen und Projekten immer nachhaltiger durchzusetzen. Kein Bereich des Bauens ist davon ausgenommen. Es betrifft den Wohnungs- und Gesellschaftsbau ebenso wie den Industrie-, Landwirtschafts- und Verkehrsbau.
Sehr anspruchsvolle und äußerst wichtige Aufgaben wurden im Industriebau bei der Sicherung der geplanten Investitionsvorhaben zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes realisiert. Die Fortschritte in den Kombinaten des Industriebaus und ihre Mitwirkung in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung zeigen sich besonders am Fernsehkolbenwerk Tschernitz, am Vorhaben Farbbildröhrenwerk Berlin und an vielen anderen Industrie- und Gesellschaftsbauten.
Beispielgebend für die zunehmend gewichtigere Rolle der Arbeitskultur ist der Bau der neuen Harlaß-Gießerei in Karl-Marx-Stadt. Unter Leitung des Komplexarchitekten Martin Decker wurde hier im produktiven Zusammenwirken mit bildenden Künslern und Formgestaltern die Arbeitsumweltgestaltung voll in das Projekt und die Ausführung integriert. So entstand ein Werk mit Arbeitsbedingungen von hoher sozial-kultureller Qualität.
Zu den bemerkenswerten Leistungen der vergangenen Jahre gehört ebenso, daß die Ausarbeitung und Vervollkommnung von Ortsgestaltungskonzeptionen in hohem Maße mitgetragen wird von der engagierten Arbeit der Mitglieder des Architektenverbandes. Auch künftig wird diese Arbeit zum Aufblühen unserer Dörfer als Heimstätten der Genossenschaftsbauern, als Zentren der landwirtschatflichen Produktion und des bäuerlichen Lebens beitragen.
Tatsache ist, das Bauen in unserem Lande zeigt anschaulich, daß die Architekten die Zeichen der Zeit richtig verstanden haben, indem sie nicht nur die neuesten Ergebnisse von Wissenschaft und Technik für ihre Arbeit verwerten, sondern sich immer stärker selbst zum Initiator zielgerichteter Forschung und Entwicklung profilieren. Wir stimmen mit ihnen überein: Modernes, effektives Bauen mit hoher sozialpolitischer Wirksamkeit gründet sich in erster Linie auf die Synthese komplexer Anwendung fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnis und baukünstlerischer Meisterschaft. In der wirtschaftlichen und gestalterischen Ausgewogenheit sowie in der baukünstlerischen Beherrschung des industriellen Bauens wird weltweit klar, wie sich das heutige lebendige und eigenständige Bild der Architektur der Deutschen Demokratischen Republik ausprägt. Ganz in diesem Sinne haben die vom Politbüro des ZK der SED und vom Ministerrat der DDR im Ergebnis des VIII. Bundeskongresses beschlossenen „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR“ der schöpferischen Arbeit der Stadtplaner und Architekten kräftige Impulse gegeben und bestimmen weiterhin ihr Handeln.
Diese Grundsätze beeinflussen die Tätigkeit der Kollektive stark, weil sie eine jahrzehntelange Erfahrung unseres Städtebau- und Architekturschaffens vermitteln, lebensverbunden sind und somit beitragen, die Arbeits- und Lebensumstände der Menschen positiv zu gestalten. Architektur, das wurde besonders in den achtziger Jahren deutlich, gewinnt durch eine städtebauliche Gesamtleistung an hoher Ausstrahlungskraft und Qualität. Sie kann sich letztlich nur unter den Bedingungen der sozialistischen Planwirtschaft vollkommen entwickeln.
Städtebauliche Planung muß – auch das zeichnet unser Land aus – die materiellen Lebensgrundlagen des Volkes schützen und entwickeln sowie vor allem den Menschen eine gesunde Umwelt schaffen.
So kann mit Fug und Recht festgestellt werden, daß das Ringen der Architekten um eine hohe Baukultur unserer sozialistischen Gesellschaft gute Früchte trägt. Für diese großen Leistungen möchte ich im Auftrage des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Erich Honecker, allen Mitgliedern des Bundes der Architekten der DDR und Projektanten den herzlichen Dank aussprechen.
Unsere Beratung findet in einer Zeit statt, in der die Bauschaffenden verantwortungsbewußt darum kämpfen, die Planaufgaben 1987 tatkräftig durch hohe Leistungen zu erfüllen, die Verpflichtungen zu ihrer Überbietung einzulösen und den Volkswirtschaftsplan 1988 gründlich vorzubereiten. Mehr denn je geht es darum, in der gesamten Investitions- und Bautätigkeit eine hohe Staats- und Plandisziplin durchzusetzen, das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu sichern und jegliche Verschwendung von Volksvermögen zu unterbinden. Die Bauschaffenden haben, obwohl sie durch die harten Bedingungen des letzten Winters vor große Bewährungsproben gestellt wurden, den Plan der Bauproduktion und der Nettoproduktion sowie die Arbeitsproduktivität erfüllt. Im komplexen Wohnungsbau sind in diesem Jahr bis Ende Mai 80200 neugebaute bzw. modernisierte Wohnungen fertiggestellt und damit für weitere 240000 Bürger die Wohnverhältnisse spürbar verbessert worden. Das trifft auch für die Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Sporthallen, Kinderkrippen und Kindergärten, Gesundheits- und Handelseinrichtungen und anderes zu.
Im Jubiläumsjahr Berlins vollbringen die Berliner Bauleute und die an ihrer Seite tätigen Baukollektive aus den Bezirken und zentralgeleiteten Kombinaten weiterhin sichtbare Leistungen zur würdigen Ausgestaltung unserer Hauptstadt. Neue Ensembles des komplexen Wohnungsbaus sowie Bauten der Industrie, Wissenschaft und Kultur bereichern das Leben der Bürger. Vor allem unsere Jugend leistet dafür in der „FDJ-Initiative Berlin“ einen hervorragenden Beitrag.
Einen besonderen Schwerpunkt unserer Bautätigkeit in diesem Jahr bildet die Sicherung der geplanten Bauvorhaben zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft. Bis Ende Mai dieses Jahres konnten zahlreiche wichtige Objekte der Energie- und Rohstoffwirtschaft, Vorhaben für die Mikroelektronik und Computertechnik sowie der Konsumgüterindustrie fertiggestellt werden. Dennoch geht es darum, im Industriebau zielstrebiger durch die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, durch Anwendung rationeller technologischer Verfahren, durch konzentrierten und effektivsten Einsatz der Baukapazitäten die Leistungsfähigkeit zu erhöhen mit dem Ziel, alle entscheidenden Termine des Bau- und Montageablaufs, insbesondere für die Inbetriebnahme aller Vorhaben, fest zu garantieren.
Die Ergebnisse fleißiger Arbeit der Bauschaffenden in den vergangenen Wochen zur Erfüllung und Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1987 unterstreichen nachdrücklich: Die vom XI. Parteitag beschlossene ökonomische Strategie bis zum Jahre 1990 mit dem Blick auf das Jahr 2000 findet tatkräftige Unterstützung. Sie wirkt in allen Kollektiven des Bauwesens als starke Triebkraft, mit noch größerem Engagement und höheren Leistungen die wachsenden Anforderungen zu bewältigen. Der Verlauf dieses Kongresses widerspiegelt das deutlich. Die einheitliche und geschlossene Haltung der Architekten und Stadtplaner, der Projektanten und aller an den schönen Aufgaben der Gestaltung unserer Städte und Dörfer, der Erhöhung der Leistungskraft unserer Industrie und Landwirtschaft Beteiligten erfüllt uns mit Stolz. So möchte ich mit großer Gewißheit sagen: Alle Bauleute unserer Republik setzen ihre ganze Kraft für die weitere erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages ein und beweisen das durch ihre Taten. Das ist so und wird immer so sein.
Mit der konsequenten Durchführung der vom XI. Parteitag der SED beschlossenen grundlegenden Aufgaben zur Gewährleistung eines dauerhaften Leistungsanstiegs in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik werden die entscheidenden Voraussetzungen dafür geschaffen, auf dem bewährten Kurs der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik voranzukommen.
Den Bauschaffenden erwächst daraus vor allem die Aufgabe, in der gesamten Investitions- und Bautätigkeit die qualitativ neuen Maßstäbe zu erreichen, die der ökonomischen Strategie unserer Partei entsprechen. Überall gilt es, die qualitativen Faktoren des Wirtschaftswachstums im Sinne der umfassenden Intensivierung zu erschließen und für einen hohen Zuwachs an Nationaleinkommen zu sorgen. Bei allen Bauaufgaben sind die Vorzüge des Sozialismus noch wirksamer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden, ist die Verwirklichung der gestellten volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Ziele zu sichern.
Im Industriebau sind den Kollektiven bedeutende Aufgaben durch den weitern Ausbau der Vorhaben zur verstärkten Entwicklung, und Anwendung der Schlüsseltechnologien, der Mikroelektronik, der Energie- und Rohstoffwirtschaft, der Veredlungschemie und der Metallurgie sowie der Konsumgüterproduktion gestellt.
Mit den auf dem XIII. Bauernkongreß festgelegten Zielen für die Leistungsentwicklung und die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in schönen und produktiven Dörfern wurde dem Bauen auf dem Lande eine weitreichende Perspektive gegeben.
Kernstück der Sozialpolitik unseres Staates ist, wie der XI. Parteitag der SED erneut bestätigte, das Wohnungsbauprogramm, mit dem bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem in der DDR gelöst wird. Ausgehend von den Zielstellungen des langfristigen Wohnungsbauprogramms der SED, wurden im Zeitraum von 1971 bis Ende Mai 1987 die Planaufgaben für den komplexen Wohnungsbau Jahr für Jahr zuverlässig erfüllt und gezielt überboten. In diesem Zeitraum wurden über 2,7 Millionen Wohnungen neugebaut und modernisiert, einschließlich der dazugehörenden Gemeinschaftseinrichtungen. Damit konnten für mehr als acht Millionen Bürger die Wohnbedingungen spürbar verbessert werden.
Aber nicht nur diese quantitative Seite, so wichtig sie ist, sagt schon alles über die großartigen Leistungen. Mit der Zunahme des Wachstums ging eine erhebliche Verbesse-

rung der Wohnqualität einher. Unser Wohnungsbestand braucht im internationalen Maßstab keinen Vergleich zu scheuen. Nahezu 80 % aller Wohnungen sind mit Bad oder Dusche ausgestattet. Vieles wurde getan, um moderne Heizungssysteme zu entwickeln und einzusetzen, und diese Entwicklung setzen wir planmäßig fort.
Von 1986 bis 1990 sieht der Fünfjahrplan vor, 1064000 Wohnungen neu zu bauen bzw. zu modernisieren. In der Hauptstadt der DDR, Berlin, wird der komplexe Wohnungsbau planmäßig und im beschleunigten Tempo mit der Kraft der ganzen Republik weitergeführt. Das Tempo im Wohnungsbau erhöht sich in allen Bezirken. Der entscheidende Abschnitt des Wohnungsbauprogramms wurde nunmehr in Angriff genommen. Es gilt dabei ganz besonders, die Anstrengungen aller an der Durchführung des Wohnungsbaus beteiligten Werktätigen auf die effektivste, qualitäts- und termingerechte Durchführung zu lenken.
Welche Schwerpunkte ergeben sich daraus für die Leitungstätigkeit im Bauwesen sowie für die örtlichen Staatsorgane?
Es geht als erstes darum, die beträchtlichen, aber nicht unbegrenzten Mittel, die für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, ausgehend von den dringendsten Wohnbedürfnissen, mit hoher sozialpolitischer Wirksamkeit auf jene Aufgaben zu konzentrieren, die der Schaffung guter Wohnbedingungen für alle Bürger dienen. Das schließt ein, die Verwendung der für den komplexen Wohnungsbau geplanten Fonds für andere Zwecke grundsätzlich nicht zuzulassen, die staatlichen Aufwandsnormative strikt einzuhalten und auch künftig in den Kreisen und Städten die günstigsten Proportionen von Neubau, Modernisierung und Wohnraumerhaltung zu wahren.
Zweitens kommt es darauf an, durch Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik sowie durch konsequente Anwendung von Bestwerten im Wohnungsbau das Tempo bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung der Effektivität zu beschleunigen. Vorrangiges Anliegen dabei ist, auf der Grundlage einer exakten Bauvorbereitung und der breiten Anwendung von CAD-Lösungen in der bautechnischen Projektierung den Bauaufwand zu senken und in allen Taktstraßen und technologischen Linien die Voraussetzungen für eine kontinuierliche, hochproduktive Arbeit, für die Senkung des Bauaufwandes und die weitere Verkürzung der Bauzeiten zu schaffen.
Drittens sind größere Anstrengungen zu unternehmen, um überall im Wohnungsbau eine zuverlässige Qualitätsarbeit zu leisten. Das betrifft die ansprechende städtebaulich-architektonische Gestaltung neuer und rekonstruierter Wohngebiete mit geringstem Aufwand ebenso wie eine einwandfreie funktionelle Lösung und eine solide Bauausführung. Mit diesen Schwerpunktaufgaben erhält das Schaffen der Stadtplaner und Architekten kräftige Impulse für die weitere Verwirklichung der von der 8. Baukonferenz gegebenen Orientierung.
In ihrem Streben um ökonomisches Bauen mit hoher städtebaulich-architektonischer Qualität und der Organisierung von weiteren Fortschritten bei der Industrialisierung des Bauens sollten sie dafür die Vorteile unmittelbarer Verbindung von Forschung, Projektierung und Produktion immer wirksamer nutzen. Auch die Möglichkeiten, die sich aus der Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz für eine hohe soziale Wirksamkeit des Bauens, die Senkung des Aufwandes und eine interessante städtebaulich-architektonische Gestaltung ergeben, verdienen es, noch besser ausgeschöpft zu werden.
Entscheidend für den effektivsten Einsatz der geplanten Investitionen für den komplexen Wohnungsbau und die damit verbundene sozialpolitische Wirksamkeit ist die qualifizierte Vorbereitung der Investitions- und Bauaufgaben. Das erfordert von den Leitern unserer staatlichen Planungsorgane eine enge Zusammenarbeit mit den Leitern der Baukombinate und Betriebe und nicht zuletzt mit den Architekten und Projektierungskollektiven, um die staatlichen Aufwands- und Bauzeitnormative strikt einzuhalten.
Bei allen Fortschritten, die in den letzten Jahren bei dieser Arbeit erreicht werden konnten, beansprucht jedoch der Sachverhalt, daß bei nicht wenigen Aufgabenstellungen, Bebauungskonzeptionen und Projekten für den Zeitraum bis 1990 die staatlichen Normative noch nicht erreicht sind, große Aufmerksamkeit.
Besonders bei vorgesehenen Bauten von Handel- und Dienstleistungseinrichtungen in den Geschäftsstraßen der Wohngebiete werden häufig Lösungen projektiert, die die geplanten Investitionen überschreiten.
Deshalb schätzen wir die Initiative Eures Kongresses hoch ein, gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bau/Holz und der Kammer der Technik alle Architekten, Stadtplaner und Projektanten aufzurufen, in enger Zusammenarbeit mit den Baukollektiven bis 1990 durch zielgerichtete Arbeit den Bauaufwand um eine Milliarde Mark zu senken. So werden zugleich feste Garantien geschaffen, um das Wohnungsbauprogramm mit hoher Effektivität und Qualitität durchzuführen. Dazu gehört, wie richtig hier auf diesem Kongreß gesagt wurde, alle bis 1990 geplanten Vorhaben des komplexen Wohnungsbaus gründlich durchzuarbeiten und die Rang- und Reihenfolge der Wohnungsbaustandorte dementsprechend zu präzisieren. Besondere Schwerpunkte dabei bilden die Sicherung des Wohnungsbaus an Industriestandorten von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung sowie die Senkung des Aufwandes für die stadttechnische Erschließung und beim Bau von Gemeinschaftseinrichtungen.
In diesem Zusammenhang ist es weiterhin unerläßlich, bei der Vorbereitung von Bauaufgaben der komplexen Modernisierung von Wohngebieten in den Innenstädten Übereinstimmung mit den Auftraggebern herbeizuführen, daß alle Möglichkeiten der Nutzung, Instandsetzung und Modernisierung vorhandener Bausubstanz ausgeschöpft werden.
Wie die inzwischen gesammelten wertvollen Erfahrungen in solchen Städten wie Gera, Erfurt und Magdeburg lehren, werden die Effektivität des innerstädtischen Bauens und die damit verbundene Modernisierung von Wohnquartieren und Stadtbereichen entscheidend von gründlichen Bauzustandsermittlungen und Wohngebietsanalysen beeinflußt. Sie bilden die unersetzbare Grundlage für klare volkswirtschaftlich begründete und sozialpolitisch wirksame städtebauliche Planungen, in denen auch das bauliche Erbe und die Denkmalpflege ein Bestandteil sind. So können fundierte Entscheidungen getroffen werden, was zu erhalten, zu rekonstruieren oder zu modernisieren ist.
Ich möchte noch einmal mit voller Verantwortung sagen: In der Deutschen Demokratischen Republik sind in den achtziger Jahren erhebliche Mittel unseres Nationaleinkommens für die Denkmalpflege eingesetzt worden. Das gilt für die Hauptstadt der DDR, aber es gilt praktisch für jede Bezirks- und Kreisstadt. Diese Frage unmittelbar auch immer unter dem Gesichtspunkt der sozialpolitischen Wirksamkeit zu sehen. Das ist mit die Hauptfrage unserer Denkmalpflege, und das wird vor allen Dingen von den Bürgern honoriert. All die positiven Vorschläge, die in dieser Hinsicht hier gemacht worden sind, werden wir auswerten. Das jedoch, was unseren Möglichkeiten nicht entspricht, das wird jeder verstehen, können wir nicht realisieren. Wir sind uns eins mit mit den Bürgern, weil die Lösung der Wohnungsfrage die Hauptfrage für uns bis 1990 ist.
In der Diskussion haben der Chefarchitekt der Hauptstadt der DDR, Berlin, Roland Korn und der Bezirksarchitekt von Dresden, Hans Seidel, ihre Erfahrungen dargelegt, wie durch die Generalbebauungsplanung der städtebauliche Verlauf erhöht und die Ökonomie der Stadt verbessert werden können. Man kann ihnen nur beipflichten, wenn sie davon ausgehen, daß es auch künftig notwendig ist, durch Generalbebauungsplanung fundierte Entscheidungsgrundlagen für die Vorbereitung der Baumaßnahmen nach 1990 zu schaffen und damit die komplexe bauliche Entwicklung der Städte bei intensiver Nutzung der Gebäude und Anlagen zu gewährleisten. Inzwischen ist deshalb festgelegt, daß durch die Bauakademie der DDR im Zusammenwirken mit den örtlichen Staatsorganen die wissenschaftlichen Grundlagen der Generalbebauungsplanung weiter zu vervollkommnen sind. Gleichzeitig wird daran gearbeitet, daß eine staatliche Richtlinie zur Generalbebauungsplanung bis Ende Oktober 1987 fertigzustellen ist, um das einheitliche Herangehen an die intensive Stadtentwicklung und die Erschließung von Reserven zu sichern.
Übereinstimmend konnten wir also auf Eurem Kongreß mit berechtigtem Stolz feststellen, daß die Durchführung unseres langfristigen Wohnungsbauprogramms bisher erfolgreich verlaufen ist. Bei alledem wissen wir genau, daß in den verbleibenden Jahren bis 1990 noch viel zu tun bleibt, um für alle Bürger angemessene und gute Wohnbedingungen zu schaffen. Die vielfältigen Initiativen und vor allem die erbrachten Leistungen bestärken uns in der festen Gewißheit, daß die Wohnungsfrage in der DDR als soziale Frage gelöst wird, wie es unsere Partei beschlossen hat.
Die wachsenden Bauaufgaben zur Stärkung der ökonomischen Leistungskraft der DDR und für die weitere Verwirklichung unserer Sozialpolitik erfordern mehr denn je die Erhöhung der Leistungskraft und Effektivität des Bauwesens selbst.
In seiner Rede auf dem Leipziger Seminar des Zentralkomitees mit den Generaldirektoren der Kombinate und Parteiorganisatoren des ZK im März dieses Jahres hat Genosse Günter Mittag in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf die Schlüsselrolle von Wissenschaft und Technik verwiesen, die ihr überall bei der Verwirklichung unserer ökonomischen Strategie für ein hohes dynamisches Wirtschaftswachstum zukommt. Bekanntlich verfügt das Bauwesen über eine klare Wissenschaftskonzeption, die sich seit Beginn der achtziger Jahre bei der immer stärkeren Hinwendung zur Intensivierung der Produktion bewährt.
Einige Diskussionsredner haben heute anschaulich geschildert, wie die Schlüsseltechnologien, insbesondere die rechnergestützten Arbeitsweisen und durchgängigen Automatisierungslösungen, keineswegs vor dem Arbeitsplatz der Architekten und Projektanten haltmachen, sondern ganz im Gegenteil hier ihren Ausgangspunkt haben. Folgerichtig gehen wir deshalb planmäßig und zielstrebig von der Automatisierung der Projektierung über die Produktionsvorbereitung und -steuerung bis hin zur breiten Anwendung automatisierter Produktionssysteme. Zug um

Zug werden so mit der Mikroelektronik, den modernen Informationstechnologien, der elektronischen Rechentechnik und der flexiblen Automatisierung die Entwurfsmethoden und Produktionsverfahren, vor allem in der Vorfertigungs- und Baumaterialienindustrie, auf hohem technologischem Niveau entwikkelt.

Insbesondere seit der 8. Baukonferenz und in Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages wird in unseren Kombinaten und Betrieben durch den engen Zusammenschluß von Produktion und Wissenschaft mit Führungsbeispielen zur breiten Anwendung von Spitzenleistungen und Schlüsseltechnologien in dieser Richtung gearbeitet. Auch hier zeigt die Bauausstellung, was durch klare Aufgabenstellung und Konzentration der Kräfte zur Lösung dieser Aufgaben in kurzer Zeit möglich ist.

Erfreulich ist dabei, daß sich viele Städteplaner, Architekten und Projektanten nicht nur auf diesen Prozeß eingestellt haben, sondern sie führen und beschleunigen ihn, indem sie aufgeschlossen und mit Engagement das Neue konsequent über das Projekt durchsetzen. In der Tat ist es die erste und vornehmste Verpflichtung aller Projektanten, mit ihrer schöpferischen Tätigkeit des Berechnens, Entwerfens und Projektierens stets bessere Voraussetzung für eine hohe Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens sowie für die Erleichterung der Arbeit in der Vorfertigung und auf den Baustellen zu schaffen.

Es muß der Ehrgeiz eines jeden sein, stets die technisch und ökonomisch beste Leistung zu vollbringen. Denn dafür sind doch – das kann man mit Berechtigung sagen – in den Baukombinaten durch das vereinigte Potential von Wissenschaft, Projektierung und Produktion sowie durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Bauarbeitern die besten Voraussetzungen geschaffen worden. Darin liegt wahrlich eine ergiebige Quelle für die Erschließung großer Reserven an Leistungswachstum und Effektivität.

In jeder Hinsicht kommen die Schlüsseltechnologien dem ureigensten Streben der Architekten und Projektanten entgegen, mit modernsten Entwurfs- und Projektierungsverfahren ihre schöpferischen Kräfte auf die Herausarbeitung der jeweils progressivsten Projektlösungen zu konzentrieren. Hoch geschätzt sind deshalb die wachsenden Möglichkeiten der CAD-Technologie für die Variantenbildung im Projektierungsprozeß, um sowohl die ökonomisch günstigste als auch gestalterisch beste Lösung zu finden.

Ein wichtiger, ja richtiger Weg ist es, die ausgearbeiteten CAD-Lösungen jetzt vor allem auf jene Gebiete zu konzentrieren, mit denen in kurzer Zeit die höchsten Ergebnisse erzielt werden. Dazu gehören insbesondere die ein- und mehrgeschossigen Mehrzweckgebäude des Industriebaus, die Bauten des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus einschließlich der Wohngebietsplanung, die Modernisierung von Wohnungen und nicht zuletzt die stadttechnischen Netze im Tiefbau. Viel wurde getan, um in den letzten Jahren dafür die materiellen Grundlagen zu schaffen. Das Ziel ist, bis zum Jahre 1990 im Bauwesen 4 000 CAD-Arbeitsplätze, darunter 1 200 grafikfähige Arbeitsplätze, zu schaffen. Damit wird erreicht, daß zum Beispiel der Produktionsverbrauch bis zu 15 % gesenkt wird, die Arbeitsproduktivität im Projektierungsprozeß auf das Zwei- bis Dreifache steigt, die Projektierungszeiten um die Hälfte verringert und der Nutzeffekt der Investitionen wesentlich erhöht werden.

Zugleich gilt es, durch die Leiter unserer Kombinate und Betriebe noch entschiedener die Bedingungen dafür zu schaffen, daß diese neue Technik voll produktiv genutzt wird. Wir begrüßen deshalb das Engagement des Architektenbundes, in Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik die Bemühungen zur schöpferischen, umfassenden Anwendung der Computertechnik sowie die Aus- und Weiterbildung von 15 000 Projektanten und Architekten bis 1990 künftig noch stärker zu unterstützen.

Der Verlauf des heutigen Kongresses widerspiegelt eindrucksvoll, wie die Mitglieder des Architektenbundes, getragen von hoher politischer Verantwortung, die neuen Maßstäbe der ökonomischen Strategie der SED als Anspruch an sich selbst verstehen. Weil sich der Bund mit all seiner Kraft den neuen Anforderungen zugewandt hat und eng mit der Wissenschaft und Baupraxis verbunden ist, sind seine Autorität und Ausstrahlung in hohem Maße gewachsen.

In der Arbeit des Bundes hat sich besonders bewährt, daß im schöpferischen Wettstreit der Architekten, Städteplaner und Projektanten mit beispielgebenden städtebaulichen Lösungen der Architekturfortschritt beschleunigt werden konnte und durch Erfahrungsaustausch und Weiterbildung hohes Wissen vermittelt wurde.

Alle Ergebnisse, die auf diesem Kongreß beraten wurden, gründen sich mit auf die ideenreiche Arbeit, das organisatorische Talent und den persönlichen Einsatz der ehrenamtlichen Funktionäre des Bundes, vor allen Dingen in den Baukombinaten und Betrieben sowie in den staatlichen Organen, in den Kreis- und Bezirksgruppen und in den Zentralen Fachgruppen. Für ihr verdienstvolles Wirken zum Wohle der Bürger, das im Verlaufe der Verbandswahlen von Mitgliedern der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, von vielen Oberbürgermeistern der Städte und Kommunalpolitikern hoch gewürdigt wurde, sagen wir ebenfalls ein herzliches Dankeschön.

Angesichts der bevorstehenden anspruchsvollen Aufgaben ist es auch künftig von großem Gewicht, wenn der sozialistische Fachverband darauf einwirkt, die schöpferische Parteinahme und die gesellschaftliche Mitverantwortung seiner Mitglieder für den Fortschritt in Städtebau und Architektur und ihr Streben nach hoher fachlicher Meisterschaft zu fördern.

Großen Wert messen wir dabei den bewährten Formen der Wettbewerbstätigkeit zu, die sich als wirkungsvolle Methode der Suche nach den besten städtebaulich-architektonischen Lösungen und ihrer Überführung in die Praxis erwiesen haben. Gestützt auf die guten Erfahrungen aus dem Wettbewerb zur Erzeugnisentwicklung für das innerstädtische Bauen wird das Ministerium für Bauwesen die Wettbewerbstätigkeit des Bundes auch weiterhin allseitig fördern. Die auf diesem Kongreß erörterten Wettbewerbsvorhaben in der Hauptstadt Berlin, in der Messestadt Leipzig, zur weiteren Erzeugnisentwicklung des Industrie-, Wohnungs- und Gesellschaftsbaus und zur Mitwirkung an internationalen Wettbewerben finden unsere besondere Unterstützung.

Viel Gutes im Leben der Bürger unseres Landes hat die schöpferische Zusammenarbeit des Bundes der Architekten mit den Organen des Amtes für industrielle Formgestaltung, der Bauakademie der DDR, der Kammer der Technik und des Verbandes der Bildenden Künstler bewirkt. Dieser produktiven Partnerschaft zwischen Architekten, Ingenieuren, bildenden Künstlern, Formgestaltern und Soziologen wird das Ministerium für Bauwesen wie bisher stetige Aufmerksamkeit zuwenden und alle Maßnahmen treffen, die der ergebnisorientierten fruchtbringenden Gemeinschaftsarbeit förderlich sind. Dabei sollten wir darauf bedacht sein, daß der Bund der Architekten, das Amt für industrielle Formgestaltung und der Verband der Bildenden Künstler auch das Bauhaus Dessau mit seinen neugeschaffenen, außerordentlich günstigen Arbeitsbedingungen für neue Vorhaben der Architektur, bildenden Kunst und industriellen Formgestaltung gemeinsam nutzen.

Dem Bund gebührt unsere hohe Anerkennung für sein starkes Engagement auf dem Gebiet für Aus- und Weiterbildung. Dem IX. Bundeskongreß liegt im Ergebnis umfassender Beratungen das Arbeitsmaterial „Konzeption zur Erhöhung des Niveaus der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet von Städtebau und Architektur in der DDR“ vor. Dieses Dokument wird nun gemeinsam mit dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen als Grundlage für die Ausbildung von Stadtplanern, Architekten und Landschaftsgestaltern bestätigt. Bei seiner Verwirklichung sollte der Bund der Architekten der Heranbildung politisch und fachlich befähigter junger Architekten und ihrer soliden Vorbereitung auf die Praxis weiterhin größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Die guten Erfahrungen der Arbeit der Jugendkommission des Bundes und der Studentengruppen zeigen, daß überall dort hervorragende Ergebnisse erzielt werden, wo den jungen Architektinnen und Architekten vor allen Dingen Verantwortung übertragen wird, wo Schöpfertum und Mut zum Risiko herausgefordert werden.

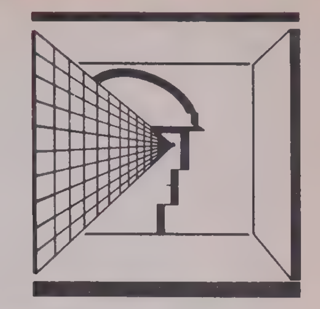
Die Vorbereitung dieses IX. Bundeskongresses hat erneut sichtbar werden lassen, daß die gesellschaftliche Wirksamkeit des Bundes und seine mobilisierende Kraft in der engen Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen, den Ausschüssen der Nationalen Front und den Bürgern liegt. Der Bund sollte es als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachten, diesen ständigen Kontakt zu den Bürgern zu pflegen, ihre Vorschläge und Hinweise zur baulichen Gestaltung ihrer Wohn- und Arbeitsumwelt zu beachten und sie zur Mitarbeit anregen. Das ist, wie das Leben zeigt, ein Ausdruck unserer sozialistischen Demokratie und eine wichtige Triebkraft für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Lande.

Auf diesem Architektenkongreß wurde gründlich beraten, wie im Architekturschaffen unserer Republik in Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages die Wegstrecke bis 1990 gut genutzt wird, um den neuen Maßstäben für die Ökonomie und Qualität der Bautätigkeit voll zu entsprechen.

Das Bauen in der Deutschen Demokratischen Republik hat eine klare und begeisternde Perspektive. Sie spornt alle an, ihre Tatkraft und ihr Schöpfertum für hohe Leistungen einzusetzen. Bauen zum Wohle des Volkes ist mehr den je Ehrensache aller Architekten und Bauleute. Der IX. Architektenkongreß wird ihnen neue, kraftvolle Impulse verleihen, verantwortungsbewußt und voller Optimismus ans Werk zu gehen, damit unsere Republik noch weiter aufblüht und gedeiht, der Sozialismus gestärkt und der Frieden sicherer wird.

In diesem Sinne wünschen wir – das möchte ich vor allem auch im Namen der Genossen Günter Mittag und Günter Schabowski sagen – den Architektinnen und Architekten jederzeit gute Erfolge in ihrer Arbeit und stets persönliches Wohlergehen.

Bauausstellung der DDR – Bauen zum Wohle des Volkes



Hans-Jürgen Kluge
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Die Bauausstellung der DDR anläßlich des 750jährigen Bestehens Berlins dokumentierte mit mehr als 1500 Exponaten und einer Vielzahl von Modellen, Grafiken und Bildern vor allem die seit dem VIII. Parteitag der SED erreichten Ergebnisse und den wachsenden Beitrag des Bauwesens bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Überzeugend wurde dargestellt, wie in Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Wohle des Volkes gebaut, wie die soziale Wirksamkeit, die Ökonomie und Qualität des Bauens durch umfassende Intensivierung noch entschiedener entsprechend den neuen Maßstäben des XI. Parteitages der SED verbessert werden kann. Die Darstellung der Ergebnisse und Ziele des Wohnungsbaus und der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt bildeten einen besonderen Höhepunkt.

Die starke Resonanz dieser umfassendsten Leistungsschau unseres Bauwesens bei den Besuchern resultiert zumindest aus drei Gründen: Die Ausstellung konnte eine überzeugende Gesamtbilanz des Bauens in der Hauptstadt und den 14 Bezirken darlegen; die realen Ergebnisse zielstrebiger Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einem von Jahr zu Jahr gewachsenen komplexen Wohnungs- und Industriebau wurden deutlich sichtbar, und schließlich vermittelte diese umfassende Schau verbunden mit einer attraktiven großzügigen Ausstellungsgestaltung Optimismus und Zuversicht zum weiteren Bauen und Gestalten der Städte und Dörfer in unserem Lande. Unsere Politik zum Wohle des Volkes wurde in solch komplexer Aussage wohl erstmalig vom Bauwesen so beweiskräftig und anschaulich auf einer Ausstellung vorgeführt. „Unsere Anerkennung den großen Leistungen des Bauwesens und dieser Ausstellung ...", „macht weiter so ...", „ich freue mich auf die Zukunft ...", diese und ähnliche Eintragungen in die Gästebücher kennzeichnen die positiven Eindrücke der Ausstellungsbesucher.

Von der Eröffnung der Ausstellung durch den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, bis zum letzten Besuchstag war sie Stätte des Leistungsvergleichs, des Erfahrungs- und Gedankenaustausches. Die Bürger, Bauleute, Wissenschaftler, Fachleute vieler Zweige, viele Jugendliche, staatliche Leiter und Politiker unseres Landes, wie auch viele Gäste aus den sozialistischen Bruderländern und aus aller Welt trugen dazu bei. Die führenden Vertreter der Parteien und Regierungen der sozialistischen Staaten, der Generalsekretär der UNO, Bürgermeister aus Großstädten vieler Länder, bekannte Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten konnten als internationale Gäste begrüßt werden.

Ein Vortragszentrum mit täglichen Programmen vielfältigsten Inhalts und speziell die Wochen des Bauwesens der Bezirke ergänzten die Ausstellung und vermittelten vertiefendes Wissen. Es war eine Ausstellung, die



1

1 Eröffnungsrundgang mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker. Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, erläuterte die Exponate.

2 Bürgermeister aus aller Welt besuchten die Ausstellung. Der Chefarchitekt Roland Korn informiert über die Gestaltung des Zentrums der Hauptstadt.

3 Im Mittelpunkt der Ausstellung: der Wohnungsbau mit der „gläsernen Wohnung" der Wohnungsbauserie 70



2

3



Bus-Rundfahrten
Verkaufsmesse "Mach-Mit"
Konsumgüter
Baumechanisierung
Wohnungsbau
Bauen auf dem Land
Baumaterialien
Betonwerkstein
Café
Ausstellungshalle mit:
· Berlin, Hauptstadt der DDR
· Wohnungsbau
· Bauen in den Bezirken
· Industriebau
· Tiefbau
· Baumaterialien
· Bauen auf dem Land
· Schlüsseltechnologie CAD/CAM
· Vortragszentrum
Information
Postamt
Kinderspielplatz
Gaststätte
Tiefbau
Industriebau

4



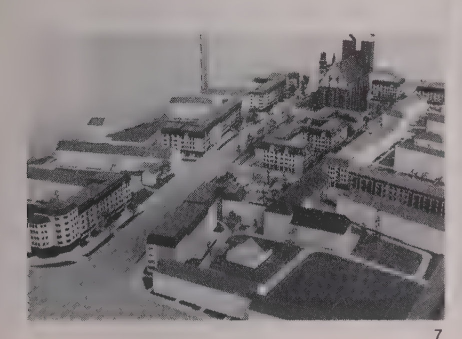
5



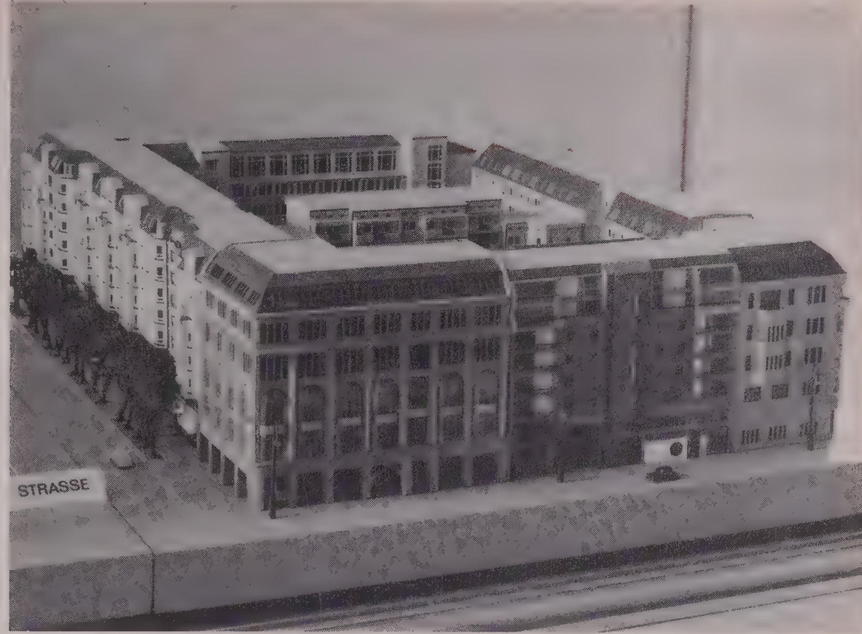
6

das Bauen in seiner ganzen Breite und Vielfalt, von der Forschung, Planung und Projektierung bis zu seinen sichtbaren Ergebnissen demonstrierte und breiten Einblick in die wissenschaftlich-technische Entwicklung im Bauwesen gab.
Einige Schwerpunkte seien hier hervorgehoben. Die Leistungen des Bauwesens bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms und zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft waren Hauptthemen. Ein großer Abschnitt wurde der Darstellung der Ergebnisse und weiteren Ziele zur beschleunigten Ausgestaltung der Hauptstadt gewidmet. So machte das große Modell der Friedrichstraße die Ideen und den Umfang der Baumaßnahmen sichtbar, die die Gestalt dieser attraktiven hauptstädtischen Geschäftsstraße prägen werden. Mit dem Modell des Wohngebietes Hellersdorf, wo mehr als 44 000 Wohnungen entstehen, dem Modell des Wohnbereiches in der Otto-Grotewohl-Straße und vieler weiterer Bauvorhaben wurde der umfangreiche Wohnungsbau Berlins und die dabei erreichte höhere Qualität verdeutlicht. Den Umfang und die Komplexität des Wohnungsbaus der DDR bis 1990 zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem zeigte ein weiterer Ausstellungsbereich, der eine Wohnung des Grundtyps WBS 70 in Originalgröße mit durchsichtigen Wänden attraktiv gestaltet zur Schau stellte. Zugleich wurden Neuentwicklungen von Wohngebäuden und den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Einrichtungen für den komplexen Wohnungsbau als Ergebnis gemeinsamer Arbeit von Wohnungsbaukombinaten und Forschungsinstitutionen vorgestellt.
Zu welchen Ergebnissen der Wohnungsbau geführt hat, zeigte ein Komplex, in dem alle 14 Bezirke mit vielen Modellen, Fotos und Plänen vertreten waren. In gleicher Weise repräsentierte sich der Industriebau, wo solche bedeutenden Vorhaben wie der Fährhafen Mukran, der Kernkraftwerksbau und viele andere Vorhaben, verbunden mit wissenschaftlich-technischen Neuerungen im Zusammenwirken der Industriebaukombinate mit der Bauakademie der DDR, vorgestellt wurden.
Mit Vorhaben und Neuentwicklungen der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, dem Meliorationsbau sowie dem Eigenheimbau war das Bauen auf dem Lande vertreten. Besonderes Thema war dabei die weitere breite Erarbeitung der bewährten Ortsgestaltungskonzeptionen zur Entwicklung und Gestaltung schöner und produktiver Dörfer.
Der Tiefbau, der bei allen Baumaßnahmen unersetzlicher Partner ist, konnte eine Reihe technischer Neuerungen vorführen. Ebenso stellten sich die Baumaterialien-, Vorfertigungs- und Zulieferindustrie dar, deren Leistungsentwicklung Umfang und Qualität des Bauens entscheidend mitbestimmt.
Welche Schritte Wissenschaft und Technik gehen, wie sie bereits als entscheidender Faktor der Intensivierung und des Leistungsanstieges wirken, das war ein dominierendes Thema, das sich durch die ganze Ausstellung zog. Viele Exponate kündeten davon, daß im Zusammenwirken der Baukombinate mit der Bauakademie, den Hoch- und Fachschulen und weiteren Institutionen neue Technologien, Aggregate und Baustoffe entwickelt wurden. In mehreren Komplexen wurden die Anwendung von Schlüsseltechnologien, CAD/CAM-Arbeitsstationen, die Automatisierung und der Einsatz von Robotern demonstriert. Die Mechanisierung und Rationa-

4 Schaubild der Bauausstellung mit ihren thematisch gegliederten Bereichen (A. Felz)
5 Ausstellungsbereich des Bezirkes Halle
6 Modell des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstedt
7 Modell des Wohnungsbaus in Prenzlau
8 Modell des Bereiches Friedrichstraße/Ecke Leipziger Straße in Berlin
9 Rekonstruktion der Bohrstraße in Wismar
10 Wohnungsneubauten in Großplattenbau in der Innenstadt von Arnstadt
11 Modell zum Entwurf des innerstädtischen Neubauwohngebietes Dresden, Prager Straße



7



8



9



10



11

lisierung der zum Bauen unerläßlichen Einzelprozesse, wie Transport, Lagerung, Montage, Ausbau, Installation und andere Arbeiten, nahmen ebenfalls breiten Raum in der Ausstellung ein; denn hier geht es entscheidend um weiteren Effektivitätsgewinn. Den Beitrag des Bauhandwerks, besonders für das Wohnungsbauprogramm, für Rekonstruktion und Modernisierung, zeigten viele Exponate von Rationalisierungsmitteln und der unterschiedlichsten Erzeugnisse für den Roh- und Ausbau. Besonders ausgeprägt war der Komplex Betonwerkstein. Hier wurde eine breite Palette der Anwendung sichtbar, aber auch, daß der gestalterischen Qualität auf diesem Gebiet wesentlich mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden muß.
Ein wertvoller Beitrag war der Ausstellungsabschnitt „Mach-mit!"-Initiativen, der neben den Aussagen über Ergebnisse der Bürgerinitiative in den Bezirken und Kreisen in einer eigenen Halle mit Geräten, Werkzeugen, Techniken viele Erfahrungen und Anregungen für das Wirken der Bürger vermittelte.

Wohnungen bauen und Städte gestalten

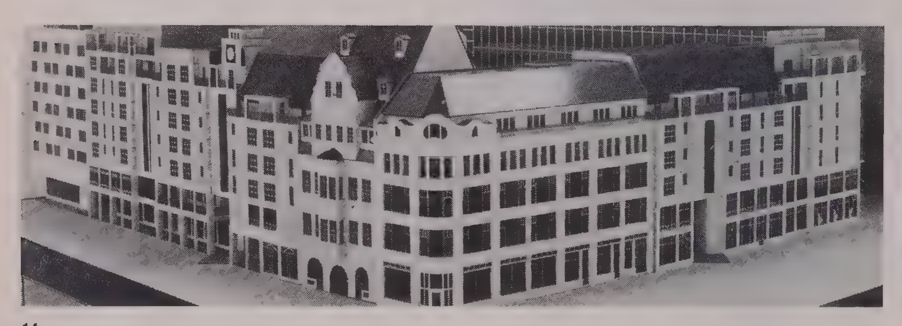
Für viele Besucher, vor allem auch Stadtplaner und Architekten sowie staatliche Leiter aus örtlichen Staatsorganen war der Komplex „Bauen in den Bezirken" ein besonderer Schwerpunkt der Besichtigung und Diskussion. Generell konnte man feststellen, welchen Bezirk, welche größere Stadt man auch immer betrachtete, daß das langfristige Wohnungsbauprogramm in ganzer Breite sozialpolitisch wirksam wurde und im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte zu bedeutenden Stadtentwicklungen geführt hat. Eindrucksvoll zeigen Beispiele, wie sich die Wohnbedingungen in den Städten und die Städte selbst durch den Wohnungsbau entwickelten. Über 2,7 Millionen neu erbaute und modernisierte Wohnungen haben seit 1971 das Bild vieler Städte nachdrücklich verändert. Bei annähernder Verdopplung der Einwohner der Stadt Rostock von 1945 bis 1990 führt der Plan der Stadtentwicklung vor, wie diese Stadt inzwischen beiderseits der Warnow gewachsen ist und eine Stadtstruktur entstand, die den Wohn- und Arbeitsbedingungen unserer sozialistischen Gesellschaft überzeugenden baulichen Ausdruck verleiht. Pläne und Bilder von Cottbus, Leipzig, Neubrandenburg, Schwerin und Frankfurt (Oder) ergänzen diese Aussagen an weiteren Beispielen. Ergebnisse der Entwicklung des innerstädtischen Bauens, z. B. in Greifswald, Gera und Potsdam einbeziehend, wird eindeutig klar: Der komplexe Wohnungsbau in der Verbindung von Neubau, Modernisierung und Erhaltung, der sich voll auf die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 konzentriert, ist zugleich Basis und Motor der Gestaltung unserer Städte. Sie wird dort sehr effektiv vorangebracht, wo man den Wohnungsbau in dieser mehrseitigen Bedeutung intensiv wirksam macht, das bewiesen viele Ausstellungsexponate. Zwei Tatsachen unterstreicht die Ausstellung dazu nochmals nachdrücklich:
Zum einen, was einmal Stadtrandbebauung mit verschiedenen Erschwernissen war, ist heute in einer Reihe von Städten gern bewohntes städtisches Wohngebiet, wie etwa in Potsdam die Waldstadt oder das Fritz-Heckert-Gebiet in Karl-Marx-Stadt.
Das heißt, Veränderungen der Stadtstruktur wandeln auch das Erleben einer Stadt und die Lebensformen in städtischen Teilbereichen.



12



13



14



15

16

12 Frankfurt (Oder), Scharrenstraße, Verdichtung vorhandener innerstädtischer Bebauung durch Wohnungen und Versorgungseinrichtungen

13 Bauen in Kreisstädten des Bezirkes Magdeburg: Ergebnisse und Modell der Konzeption für die Stendaler Innenstadt

14 Modell zur Baulückenschließung Deutrichs Hof im Stadtzentrum Leipzig. Wohnungsbau mit Handelseinrichtungen

15 In der Bürgerinitiative „Mach mit!" rekonstruierte ländliche Wohngebäude in Nitschareuth, Bezirk Gera

16 Modell zur Rekonstruktion des Holländischen Viertels in Potsdam

17 Elemente der Stahlzellenverbundbauweise für den Kernkraftwerksbau und Hebe-Gleit-Gerät auf der Basis des Fluidverfahrens

18 Beispiele von Außenwandplatten mit variabler Fassadengestaltung

19 Isometrie der Konzeption zum Wohnungsbau im Zentrum von Fürstenwalde

20 Automatische Fertigungslinie für Spannbetondeckenelemente des Wohnungsbaus

Zum anderen hat der innerstädtische Wohnungsbau wesentlich stärkeren Einfluß auf die Gestaltung des typischen Antlitzes der Stadt als das extensive Bauen. Wenige neue Häuser am Marktplatz können die Gesamtmerkmale einer Stadt deutlich wahrnehmbar bereichern, was sie am Stadtrand nicht vermögen. Das zeigen z. B. die Vorhaben in Döbeln, in Gardelegen und in Arnstadt.

Das innerstädtische Bauen steht im Mittelpunkt des Wohnungsbaus in allen Bezirken. Gera, Halle, Cottbus, aber auch Schwerin, Erfurt, Rostock und Leipzig lassen sich als Beispiel dafür nennen, daß ausgehend von guten Einzelergebnissen bereits der Schritt zum innerstädtischen Bauen in beträchtlichem Umfang und mit anhaltend guter Qualität vollzogen wurde. Und gerade um die Beherrschung dieses massenhaften innerstädtischen Bauens unter ständig sich wandelnden örtlichen Bedingungen geht es jetzt, d. h. eines rationellen, volkswirtschaftlich vertretbaren Bauens mit hoher gestalterischer Qualität. Mit der Ausstellung wurde nochmals eindeutig bewiesen, daß das industrielle Bauen in Plattenbauweise in eine neue Qualität übergegangen ist und damit neuen gestalterischen Anforderungen entspricht. Es wird sogar erkennbar, daß der Großplattenbau spezifische und sehr interessante eigene Gestaltungsprinzipien für das innerstädtische Bauen einbringen kann. Ein aufmerksamer Gang durch die Beispiele der Bezirke und der Hauptstadt beweist, daß sich die oft genannten qualitativ neuen Züge des Wohnungsbaus in Städtebau und Architektur durchsetzen. Vor zehn Jahren gab es diese Gestaltung einer industriellen Bauweise, wie sie heute etwa in Rostock oder Halle anzutreffen ist, weder in der DDR noch anderswo.

Vergleicht man die Ergebnisse des Bauens in den Bezirken untereinander, so zeigt sich, daß ihre Vielfalt sich insbesondere aus den sehr differenzierten Anforderungen der Baustandorte ergibt. Sie reicht vom geschickten Einfügen neuer Bauten in historisch gewachsene Stadtstrukturen, wie in Erfurt, Leipzig, Suhl oder Schwerin, bis zur Erarbeitung neuer Lösungen für städtische Wohnquartale wie in Dresden oder auch bis zum Bauen in Bereichen mit hohem Denkmalwert wie in Quedlinburg. Besonders bemerkenswert sind die in der Ausstellung sichtbaren Leistungen vieler mittlerer und kleinerer Städte von Wismar im Norden bis Hildburghausen im Süden. Diese Ergebnisse sind eine gute Basis, um die noch sehr umfangreichen und mit komplizierten Problemen behafteten Aufgaben des innerstädtischen Wohnungsbaus und der Gestaltung der Städte als Ganzes mit zunehmend besserem Verhältnis von Aufwand und Nutzen meistern zu können. Das Bauen am Stadtrand bleibt in verschiedenen Städten noch ein Schwerpunkt des Wohnungsbaus bis 1990. Es ist auch ein Aspekt intensiven Bauens, wenn ein randstädtisches Wohngebiet ausreichend dicht, mit möglichst wenig Baulandbedarf, zweckmäßig und gestalterisch wirksam mit der vorhandenen Stadt verbunden, in guter Qualität errichtet wird. Das zeigen besonders die Modelle und Fotos von Magdeburg-Olvenstedt – ein Ergebnis intensiver wissenschaftlicher Arbeit der Magdeburger Stadtplaner und Baukombinate mit der Bauakademie im Zusammenwirken mit Instituten der UdSSR. Hier wurden gute Wohnbedingungen mit interessanter vielfältiger Gestaltung bei Einhal-



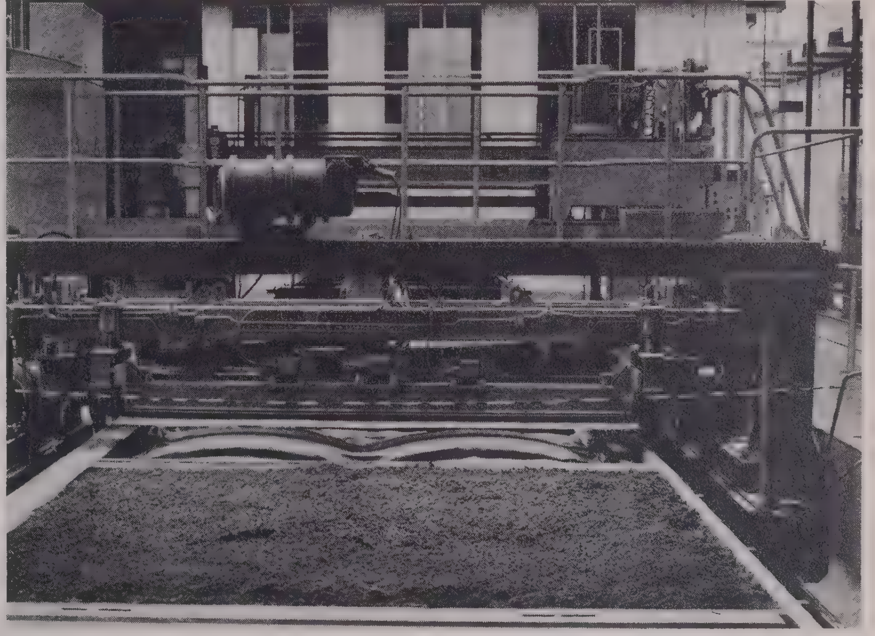
17



18



19



20

haltung und Unterbietung der staatlichen Aufwandsnormative beim Bauen am Stadtrand geschaffen, ein Beispiel, das eine noch breitere Anwendung erfahren sollte.

Spitzenleistungen von Wissenschaft und Technik – Grundlagen künftigen Bauens

Die Bauausstellung gab in großer Breite und überzeugend über den Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, über neue Forschungsergebnisse und die Ausgestaltung der materiell-technischen Basis des Bauens Rechenschaft. Die Anwendung neuer Wirkprinzipien, Materialien und Technologien ist damit ebenso gefragt wie die intensive Nutzung und die Leistungserhöhung bewährter Technik, z. B. durch Einsatz der Mikroelektronik und von Industrierobotern.
Eine automatische Fertigungslinie für Spannbetondeckenelemente des Wohnungsbaus wurde von der Bauakademie und dem Wohnungsbaukombinat Neubrandenburg gemeinsam entwickelt. Sie wird elektronisch gesteuert und geregelt, sie verdoppelt die Arbeitsproduktivität und senkt wesentlich den Material- und Energieaufwand. Damit kündigte sich eine Vorfertigungstechnologie mit höherer Ökonomie, Qualität und Variabilität der produzierten Bauelemente an, gewissermaßen der Vorläufer von modernsten Vorfertigungsstätten für ein intensives Bauen in den Städten mit hoher Effektivität und Qualität.
Der Einsatz neuentwickelter Automaten und Roboter in der Baumaterialienindustrie steigert nicht nur die Produktion, sondern führt zu qualitätsvolleren und bedeutend breiter einsetzbaren hochwertigen Materialien und Bauelementen für das künftige Bauen. Das Autobahnbaukombinat und die Bauakademie entwickelten eine neue Technologie für den Einsatz von Spritzbeton bei der Rekonstruktion und Modernisierung vorhandener Bauten. Auf der Ausstellung vorgeführte Forschungsergebnisse zur Energieökonomie und ihrer praktischen Anwendung, neue Baumechanismen und neue Fassadenlösungen für den Wohnungsbau sowie viele weitere Exponate schaffen Voraussetzungen für die zuverlässige Weiterverbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen.
Die Anwendung von CAD/CAM-Systemen – wie sie die Ausstellung demonstrierte – sowohl für die städtebauliche Planung und Projektierung als auch die Vorbereitung, Steuerung und Organisation der Produktion nehmen bei all diesen Entwicklungen eine besondere Schlüsselposition ein. Das machten die Beispiele und Vorführungen an den CAD/CAM-Arbeitsplätzen nachhaltig sichtbar.
Die Vorstellung wissenschaftlich-technischer Spitzenleistungen, von neuen Verfahren, Bauelementen, -mechanismen und Baumaterialien machte deutlich, wie die Entwicklung von Wissenschaft und Technik das Bauwesen entscheidend voranbringt, seine Leistungskraft auf dem Wege der Intensivierung erhöht und die Qualität bei weiterer Senkung des Materialeinsatzes verbessert.
Mit der Dokumentation beispielhafter Leistungen zur Stärkung der materiell-technischen Basis, verbunden mit den Modellen zur Weiterführung des Wohnungsbaus und der Gestaltung der Städte und Dörfer unsers Landes, gab die Ausstellung einen Ausblick über Ziele und Wege des künftigen Baugeschehens. Sie bewährte sich als wertvolle Bildungsstätte zur weiteren Erfüllung der Bauaufgaben gemäß den Beschlüssen des XI. Parteitages für das Bauen zum Wohle des Volkes.

Zur architektonisch-gestalterischen Konzeption der Bauausstellung 1987

Achim Felz
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

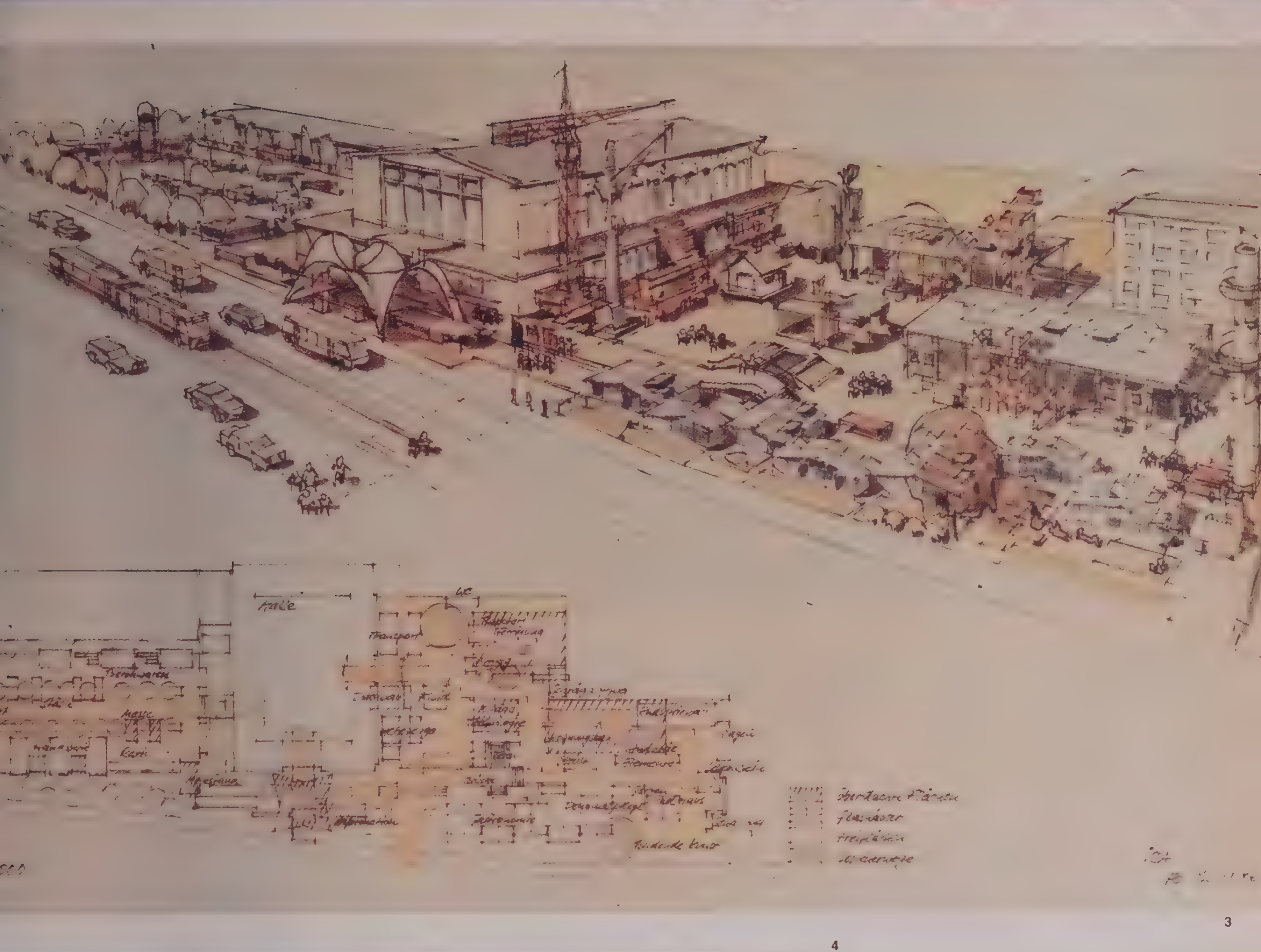
Mit 31 000 m^2 Ausstellungsfläche und rund 1500 Exponaten stellte sich das Bauen in der DDR anläßlich des 750jährigen Bestehens von Berlin auf der bisher umfangreichsten Ausstellung dieser Art in der Geschichte unseres Landes dar.

Die Komposition der Erlebnisbereiche, die Wegeführung und die Anordnung der Exponate im Freigelände, darunter eine Reihe von Baulichkeiten, erfolgte ebenso wie der tiefgreifende Umbau des Innenraums der Sporthalle



1

2



3

4

1 Die „offenen Augen“ des Eingangszeltes

2 Der umgestaltete Innenraum der Halle mit der gläsernen Wohnung

3 Erste Entwurfsskizze zur Gestaltung des Freigeländes

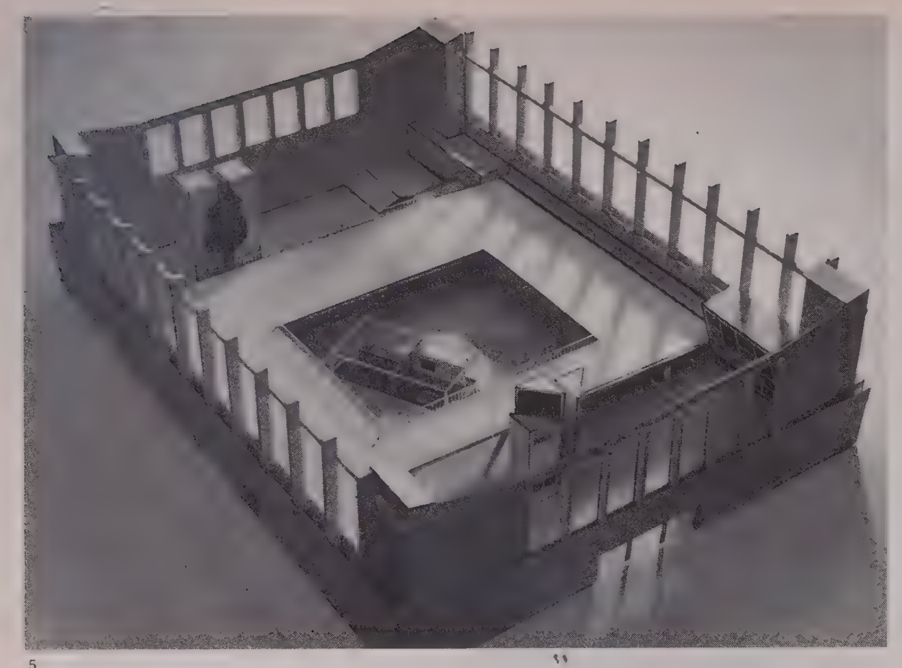
4 Blick auf das südliche Freigelände mit dem SYBA-Hallenkomplex

zu einer Ausstellungslandschaft in mehreren Ebenen auf der Grundlage einer städtebaulich-architektonischen Konzeption. Diese Konzeption war Aufgabenstellung für die notwendigen Projektierungs- und Baumaßnahmen und Ausgangspunkt für das Gestaltungskonzept der DEWAG Berlin. Die inhaltlichen Vorgaben dazu wurden von der Bauakademie der DDR ausgearbeitet, die auch die bauliche Ausführung leitete, die von mehreren Betrieben – vornehmlich aus dem Bezirk Erfurt und aus der Hauptstadt – vorgenommen wurde. Die Baumaßnahmen schlossen eine Teilrekonstruktion der Halle ein (MLK Leipzig, VEB Kombinat Ausbau und Modernisierung Berlin). Der Zeitraum von der Erteilung des Auftrags zur Durchführung der Bauausstellung bis zu ihrer Eröffnung betrug knapp sieben Monate.

Städtebaulich-architektonische Konzeption:
Prof. Dr. Achim Felz (BA/ISA)
Dr.-Ing. Peter Skujin (BA/ISA)
Dipl. arch. Dagmar Weidemüller (BA/ISA)
Dipl. Formgestalter Nora Northmann (BA/IWG)
Dipl.-Ing. Regina Wittenbecher (BA/BI)

Die Ausgangssituation

Zur Verfügung standen die Dynamo-Sport-



5



6

7



5 *Arbeitsmodell (Pappe) zur Klärung der beabsichtigten Raumwirkung in der Dynamo-Sporthalle*

6 *Das Halleninnere während der Baumaßnahmen*

7 *Das Zelt am Eingang zur Halle*

8 *Zeichnung als Aufgabenstellung für die Projektierung der Halleneinbauten*

9 *Lageplan vom März 1987 zum Zeitpunkt des Beginns der Baumaßnahmen*

halle und das an deren Längsseiten angrenzende Freigelände, sonst als Parkplatz genutzt. Einige Baumgruppen boten Fest- und zugleich Anhaltspunkte für die räumliche Konzeption. Die Halle dagegen erwies sich wegen der hochliegenden Fensteröffnungen, der auf ein Handball-Spielfeld begrenzten ebenen Fläche und wegen der an den Hallenlängsseiten ansteigenden Zuschauertribünen auf den ersten Blick in bezug auf das geringe Flächenangebot und die Raumwirkung als problematisch für eine Ausstellung.
Die städtebauliche Situation im Umfeld des geplanten Ausstellungsgeländes bot keinen attraktiven Rahmen für eine darauf bezogene Anordnung der Exponate.

Der Ideenentwurf

Auf der Suche nach einem zentralen Punkt, der die Besucher anzieht, den sie in Erinnerung behalten und anderen weitergeben und der ihnen aber auch Informationen und Anregung zu Diskussionen liefert, entstand als erste Idee die von der sich drehenden gläsernen Wohnung. Daß es nur eine Wohnung sein konnte, lag angesichts der Bedeutung des Wohnungsbauprogramms und des zu erwartenden Interesses eines jeden Besuchers auf der Hand. Daß die Auflösung der Außenwände in Glas funktionelle Vorteile vor allem wegen des Vermeidens von Gedränge innerhalb der Wohnung haben mußte, ergab sich aus Erfahrungen bei vorangegangenen Ausstellungen. Daß Glas dank seiner Eigenschaft, gleichzeitig trennend und öffnend zu wirken und dabei die Umwelt widerspiegelnd, eine besondere Faszination ausübt, macht es für Ausstellungen besonders geeignet. Zweifellos standen bei der Ideensuche die erprobten Wirkungen der gläsern-durchsichtigen Häuser Mies van der Rohes, des Glaspavillons Bruno Tauts auf der Werkbundausstellung in Köln 1914 und nicht zuletzt der gläsernen Frau im Hygiene-Museum Dresden Pate.
Die Drehbewegung konnte die beabsichtigten Effekte nur steigern und zugleich die ungestörte Betrachtung erleichtern. Zu der Überlegung, durch eine in die Halle einzubauende zweite Ebene den Blick auch von oben – sozusagen als Totale – zu ermöglichen, war es ein kurzer Schritt. Damit ergab sich außerdem die Chance, die geringe Fläche zu erweitern, die Zuschauertribünen zu überdecken und die Hallenfläche an die hochliegenden Fensteröffnungen heranzuführen. Dadurch erfuhr die Lichtführung im Raum eine neue Dimension.
Die Gestaltungsüberlegungen zum Freigelände begannen mit dem Versuch, fernwirksame Blickpunkte zu schaffen und in diesem Zusammenhang den Blick von der vorhandenen Halle durch Bauten und hohe Exponate abzulenken.
Im körperlichen und farblichen Kontrast zur Halle erwies sich für die Eingangsbetonung eine Zeltkonstruktion als geeignet. Dieser Gedanke fand bei nachfolgenden Überlegungen eine Fortsetzung in kleineren Zeltobjekten. Die dadurch unterstützte heitere Farbig-

8

keit und Leichtigkeit folgte dem Grundgedanken nach einer Ausstellungsgestaltung, die in erster Linie das breite Publikum anziehen und informieren sollte.

Die Auswahl der Hallenbauten und Überdachungen im Freigelände erfolgte nach dem Prinzip, mit möglichst wenigen verschiedenen Hallentypen geschlossene bauliche Ensembles zu bilden, um mit dieser Konzentration inhaltliche Ausstellungskomplexe zu bilden und räumliche Erlebnisbereiche zu schaffen.

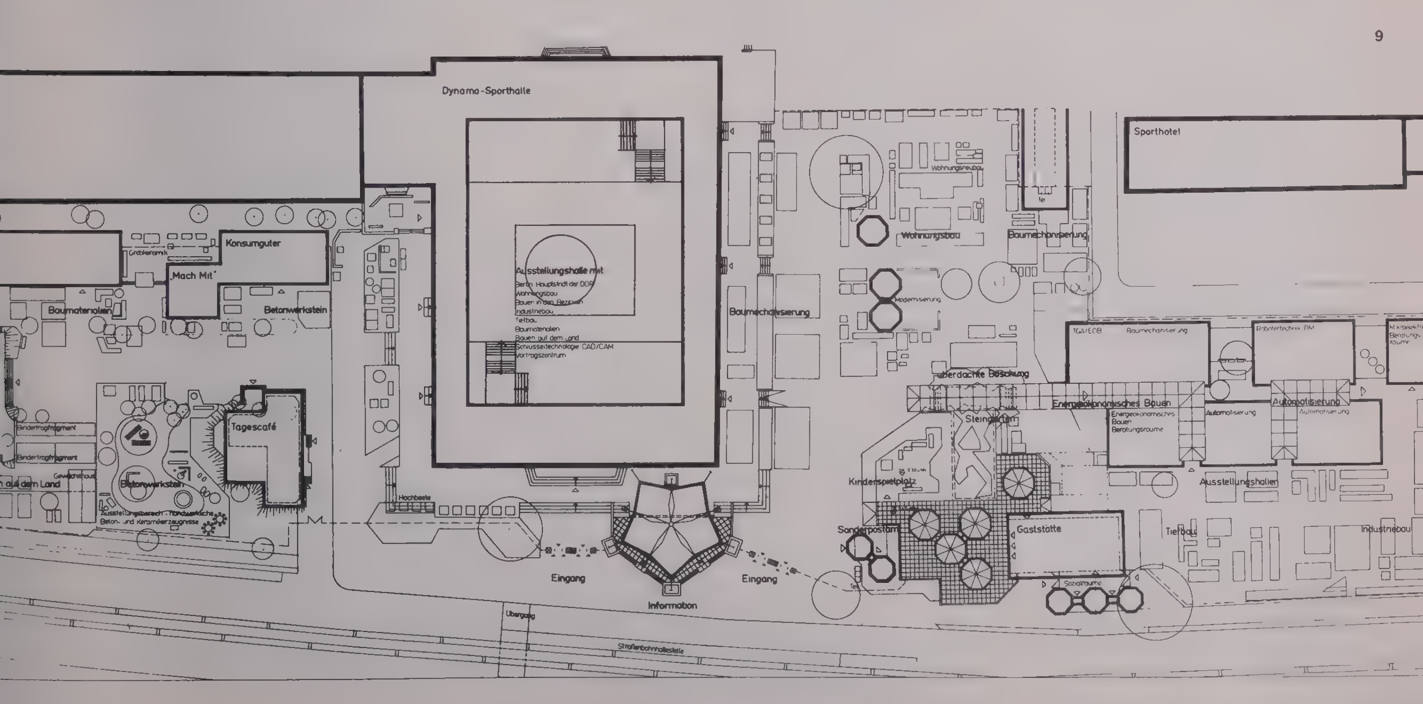
Im bewußt geplanten Unterschied zum nördlich der Halle gelegenen Freigelände, wo die baulichen Objekte einen straßen- oder platzähnlichen Freiraum bilden, wurde für die Südseite eine eher introvertierte bauliche Situation vorgesehen, die ein Durchschreiten der Baulichkeiten anbieten sollte.

Vom Angebot der Informationen her war die Südseite von vornherein mehr den Exponaten zur Mechanisierung und Automatisierung vorbehalten, während nördlich von der Dynamo-Sporthalle das Bauen auf dem Land und Erzeugnisse der Beton-, Terrazzo- und Konsumgüterproduktion demonstriert werden sollten.

Die Ausstellungskonzeption mit ihren Hauptobjekten

Der im Gleichlauf mit der inhaltlichen Abstimmung und den Gestaltungsvorstellungen der DEWAG konzipierte Ideenentwurf erwies sich in der Folgezeit als tragfähige Grundlage für die detaillierte Durcharbeitung und Projektierung sowie für den Aufbau der Ausstellung. Die Baumaßnahmen einschließlich der

9



10

Aufstellung aller Exponate erfolgte zwischen dem 12. März und dem 18. Mai. Die Koordinierung der gleichzeitig ablaufenden Bauaufgaben in der Halle und auf dem Freigelände lag in den Händen eines Kollektivs der Bauakademie der DDR.

Ausführungskollektiv:
Dr.-Ing. Horst Fritsche (ITM)
Dipl.-Ing. Kristina Püschel (IFI)
Bau-Ing. Hans-Georg Habelt (ITM)
Dipl.-Ing. Gerhard Vespermann
Bau-Ing. Walter Herzog

Natürlich erfuhr der Entwurf dabei Veränderungen, die jedoch dem Grundgedanken nicht nur treu blieben, sondern ihn in vielen Punkten disziplinierten und profilierten. Eine weitgehende Anwendung von Glas bei den Objekten auf dem Freigelände, die sich anfangs in der Verwendung von Gewächshäusern für verschiedene Zwecke darstellte, wurde zum Beispiel durch großzügig verglaste und mit Glasdächern versehene Hallen abgelöst.

Am deutlichsten prägte sich der Gedanke der Durchsichtigkeit und Durchlässigkeit bei dem von der Bauakademie entwickelten Hallensystem „SYBA“ in Stahlleichtbauweise aus, von dem das südliche Freigelände beherrscht wurde.

Den Wechsel von offenen oder geschlossenen Hallenwänden mit verglasten Wandflächen unterstützten gläserne Dachreiter, die mit ihrer Lichtführung den Wegeverlauf markierten und in durch die vorhandenen Bäume bedingte atriumähnliche Höfe mündeten. Die Entwicklung und Projektierung erfolgte durch die Bauakademie und die Fertigung und Montage durch das Metalleichtbaukombinat, Werk Industriemontagen.

Auf der Nordseite bildete eine die Tierhaltung



11

10 Blick auf das südliche Freigelände

11 Blick auf das nördliche Freigelände mit der Tierhaltungshalle

12/13 SYBA-Hallen im südlichen Freigelände

14 Tagescafé



12



13

demonstrierende Halle aus Betonfertigteilen in Kragriegelkonstruktion vom VEB Landbaukombinat Frankfurt (Oder) (Projekt: VEB Landbauprojekt Potsdam) den Abschluß. Aus optischen und ausstellungstechnischen Gründen wurde weitgehend auf die Ausfachung der Wandflächen verzichtet. Raumbildend wirkte auf dieser Seite ein Komplex von BAUFA-Mehrzweck-Hallen, errichtet vom Kreisbaubetrieb Worbis. In Variation zur angebotenen Lösung erhielten die Hallen eine großzügige Verglasung.

Komplettiert wurde das nördliche Freigelände durch ein Café in Leichtbauweise (Holztragwerk), entwickelt von einem Jugendforscherkollektiv Bauakademie/BAUFA, errichtet vom BMK IHB und der BAUFA. Die Auflösung des konstruktiven Systems in statisch voneinander unabhängige Raumeinheiten ermöglichte eine problemlose Standortanpassung. Das den Haupteingang markierende textile Menbrantragwerk aus 5 gereihten gleichen hyperbolisch-parabolischen Flächen wurde von der Bauakademie projektiert, die Konfektionierung besorgte VEB Plakotex Fehrbellin, und das MLK Berlin richtete das Zelt auf. Der darunter befindliche Kassen-Pavillon ist eine vielseitig verwendbare Entwicklung des VEB Handelsinvest. Diese Pavillons waren noch an weiteren Standorten im Freigelände, wie auch die vom gleichen Betrieb gelieferten achteckigen Zeltüberdachungen, angeordnet.

Den Einbau der zweiten Ebene in die Dynamo-Sporthalle nahm das Metalleichtbaukombinat vor. Diese Konstruktion konnte nicht auf den Schwingboden der Halle abgetragen werden und leitete daher die senkrechten Kräfte über einen Brückenträger in die vorhandenen Fundamente für die Befestigung von Sportgeräten ab. Die Drehscheibe stammt von VEB Sächsischer Brücken- und Stahlhochbau Dresden. Sämtliche Verkleidungen der Tribünen und den Einbau einer weiteren 65 cm hoch liegenden Ebene zur Kaschierung von Unterkonstruktionen nahm der Kreisbaubetrieb Nordhausen vor. Alle Bauten im Freigelände waren oberhalb der vorhandenen Straßen- oder Wegebefestigung über aufgelegte Betonstraßenplatten, ergänzt mit Ortbeton, in Kombination mit Hülsenfundamenten verschiedener Ausführungen gegründet (Straßen- und Tiefbaukombinat Erfurt, Betrieb Leinefelde).

Die dabei entstehenden Höhendifferenzen zum vorhandenen Flächenniveau und Anböschungen konnten für eine verdeckte Führung der Versorgungsleitungen (MLT Gotha) und im Zusammenhang mit umfangreichen gartengestalterischen Arbeiten (VEB Grünanlagenbau Mühlhausen) zur Steigerung der architektonischen Wirkung genutzt werden.

14

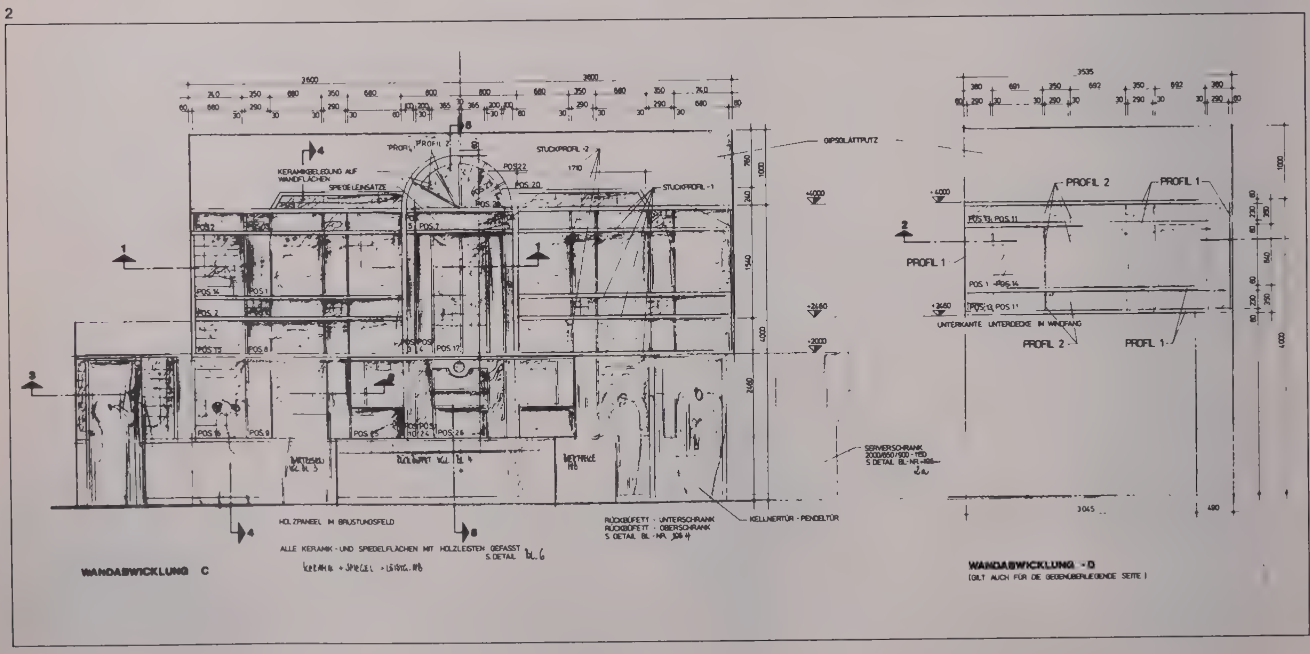


Terrassencafé im Tierpark Berlin

Dipl.-Ing. Gerd Pieper, Komplexarchitekt
VEB BMV Ingenieurhochbau Berlin

1

2



1 *Das neue Terrassencafé nach der Fertigstellung*

2 *Wandabwicklungen*

3 *Bauzustand Juni 1986*

4 *Übersichtsplan*

Entwurf
Architekt Dipl.-Ing. Gerd Pieper
Architekt Bauingenieur Erwin Lehmann
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin

Statik und Konstruktion
Kollektiv Dr.-Ing. Rolf Heider
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin

Keramische Wandbilder
Dipl.-Maler/Keramiker Lothar Scholz, VBK – DDR

Küchentechnologie
Dipl.-Ök. Fritz Lemme

Bereichsleitung Generalprojektant
Bauingenieur Horst Kasper
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin

Baudurchführung
GAN: VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb 9
Oberbauleitung: Bauingenieur Harry Damitz
Objektbauleiter: Bauingenieur Horst Beeskow

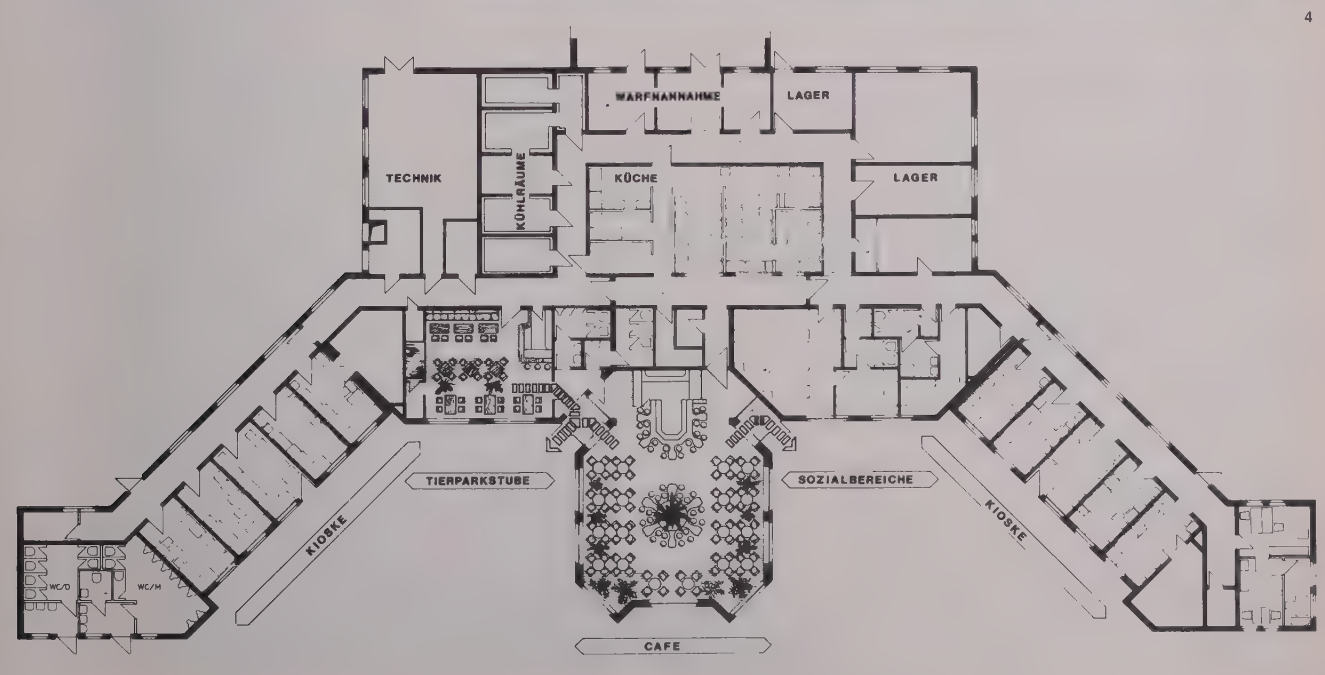
Konsultanten
Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Dathe
Prof. Architekt Heinz Graffunder

Der Tierpark Berlin ist für die Bevölkerung der Hauptstadt und für viele in- und ausländische Gäste ein besonderer Anziehungspunkt.
In der schönen, großzügig gestalteten Parklandschaft mit vielen Tiergehegen, Volieren und Auslaufflächen finden die Besucher Erholung und Entspannung. Besonders in den Sommermonaten, in der Feriensaison werden hohe Besucherzahlen erreicht.
Die gastronomischen Versorgungsleistungen werden durch verschiedene Einrichtungen im Tierparkgelände erfüllt. Das bisherige Terrassencafé bestand aus der verschlissenen Bausubstanz einer alten Holzbaracke und einer Vielzahl von Budenerweiterungen.
Um die gestiegenen Versorgungsansprüche, die hygienischen Forderungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen den heutigen Normen entsprechend erfüllen zu können und eine auf den Standort abgestimmte gestaltete bauliche und gärtnerische Situation zu schaffen, wurde der Ersatzneubau des Terrassencafés geplant, dessen Einordnung in genauer Achslage zum Schloß Friedrichsfelde erfolgte.
Aus diesem gestalterischen Zwangspunkt und der erforderlichen funktionellen und baulichen Gliederung zur Fassung der Terrassenlage sowie zur Gewährleistung eines effektiven Versorgungsablaufes ist ein unikaler Entwurf erarbeitet worden. Das Gebäude ist als eingeschossiger, in der Breite flügelar-



3

4



5

6

5 Café mit Barbereich

6 Möbelierungsplan (Zeichnung: G. Pieper)

7 Blick in das Café

tig gelagerter Baukörper geplant worden, der die gesamte Terrasse umschließt. Der eingeschossige Baukörper ist mittig in Achslage zum Schloß durch den erhöhten Bauwerksteil des Cafés gestalterisch wesentlich akzentuiert.
Das Terrassencafé Tierpark ist im Sommer 1986 zur Nutzung übergeben worden. Es ist funktionell in einen Außenbereich mit 800 Plätzen (in der Saison), ein Café mit 100 Plätzen und einen Salon – die Tierparkstube – mit 40 Plätzen gegliedert.
Der Innenraum des Cafés ist durch die direkte Beziehung zum Außenbereich der Terrasse bestimmt. Durch die Wandgestaltung aus Stuckprofilen mit der Einordnung von Spiegel- und Keramikflächen, die mit tropischen Bildmotiven als Fliesenmalerei phantasievoll ausgeführt wurden, ist eine besonders dem Standort angepaßte Raumatmosphäre geschaffen worden. Entworfen, gebrannt und verlegt hat die Fliesenbilder der Maler Lothar Scholz, mit dem mich eine jahrelange künstlerische Zusammenarbeit verbindet.
In der Tierparkstube ist das bestimmende Gestaltungselement ein in die Wandverkleidung eingefaßtes 2,4 m × 1,2 m großes Aquariumbecken. Die Innenarchitektur wird ergänzt durch die profilierten Holzverkleidungen, in die ornamental gefräste Spiegelflächen eingesetzt sind.
Das Gebäude ist traditionell in Mauerwerk mit Fertigteildecken zum größten Teil von Lehrlingsbrigaden des Ingenieurhochbaus mit Fleiß und Liebe in zweieinhalb Jahren errichtet worden.

7

8



8 Bauzustand Juni 1986

Zu den Aufgaben bei der weiteren Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete in Auswertung des IX. Kongresses des BdA

Prof. Dr.-Ing. Günther Kabus
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau
und Architektur



1



2

1 Gelungene Verbindung von Alt- und Neubau mit einer Blockecke in Plattenbauweise am Alten Markt in Cottbus

2 Lückenschließung in Plattenbauweise, monotone Gestaltung ohne Anpassung an den Standort

3 Wilhelm-Pieck-Straße in Berlin. Lückenschließung in Plattenbauweise mit ansprechender Fassadengestaltung

4 Lückenschließung an der Charlottenstraße/Ecke Französische Straße, der zweigeschossige Dachausbau sichert eine hohe Baulandausnutzung bei Einhaltung der Traufhöhe der angrenzenden Bebauung.

Auf dem IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR wurden die Aufgaben der Stadtplaner und Architekten bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED beraten. Grundlage waren die Ergebnisse in Städtebau und Architektur, die in den letzten Jahren erreicht wurden. Dabei konnte festgestellt werden, daß die auf dem VIII. Kongreß diskutierten und in seiner Auswertung durch das Politbüro des ZK der SED und den Ministerrat der DDR beschlossenen „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" wichtige Impulse und eine wertvolle Orientierung auf lange Sicht gegeben haben.
Die Aufgaben, Probleme und Anforderungen beim innerstädtischen Bauen waren sowohl im Referat des Präsidenten des BdA und in den Diskussionsbeiträgen als auch im Schlußwort des Ministers für Bauwesen ein Schwerpunkt der Ausführungen. Als entscheidend für den effektivsten Einsatz der Investitionen und der damit verbundenen sozialen Wirksamkeit wurde die qualifizierte Vorbereitung herausgestellt. Effektivität und soziale Wirksamkeit des innerstädtischen Bauens werden durch die Qualität und Gründlichkeit der Analysen und die enge Zusammenarbeit von staatlichen Leitern, betrieblichen Leitern und Architekten im Planungsprozeß maßgeblich bestimmt.
Mit der umfassenden Intensivierung in allen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft entsprechend der bewährten ökonomischen Strategie der SED werden die Voraussetzungen für die weitere kontinuierliche Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes, insbesondere für die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem, geschaffen. Die intensive Stadtentwicklung ist ein wichtiger Beitrag in diesem Prozeß, um dynamisches Wachstum als unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf Dauer zu gewährleisten. Nur wenn Produktion und Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft insgesamt schneller wachsen als der Aufwand dafür und der spezifische Produktionsverbrauch gesenkt wird, können die materiellen Bedingungen geschaffen werden, um die Vorzüge des Sozialismus auf ständig höherem Niveau und für jeden Bürger spürbar wirksam werden zu lassen.
Deshalb erfordert die umfassende Intensivierung bei der weiteren Stadtentwicklung auf der Grundlage der ökonomischen Strategie

- die vorhandenen Baugebietsflächen rationeller zu nutzen, um die Inanspruchnahme wertvoller land- und forstwirtschaftlicher Flächen grundsätzlich auszuschließen, d. h. die Nutzungsintensität, insbesondere der innerstädtischen Gebiete, zu erhalten und nach Möglichkeit zu erhöhen,
- die Stadt planmäßig als Ganzes kulturvoll und ökonomisch zu gestalten, d. h. die Einheit der Stadt durch die bewußte Gestaltung der funktionellen und räumlichen Verbindung zwischen Stadterweiterungsgebieten und Innenstadt herzustellen und im Interesse der intensiven Stadtentwicklung eine verstärkte Integration randstädtischer Neubauwohngebiete in die Stadt als Ganzes zu sichern,
- alle weiternutzbaren Wohn-, Gesellschafts- und Industriebauten rationeller zu nutzen, instand zu setzen und durch Modernisierung den wachsenden qualitativen Anforderungen anzupassen, d. h. der Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung den gleichen Rang beizumessen wie dem Neubau,
- die Funktionsfähigkeit und Attraktivität der innerstädtischen Gebiete und der Stadtzentren, insbesondere in den Mittelstädten, zu erhöhen, d. h. eine ständige Steigerung der Leistungsfähigkeit der sozialen und technischen Infrastruktur und eine ständige Verbesserung der Umweltbedingungen zu sichern
- das Bauwesen voll auf die steigenden funktionellen, stadtgestalterischen, technologischen und ökonomischen Anforderungen beim innerstädtischen Bauen in der Einheit von Erhaltung, Modernisierung und Neubau auszurichten, d. h. die Sortimentstruktur und die Produktionsprogramme sowie die qualitative und qantitative Leistungsentwicklung der Baubetriebe an den volkswirtschaftlich begründeten territorialen Baudedarf anzupassen.

Obwohl diese Anforderungen für alle Planungen zur Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Wohn- und Mischgebiete gelten, werden sich Art und Weise der weiteren Aneignung überlieferter Stadtstrukturen von Stadt zu Stadt, aber auch innerhalb einer Stadt von Gebiet zu Gebiet unterscheiden. Die Einmaligkeit der örtlichen Gegebenhei-

3



4

ten, die sich aus Geschichte, Landschaft und Klima sowie tradtionellen Produktionszweigen und der von diesen über Jahrhunderte geprägten Spezifik der baulich-räumlichen und baukünstlerischen Gestaltung ergibt, gewinnt mit dem Reifen der sozialistischen Gesellschaft an Bedeutung. Sie muß unter unseren Bedingungen weiterentwickelt werden. Das heißt, die städtebaulich-räumliche Entwicklung eines innerstädtischen Gebietes und die architektonische Gestaltung der Gebäude sind aus den substantiellen, topografischen, funktionellen, natürlichen und geschichtlichen Gegebenheiten des Standortes herzuleiten. Ein Hauptproblem dabei besteht darin, mit der Verbesserung der Wohn-, Arbeits-, Versorgungs- und Erholungsbedingungen in den Innenstädten, also auch mit ihrer Befreiung von negativen Elementen des Erbes die Erlebbarkeit der geschichtlichen Entwicklung einer Stadt durch die unterschiedliche Entwicklung und Gestaltung verschiedener Stadtgebiete zu erhalten.

Leitplanungen für die Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete

Eine Analyse innerstädtischer Wohnungsbauvorhaben, die im Zeitraum 1976 bis 1985 in der DDR realisiert wurden, ergab, daß sich die Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Wohn- und Mischgebiete bisher in kleinen territorialen Einheiten vollzogen hat [1].

Nachdem sich in den 70er Jahren die Umgestaltung und Erneuerung relativ großer innerstädtischer Gebiete als außerordentlich kompliziert herausgestellt hat und in keinem Land vollendet werden konnte, hat sich international im innerstädtischen Bauen die Tendenz zur Vorbereitung und Realisierung sehr kleiner Standorte durchgesetzt [2/3]. Beispiele haben Standortgrößen von 4 bis 10 ha oder 1 bis 8 Wohnblöcken bzw. 100 bis 1400 Wohnungen [4 bis 7]. In der UdSSR und in der Schweiz hat sich die blockweise Erneuerung in den innerstädtischen Gebieten bereits seit der Mitte der 70er Jahre durchgesetzt [8/9].

Innerstädtisches Bauen bedeutet Bauen auf relativ kleinen Standorten. Das ist nicht nur zweckmäßig aus organisatorischen, bauvorbereitenden und bautechnischen Gründen, sondern liegt auch im Interesse der im Baustellenbereich wohnenden und arbeitenden Bürger, weil Bauzeiten kurz gehalten und Störwirkungen auf ein Minimum reduziert werden können.

Kleine Standorte bedeuten zugleich viele Standorte in einer Stadt, die relativ unabhängig voneinander vorbereitet und realisiert werden müssen. Es kommt darauf an, jede einzelne dieser innerstädtischen Baumaßnahmen in die langfristige Konzeption der Stadtentwicklung einzubinden.

International kann man in den vergangenen Jahren folgende Tendenz feststellen: Der räumliche Geltungsbereich von Bebauungsplänen wird immer kleiner. Das ergibt sich aus der Komplexität innerstädtischer Gebiete, ihrer Funktionsmischung und ihren vielfältigen Beziehungen zu angrenzenden Stadtgebieten und der damit verbundenen Kompliziertheit bei der Vorbereitung und Realisierung innerstädtischer Baumaßnahmen. Dagegen werden die Planungsräume für Flächennutzungspläne bzw. Generalbebauungspläne immer größer, weil die Umgestaltung und Erneuerung der Städte, insbesondere unter Berücksichtigung der Verkehrsbeziehungen und ökologischer Faktoren, die Untersuchung von Stadt und Umland erfordern. Das heißt, es wird einerseits an vielen kleinen Standorten detaillierter geplant, weil innerstädtisches Bauen dazu zwingt, andererseits genereller infolge der zunehmenden Komplexität der Stadtentwicklungsplanung.

Das hat bei der städtebaulichen Planung zur Umgestaltung innerstädtischer Standorte nicht selten zu sogenannten Inselplanungen geführt. Randbedingungen und Beziehungen zu angrenzenden Standorten, zum Stadtteil und zur Stadt insgesamt wurden zu wenig oder nicht berücksichtigt. Bei der Realisierung solcher Planungen treten in der Regel unvorhergesehene Probleme auf, die während des Bauprozesses operativ geklärt werden müssen. Das verursacht Störungen und vermindert die Effektivität im Prozeß der Baudurchführung.

Die offensichtliche Lücke zwischen den Planungsebenen Generalbebauungsplanung und Bebauungsplanung wird deshalb international bei der städtebaulichen Planung und Vorbereitung der Stadterneuerung gegenwärtig auf verschiedene Weise ausgefüllt (Rahmenplanung, Stadtteilentwicklungsplanung, Sanierungsplanung u. ä.) und ist überwiegend staatlich nicht geregelt. Mit der Festlegung, daß bei der Vorbereitung der Investi-

Tabelle 1 Standortgrößen realisierter innerstädtischer Wohnungsbauvorhaben in der DDR

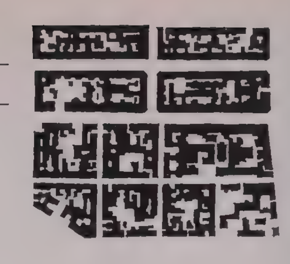
Stadt	Standortbezeichnung	Standortgröße	
Berlin	Palisadendreieck	1,8 ha	360 WE
Neubrandenburg	Behmenstraße	2,2 ha	220 WE
Görlitz	Lutherplatz	2,4 ha	275 WE
Greifswald	Altstadt, Umgestaltungsgebiet 1	4,1 ha	358 WE
Bernau	Stadtkern, 1. Bauabschnitt	5,4 ha	640 WE
Rostock	nördliche Altstadt	8,0 ha	750 WE
Gera	Häselburg	11,0 ha	850 WE

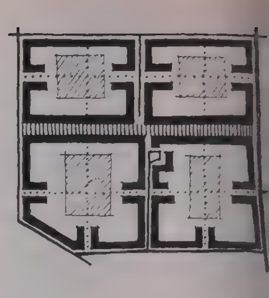
Tabelle 2 Standortgrößen realisierter innerstädtischer Wohnungsbauvorhaben in ausgewählten Ländern

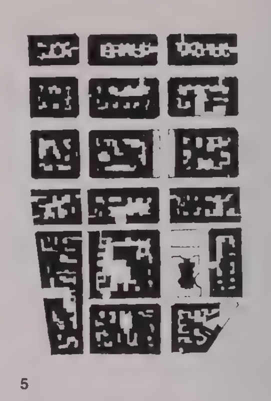
Land/Stadt	Standortbezeichnung	Standortgröße	
ČSSR			
Prag-Žižkov	BA IA	8,5 ha	581 WE
	BA IB	12,9 ha	1353 WE
Plzeň	Petrohrad	8,4 ha	4585 WE
	Roudna	4,2 ha	1055 WE
Karlovy Vary	Certův Ostrov	3,9 ha	682 WE
England			
London	Golden Lane Estate	2,8 ha	510 WE
	Stockwell Lambeth	1,9 ha	998 WE
Sheffield	Park Hill	8,6 ha	995 WE
USA			
San Francisco,	Banneker Homes	0,9 ha	108 WE
New York	Marcus Grey Park Village, Browsville	5,0 ha	626 WE
Oakland	Acorn	9,4 ha	714 WE
Österreich			
Wien	Stadtbezirk 4, Planquadrat	1 Baublock	300 WE
	Ottakring	4 Baublöcke	651 WE
	Gumpendorf 8,2 ha	8 Baublöcke	1460 WE

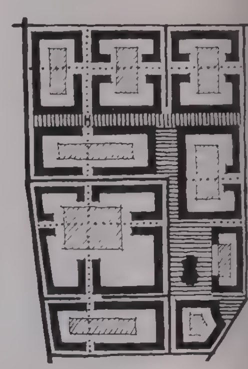
Tabelle 3 Nutzungsintensität innerstädtischer Gebiete im Vergleich zu Neubauwohngebieten

	Dimension	innerst. Gebiete d. Bauzeit 1870–1918	Neubauwohngebiete um 1980
Bebauungsverhältnis	Prozent	40...80	14...18
Geschoßflächendichte	m^2/ha	15...35 000	6...12 000
Baumassendichte	m^3/ha	40...75 000	20...30 000









5

6





5 Vorschlag aus den 70er Jahren für die Umgestaltung dicht bebauter innerstädtischer Gebiete der Bauperiode 1870 bis 1918

6 Altstadtgrundriß, ursprüngliche Bebauungsstruktur und Vorschlag für die Neubebauung in Plattenbauweise unter Beibehaltung des Straßensystems. Das Ziel, die Stadtstruktur zu erhalten, wird nicht erreicht.

7 Blick vom Domberg über die Dächer von Tallinn, der Neubau (Hotel Virú) wirkt störend in dieser differenzierten Dachlandschaft.

tionen des komplexen Wohnungsbaus auf der Grundlage von Generalbebauungsplänen und den langfristigen Konzeptionen für den Wohnungsbau städtebauliche Leitplanungen zu erarbeiten sind, wurde in der DDR dafür eine staatliche Regelung getroffen. Danach haben städtebauliche Leitplanungen u. a. zu enthalten:
„2. das städtebauliche Rahmenprogramm mit den Festlegungen für Erhaltung, Modernisierung, Rekonstruktion und Neubau für Ersatz und Erweiterung der Wohnbausubstanz, gesellschaftlichen Einrichtungen, stadt- und verkehrstechnischen Anlagen und Versorgungsnetze, für Gebäude und Anlagen für Industrie und Gewerbe, für Grün- und Außenanlagen sowie zur denkmalpflegerischen Zielstellung und bildkünstlerischen Gestaltung;" [10]
Damit wird die für die innerstädtische Umgestaltung und Erneuerung notwendige Komplexität gesetzlich gefordert. Im Rahmen der städtebaulichen Leitplanung sind demzufolge nicht nur der Wohnungsbau und dazugehörende Einrichtungen und Anlagen, sondern alle Funktionen eines Planungsgebietes bzw. Teilgebietes der Stadt und ihre Beziehungen untereinander auf der Grundlage der Ergebnisse bzw. Vorgaben der Generalbebauungsplanung zu untersuchen.

Erfahrungsgemäß können nicht alle Baumaßnahmen zur Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete innerhalb weniger Jahre realisiert werden. Städtebauliche Leitplanungen sind deshalb für einen Planungszeitraum von 10 bis 15 Jahren zu erarbeiten. Damit können die Umgestaltungsmaßnahmen nach Prioritäten und gegenseitigen Abhängigkeiten in den Umgestaltungsprozeß zeitlich so eingeordnet werden, daß alle Baumaßnahmen mit der Stadtentwicklung in Übereinstimmung stehen und in jeder Etappe der Umgestaltung eine hohe sozialpolitische und stadtgestalterische Wirksamkeit bei geringstem volkswirtschaftlichen Gesamtaufwand erreicht wird.

Die städtebauliche Leitplanung hat dabei zwei Funktionen zu erfüllen:

Erstens gesamtstädtische Planungsaussagen zur Entwicklung von Struktur, Flächennutzung und Gestalt der Städte stadtplanerisch detailliert zu untersetzen und strategische Alternativen für das betreffende Teilgebiet zu erarbeiten.

Zweitens die Ergebnisse der langfristigen Planung zur Verwirklichung städtebaulicher Entwicklungsziele der Stadt als Ganzes planmäßig in die Vorbereitung der Investitionen, die Aufgabenstellungen und Bebauungskonzeptionen für Teilbereiche des Planungsgebietes überzuleiten.

Zur Sicherung eines günstigen Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis in jeder Etappe der Umgestaltung ist in dieser Phase der städtebaulichen Planung die Ausarbeitung von Varianten und der Nachweis ihrer Effektivität durch Bewertung und Vergleich der Varianten hinsichtlich der erreichten Gebrauchswertqualität und des Aufwandes für die geplanten Maßnahmen von besonderer Bedeutung.

Erfahrungen und Ergebnisse beim innerstädtischen Bauen

Für die Instandsetzung und Modernisierung bzw. Rekonstruktion der aus dem Kapitalismus stammenden Wohnbebauung werden gegenwärtig umfangreiche finanzielle und

materielle Mittel eingesetzt, um sie den mit dem Wohnungsbauprogramm bis 1990 gestellten qualitativen Anforderungen unserer sozialistischen Gesellschaft anzupassen. Der finanzielle Aufwand je Wohnung dafür erreicht bei vergleichbarem Gebrauchswert oft nahezu den für eine Neubauwohnung. Der Materialaufwand beträgt jedoch etwa nur ein Zehntel. Das entspricht zugleich einer wesentlichen Energieeinsparung, da nur ein Zehntel des Baustoffes gewonnen, verarbeitet, transportiert und verbaut werden muß. Der Aufwand für Abriß/Neubau liegt in der Regel um 20 bis 25 Prozent über dem Neubau auf unbebauten Flächen am Rande der Stadt (ohne Aufwendungen für die Primärerschließung). Abriß bestehender Bausubstanz ist deshalb nur dort zu rechtfertigen, wo eine Anpassung der Bebauungs- und Gebäudestruktur an neue gesellschaftliche Anforderungen mit volkswirtschaftlich vertretbarem Aufwand nicht möglich ist. Außerdem sollte mit der Entscheidung zum Abriß von Gebäuden künftig grundsätzlich eine Konzeption zur Bergung, Aufbereitung und Wiederverwendung des Abrißmaterials verbunden werden.
Das Recycling von Baumaterialien aus Abriß ist allerdings bisher weder bei uns noch international befriedigend gelöst.
Auf diesem Gebiet sind erhöhte Anstrengungen in Forschung und technischer Entwicklung erforderlich, um der Praxis in den nächsten Jahren dafür rationelle und praktikable Lösungen zur Verfügung zu stellen.
Mit den gegenwärtigen Lückenschließungen in innerstädtischen Gebieten werden erschlossene Standorte für die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms bis 1990 effektiv genutzt. Damit wird die Nutzungsintensität dieser Gebiete erhöht, was dem Wesensmerkmal intensiver Stadtentwicklung voll entspricht. Für die Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen auf diesen Standorten war in der Regel im Vergleich zu neu zu erschließenden Baugebietsflächen am Stadtrand bisher nur ein vergleichsweise geringer Aufwand für die technische Infrastruktur notwendig. Die Lückenbebauungen haben zugleich einen hohen stadtgestalterischen und sozialen Effekt durch die damit verbundene Verbesserung des Stadtbildes, der Sauberkeit und der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in diesen Gebieten. Zusammen mit der Instandsetzung und Modernisierung trägt das, wie Umfragen gezeigt haben, wesentlich zu einer hohen Zufriedenheit der Bewohner mit ihrer erneuerten Wohnumwelt bei.
Faßt man die bisher beim innerstädtischen Bauen gewonnenen Erkenntnisse zusammen, so wird deutlich, daß mit den Maßnahmen der Instandsetzung, Modernisierung, Rekonstruktion und des Neubaus – als Lückenschließung oder Ersatz verschlissener Gebäude – eine hohe soziale und kulturelle Wirksamkeit und durch Senkung des Bau- und Nutzungsaufwandes zugleich eine hohe ökonomische Effektivität erreicht werden.

Genau so deutlich wird aber auch, daß mit der weiteren Aneignung und Verbesserung der Nutzungsbedingungen dieser Baugebiete aus der kapitalistischen Zeit durch die sozialistische Gesellschaft mit den oben genannten Baumaßnahmen Bebauungs- und Funktionsstrukturen dieser innerstädtischen Gebiete verfestigt werden. Damit sind nicht nur Vorteile verbunden, sondern es entstehen auch Probleme, insbesondere für den ruhenden Verkehr. Seine bisherige Lösung in den Innenstädten beruhte auf der Bereitstellung von Stellplätzen in Baulücken. Mit deren Bebauung wird der ruhende Verkehr verdrängt. Die Situation verschärft sich zusätzlich, da mit der Lückenbebauung die Anzahl der Einwohner wächst und in der Regel neue Funktionen hinzukommen, wodurch der Bedarf an Stellplätzen erhöht wird. Das darf nicht dazu führen, daß in innerstädtischen Gebieten mit hoher Funktionsdichte der Fußgänger mehr und mehr durch das Auto vom Gehsteig verdrängt wird, wie das z. T. bereits der Fall ist.
Dennoch entsprechen Konzeptionen der 70er Jahre, die davon ausgingen, daß zur weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen in Baugebieten aus der Zeit von 1870 bis 1914 künftig infolge der hohen Dichte ein Viertel bis ein Drittel der Bebauung abgerissen werden muß, nicht der umfassenden Intensivierung. Das würde zur Verringerung der Nutzungsintensität dieser Gebiete führen, die Erschließung neuer Baugebietsflächen erfordern und für viele Bewohner den Verlust der Vorteile der Lage und der Funktionsmischung dieser Gebiete bedeuten.
Neben einer negativen Entwicklung der Raum-Zeit-Struktur der Städte würden solche Konzeptionen auch den Verlust der für die Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion bereits eingesetzten Mittel und die Vernichtung der damit geschaffenen Gebrauchswerte bedeuten.
Nach wissenschaftlichen Untersuchungen können die Erneuerungsintervalle der tragenden Bauteile der Gebäude dieser Bauperiode mit 130 bis 160 Jahren angenommen werden [11]. Das heißt, ihre Nutzungsdauer reicht bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts. Die gegenwärtige Umgestaltung des Gebietes Sophienstraße in Berlin, wo die Gebäude zum Teil bereits mehr als 150 Jahre alt sind, ist ein Beweis dafür. Diese Erkenntnis wird u. a. auch bestätigt durch Erfahrungen in der UdSSR, die Rekonstruktion der Innenstadt von Szeged in der Ungarischen VR, in der VR Bulgarien sowie in weiteren Ländern, wobei die Bausubstanz in den Umgestaltungsgebieten zum Teil bis zu 200 Jahre alt ist und die erneuerten Wohnungen und das verbesserte Wohnumfeld sich großer Beliebtheit bei den Bewohnern erfreuen.
Traditionelle Bauweise und Konstruktionsprinzip ermöglichen das Auswechseln fast aller Bauteile innerhalb der das Gebäude umschließenden Wände. Hinzu kommt, daß durch das Konstruktionsprinzip und die relativ hohe Geschoßhöhe der Gebäude eine



7

Tabelle 4 Wohnungsbau in der DDR im Zeitraum 1971 bis 1986 (Anzahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen)

Jahr	gesamt	davon Neubau (einschließlich Eigenheime)	davon Modernisierung
1971	86 777	65 021	21 756
1972	117 026	69 552	47 474
1973	125 769	80 725	45 044
1974	138 301	88 312	49 989
1975	140 793	95 976	44 817
1976	150 617	103 091	47 526
1977	162 745	106 826	55 919
1978	167 799	111 909	55 890
1979	162 743	117 355	45 388
1980	169 223	120 206	49 017
1981	185 350	125 731	59 619
1982	187 053	122 417	64 636
1983	197 221	122 636	74 585
1984	207 034	121 654	85 380
1985	212 222	120 728	91 494
1986	215 690	119 335	96 355

Quellen: Statistisches Jahrbuch 1985 der DDR, Berlin 1985
Neues Deutschland 19./20. 1. 1985, S. 5
Neues Deutschland 18./19. 1. 1986, S. 5
Neues Deutschland 19. 1. 1987, S. 5







8, 9 *Im Zentrum von Lowetsch, VR Bulgarien, rekonstruierte Bebauung mit Lückenschließung und Neubebauung gegenüber*
10 *Karlovy Vary, rekonstruierte Bebauung im Gebiet Čertuv-Ostrov*
11, 12 *Karlovy Vary, Gebiet Čertuv-Ostrov, Quartier 3 nach der Umgestaltung und Modernisierung, Grundriß Normalgeschoß und Erdgeschoß*
13 *Rekonstruierter Straßenzug im Stadtkern von Eger (UVR) mit Lückenschließung (links)*
14 *In die Blockbebauung der Gründerzeit gestalterisch gut eingeordneter Industriebau in Apolda*

Tabelle 5 Qualifikationsstruktur der Berufstätigen in der sozialistischen Wirtschaft (Prozent)[1]

Jahr	Hoch- und Fachschulkader	Meister und Facharbeiter	insgesamt
1970	11	48	59
1980	19	61	80
1985	21	64	85
1990	23	67	90

1) Funke, I.: Rationelle Produktion und Nutzung von Software In: Einheit – Berlin 41 (1986) 8. – S. 749

Tabelle 6 Stellplatzangebot für den ruhenden Verkehr in Umgestaltungsgebieten[1)]

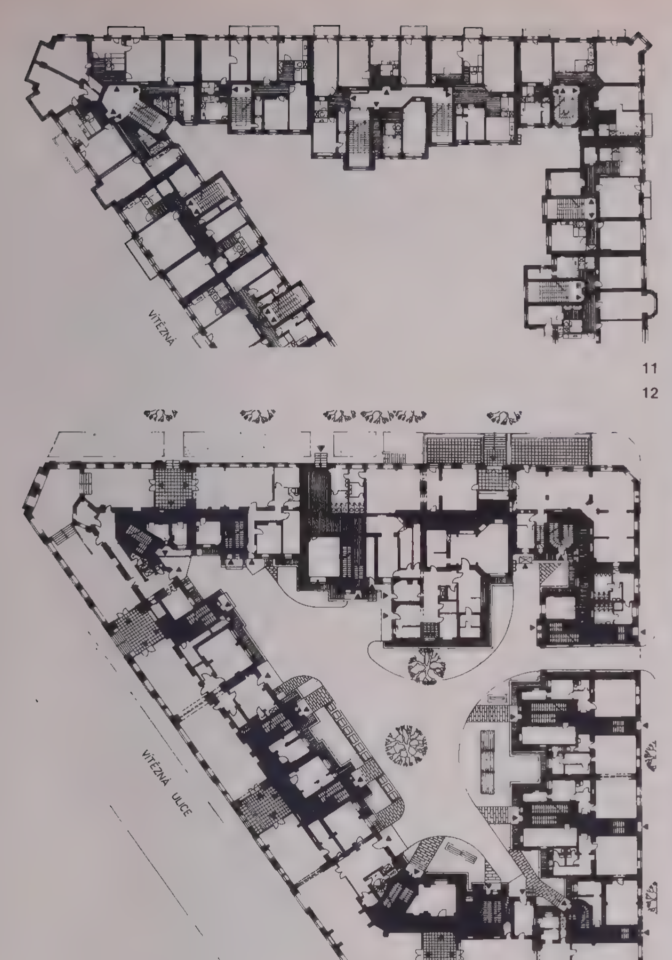
	Anzahl der Standorte	Anteil des Wohnungsneubaus in %	Stellplatzangebot je WE[2)] Straßenstellplätze	Parkplätze und Garagen
Großstädte	22	67	0,24	0,20
Mittel- u. Kleinstädte	12	85	0,25	0,38
insgesamt	34	73	0,24	0,29

1) Ergebnisse der Begutachtung von Bebauungskonzeptionen d. Jahre 1983 bis 1985
2) Mittelwerte

weitgehende Nutzungsneutralität gegeben ist. Sie bieten die Möglichkeit, die innere Raumstruktur mit einfachen Mitteln und geringem Aufwand zu verändern und an neue Nutzungsanforderungen, die sich aus neuen Wohn- und Freizeitbedürfnissen, aber auch neuen Anforderungen aus der Entwicklung im Gesellschaftsbau, der Industrie und sonstigen Arbeitsstätten ergeben. Die Möglichkeiten, die sich in dieser Hinsicht bei der Modernisierung und Rekonstruktion der Bausubstanz aus dieser Bauzeit ergeben, werden bei weitem noch nicht ausgeschöpft. In seinem Schlußwort auf dem IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR hat der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, auf diese Tatsache besonders hingewiesen und hervorgehoben, daß gerade im Gesellschaftsbau erst die Reserven in der bestehenden Bausubstanz ausgenutzt werden müssen, bevor Neubauten geplant werden.
Dafür aber sind gründliche Bauzustandsanalysen und funktionelle Untersuchungen zur Raumnutzung, insbesondere der Erdgeschosse, zur Anlagerung und zur Möglichkeit von Ergänzungsbauten entscheidende Voraussetzungen.
Für Entscheidungen zum Gesellschaftsbau und zu den Arbeitsstätten in innerstädtischen Gebieten genügt es jedoch nicht, nur die Gegebenheiten des gerade zu bearbeitenden Standortes zu analysieren. Dazu sind umfassende Analysen der Netze der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Entwicklungsbedingungen der Industriestandorte sowie Netzkonzeptionen für die langfristige Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen und Betriebsentwicklungskonzeptionen erforderlich. Die Ergebnisse der Planungen zur Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete reichen in dieser Hinsicht – von Ausnahmen abgesehen – noch nicht aus. Das gilt aber auch für die Mitarbeit der zuständigen Fachorgane der örtlichen Räte und der Betriebe. Zur Sicherung der Komplexität und höherer Effektivität der innerstädtischen Umgestaltung sollten die bereits vorhandenen Regelungen zur Mitwirkungspflicht im Interesse einer höheren Qualität der städtebaulichen Planungsergebnisse stärker genutzt werden.

Ausgangsbedingungen für die Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete im Zeitraum nach 1990

Im Jahre 1990 wird der Wohnungsbestand



11
12



13
14



der DDR voraussichtlich mehr als 7 Millionen Wohnungen betragen. Es werden etwa 6,7 Millionen Haushalte bzw. rund 16,7 Millionen Einwohner zu versorgen sein. Das bedeutet, daß ein Versorgungsgrad von etwa 420 Wohnungen je 1000 Einwohner und mehr als 26 m^2 Wohnfläche je Einwohner erreicht wird. Damit liegt die DDR in bezug auf die Wohnraumversorgung in der Spitzengruppe der hochentwickelten Industrieländer. Durch die ständige Steigerung des Wohnungsbaus seit Bestehen des langfristigen Wohnungsbauprogramms und dessen weitere konsequente Verwirklichung wird bis 1990 das Ziel erreicht, daß jeder Bürger der DDR über angemessenen Wohnraum verfügt.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wird es in der DDR bis zum Jahre 2000 keinen Einwohner- und keinen wesentlichen Haushaltszuwachs geben. Damit ergibt sich aus der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung für den Zeitraum nach 1990 und über das Jahr 2000 hinaus kein nennenswerter zusätzlicher Wohnungsbedarf. Infolgedessen wird der Wohnungsneubau in diesem Zeitraum nahezu ausschließlich Ersatzneubau sein, wobei der Ersatz häufig nicht am Standort der zu ersetzenden Bausubstanz erforderlich bzw. möglich sein wird. Diese Entwicklung vollzieht sich jedoch von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich, da sie in Abhängigkeit von der gegenwärtigen Altersstruktur der Einwohner in den Städten verläuft und durch die geplante Standortverteilung der Produktivkräfte und die Bevölkerungsmigration beeinflußt wird.

Weiterhin werden Art und Umfang der Umgestaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen bestimmt durch

- Struktur und Qualität der vorhandenen baulichen Grundfonds,
- die Funktionsstruktur der innerstädtischen Gebiete, die durch vielfältige Verflechtung aller Hauptfunktionen (Arbeiten, Wohnen, Versorgen/Betreuen, Bilden, Erholen) gekennzeichnet ist,
- stadtgestalterische Anforderungen und denkmalpflegerische Zielstellungen,
- Leistungsfähigkeit der technischen Infrastruktur und Qualität der Umweltbedingungen,
- Baugrundverhältnisse und topografische Bedingungen,
- Struktur und Kapazität des Bauaufkommens.

Bezieht man die noch bestehenden territorialen Unterschiede hinsichtlich der Qualität der Wohnbedingungen ein, so wird sehr deutlich, daß die territoriale Differenziertheit hinsichtlich der gegebenen Ausgangssituation, des erreichten Entwicklungsstandes und der vorhandenen Entwicklungsbedingungen für die Herausarbeitung der Zielstellungen für die weitere Umgestaltung und Erneuerung unserer Innenstädte von entscheidender Bedeutung ist.

Im Interesse vorrangiger sozialer Ziele können in der gegenwärtigen Phase der Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Wohn- und Mischgebiete einige Nachteile der älteren innerstädtischen Gebiete noch nicht überall beseitigt werden. Das sind zum Beispiel: Einzelofenheizung mit Kohle, erhöhte Lärmbelastung, unzureichende Besonnung für einen noch relativ großen Anteil der Wohnungen und Freiflächen, ungenügende Frei-, Erholungs- und Pkw-Stellflächen. Gleichzeitig werden mit den gegenwärtigen Baumaßnahmen wie Dach- und Fassadeninstandsetzung, Bauwerkstrockenlegung, Einbau von Bad/Dusche und WC, Lückenschließung, Hofgestaltung u. a. die vorhandene Gebäude- und Bebauungsstruktur erhalten und verfestigt. Im Interesse des damit bereits investierten Aufwandes, aber auch der erhöhten Anforderungen hinsichtlich Energie- und Materialökonomie sind diese Gebiete, deren Gebäude-, Bebauungs- und Nutzungsstrukturen an künftige Nutzungs- und Gestaltanforderungen der sozialistischen Gesellschaft angepaßt werden können, künftig durch weitere Maßnahmen in ihrer Wohn- und Umweltqualität sowie ihren Arbeits- und Erholungsbedingungen Schritt um Schritt zu verbessern.



15

All das entspricht unserer Gesellschaftsstrategie, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. „Kennzeichnend dafür ist eine Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, in der bei hohem Wachstumstempo der Wirtschaft der wissenschaftlich-technische und ökonomische Fortschritt mit der Verbesserung des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen verbunden ist. Nur so sind die Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft weiter dauerhaft zu entfalten, ist die Einheit von Partei und Volk unter allen Bedingungen zu gewährleisten. Soziale, politische wie geistig-kulturelle Ziele können nur auf der Basis eines kontinuierlichen, dynamischen Wachstums der Wirtschaft erreicht werden, wofür stets erneut die erforderlichen gesellschaftlichen Bedingungen zu gewährleisten sind." [12]
Bei der Planung, Vorbereitung und Realisierung der innerstädtischen Umgestaltungsmaßnahmen in den nächsten Jahren sind die Anforderungen der 90er Jahre im Interesse der Kontinuität der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen wird die Stadtentwicklung in der DDR in den 90er Jahren vor allem gekennzeichnet sein durch

- eine etwa gleichbleibende Einwohnerzahl,
- die planmäßige Sicherung des Wohnungsbedarfs, einschließlich einer erforderlichen Wohnraumreserve sowie die Erhöhung der Wohnqualität und der Wohnkultur,
- einen wachsenden Umfang zu erhaltender und zu erneuernder Bausubstanz und die Erhöhung des Ersatzbaus, insbesondere in den zentralen innerstädtischen Gebieten,
- die komplexe Neubebauung beräumter innerstädtischer Flächen unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen und zugleich harmonischen und proportionalen Entwicklung aller Stadtfunktionen, der Erhaltung von Gebäuden, Ensembles, städtischen Räumen und Anlagen, die die Stadtindividualität bestimmen sowie die städtebau-räumliche und architektonische Einordnung von Denkmalen und Denkmalschutzbereichen in die Stadtentwicklung,
- die Veränderungen in allen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft mit dem verstärkten Wirksamwerden der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und den damit verbundenen Veränderungen der Arbeitsinhalte sowie der Qualifikations- und Bedürfnisstruktur der Werktätigen bzw. ihrer Lebensweise,
- die wachsende individuelle Motorisierung und die Notwendigkeit innerstädtische Gebiete und Stadtzentren, insbesondere in den Mittelstädten, vom Durchgangsverkehr zu entlasten,
- die Anforderungen aus den Bereichen Material- und Energieökonomie sowie Ökologie.

Zielstellungen und Problemstellungen für die künftige Stadtentwicklung in der DDR leiten sich daraus ab; und es kann keinen Zweifel darüber geben, daß diese Phase der Stadtentwicklung eine Phase der intensiven Umgestaltung und Erneuerung der Innenstadtgebiete sein muß.

Aufgaben der Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete im Zeitraum bis 1990 und danach

Im Jahre 1990 werden in der DDR etwa 80 bis 85 Prozent aller Baumaßnahmen des Wohnungsbaus (Modernisierung, Rekonstruktion und Neubau) innerstädtisch realisiert. Dazu kommen innerstädtische Baumaßnahmen des Gesellschafts-, Industrie- und Tiefbaus. Mit dieser geplanten starken Steigerung des innerstädtischen Bauens im Zeitraum bis 1990 werden in unseren Innenstädten in zunehmendem Maße materielle und räumliche Bedingungen für nachfolgende Generationen geschaffen. Deshalb müssen an städtebauliche Konzeptionen, Leitplanungen und Planungslösungen für die Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete hohe, zukunftsorientierte Anforderungen gestellt werden. Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, daß die effektivste Lösung der heutigen Bauaufgaben mit dem Blick auf die voraussehbare Zukunft der Stadtentwicklung erfolgt.

Um ökonomische Effekte zu erschließen und Verluste zu vermeiden, muß mit der langfristigen städtebaulichen Planung gewährleistet werden, daß kurzfristig, d. h. bis 1990, und mittelfristig zu realisierende Maßnahmen nicht im Widerspruch zur geplanten langfristigen Stadtentwicklung stehen. Durch Variantenuntersuchung im Rahmen von städtebaulichen Leitplanungen ist, ausgehend von den konkreten Standortbedingungen, dafür eine solche Strategie herauszuarbeiten, die in jeder Phase der Entwicklung mit den zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Mitteln der Gesellschaft aus der Gesamtheit der gesellschaftlich anerkannten Ziele jene realisiert, mit denen höchste soziale Wirksamkeit und höchste ökonomische Effektivität mit geringstem Aufwand erreicht werden. Künftige Anforderungen aus der erkennbaren Entwicklung der Gesellschaft, der Volkswirtschaft und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind dabei zu berücksichtigen. Das heißt, wir brauchen Strategien für die Umgestaltung und Erneuerung der innerstädtischen Gebiete, die gewährleisten, daß

erstens die mit der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion, der Verbesserung des bautechnischen Wärmeschutzes und der Bauwerkstrockenlegung von Wohn-, Gesellschafts- und Industriebauten sowie für die Lückenschließung und die Instandsetzung, Rekonstruktion und Erweiterung der Netze und Anlagen der technischen Infrastruktur in den innerstädtischen Gebieten eingesetzten Mittel und die damit geschaffenen Gebrauchswerte langfristig effektiv genutzt werden können,

zweitens die Nutzungsintensität und die Nutzungsvielfalt der innerstädtischen Gebiete erhalten und im Interesse der Ökonomie der Stadt ohne negative Folgen für die Qualität der Lebens- und Umweltbedingungen erhöht werden können und

drittens eine weitere schrittweise Verbesserung der Wohn-, Arbeits-, Erholungs-, Versorgungs- und Umweltbedingungen mit geringstem Aufwand langfristig erreicht wird.
Die Ziele für die weitere Verbesserung der Qualität der Lebensbedingungen in den innerstädtischen Gebieten leiten sich vor allen Dingen ab aus

- den oben genannten noch verbleibenden Aufgaben in diesen Gebieten,

15 Leningrad, Rekonstruktionsmaßnahmen am Prospekt Lermontow mit Aufstockung des 3geschossigen Gebäudes; Zustand nach Abschluß der Rekonstruktion

16 Innenhof nach Abschluß der Rekonstruktion

- der Verknappung der Energieträger und Rohstoffe sowie den immer aufwendigeren Bedingungen für ihre Gewinnung
- der Veränderung des Inhalts und der Formen der Arbeit durch den verstärkten Einsatz von Ergebnissen aus Wissenschaft und Technik, insbesondere der Mikroelektronik, in allen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft
- der Notwendigkeit, günstige natürliche Umweltbedingungen für Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Persönlichkeitsentwicklung der Stadtbewohner und damit auch für die volkswirtschaftliche Reproduktion zu schaffen.

Wesentliche Aufgaben für die Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete in den 90er Jahren werden daher die Senkung des Heizenergie- und Materialaufwandes, die Erhöhung der Wohnkultur, die Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen, die Erhöhung der Nutzungsintensität und des Anteils Vegetationsfläche, die bauliche Integration von Wohnen, Arbeiten und nahräumlicher Erholung, die Qualitätsverbesserung von Freiräumen und Freiflächen und die Verringerung des Verkehrsaufwandes sein. Eine solche Zielstellung hat wesentlichen Einfluß auf die Gestalt vorhandener und die Gestaltbildung neuer Gebäude- und Bebauungsstrukturen. Zugleich wird sich daraus eine weitere Veränderung in der Struktur der Bauaufgaben und Bauleistungen ergeben.

Bei allen Entscheidungen zur Sicherung der Ziele bis 1990 sind diese Aspekte, die Kontinuität der Stadtentwicklung und dynamisches Wachstum als Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR mitbestimmen, in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen.

In den letzten Jahren sind mit dem innerstädtischen Bauen in der Verbindung von Erhaltung, Modernisierung, Rekonstruktion und Neubau interessante, bezüglich Funktion und Gestaltung den Standorten angepaßte Lösungen realisiert worden wie in Gera (Sorge, Zschochern), in Halle (Brunos Warte), in Cottbus (Wendisches Viertel) und anderen Städten. Dennoch muß festgestellt werden, daß die Gebäudekonzeptionen des Wohnungsneubaus, besonders der Plattenbauweise, an die vielfältigen Anforderungen innerstädtischer Standorte sowohl aus funktioneller und stadtgestalterischer als auch aus städtebauhygienischer Sicht noch besser anpaßbar gemacht werden müssen. Unbefriedigende Lösungen, wie nicht standortgerechte Funktionslösungen, Maßstabsbrüche und vor allem Bauwiche kleiner und kleinster Abmessungen zeigen, daß hier manches noch nicht mit ausreichendem Niveau beherrscht wird. An komplizierten Standorten sollten deshalb in verstärktem Umfang auch Mischbauweisen angewendet werden, um die Probleme der Rekonstruktion in der Zukunft noch besser zu meistern.

Diese Fragen werden auch unter unseren Kollegen in den sozialistischen Ländern intensiv diskutiert. [13]

Der Hinweis, daß sich das Bauwesen voll auf die steigenden Anforderungen des innerstädtischen Bauens einstellen muß [14], ist mit dem Blick auf die Aufgaben für das Bauen in den Jahren bis 1990, noch mehr aber in

den 90er Jahren zu unterstreichen. Denn die Realisierung des territorial und volkswirtschaftlich begründeten Baubedarfs mit dafür nicht geeigneten Sortimenten, Produktionsprogrammen und Kapazitäten bedeutet ebenso Effektivitätsverlust wie die Anpassung des territorial und volkswirtschaftlich begründeten Baubedarfs an zum Zeitpunkt der Realisierung gerade verfügbare Sortimente, Produktionsprogramme und Kapazitäten, weil damit weder die optimale Nutzung der bestehenden Bausubstanz noch die Realisierung langfristiger Stadtentwicklungskonzeptionen und die daraus abgeleiteten Reproduktionsstrategien erreicht werden können. Das gilt sowohl in städtebaulich-funktioneller und stadtgestalterischer als auch in städtebaulich-ökonomischer Hinsicht.

Mit der ständigen Steigerung der Leistungen für die Modernisierung und die Rekonstruktion der Wohnbausubstanz wurde 1986 erreicht, daß etwa genau so viele Wohnungen modernisiert und rekonstruiert werden konnten, wie neu gebaut wurden (Neubau ohne Eigenheime). Dennoch gilt die Forderung: „Die vorhandene Bausubstanz muß rationeller genutzt werden. Dafür sind höhere Leistungen als bisher für Baureparaturen, Modernisierung und Rekonstruktion zu erbringen." [14]

Wissenschaftliche Analysen führten zu der Einschätzung, daß mit den verfügbaren Baukapazitäten, auch bei der geplanten hohen Leistungssteigerung durch Anwendung verbesserter und neuer Technologien für die Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz, ein Teil des Gebäudebestandes in den innerstädtischen Gebieten in ökonomisch sinnvoller Weise nicht mehr erhalten werden kann. In den historischen Kernbereichen der Mittelstädte erfordert der Verschleiß zunehmend auch Erneuerungsmaßnahmen.

Wir müssen deshalb von der Tatsache ausgehen, daß der Umfang der Aussonderung und Erneuerung baulicher Substanz in den 90er Jahren im Vergleich zu den 80er Jahren wachsen wird. In Abhängigkeit von Qualität, Zustand und Kulturwert der Bausubstanz werden in den Innenstädten, insbesondere der Mittelstädte, mehr oder weniger große Flächen beräumt und wieder bebaut werden müssen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität im Neubau gegenüber der Erhaltung und Modernisierung wesentlich bessere Möglichkeiten gegeben sind. Mit der Zunahme der Erneuerung der Bausubstanz kann sowohl eine Effektivitätssteigerung im Bauwesen als auch eine erhebliche Verringerung des Baureparaturbedarfs erreicht werden. Außerdem ergibt sich damit die Chance, die Raum-Zeit-Struktur unserer Städte zu verbessern.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Erhaltung geschichtlicher, kultureller, städtebaukünstlerischer und stadtspezifischer Werte und Merkmale von entscheidender Bedeutung für das Gesicht einer Stadt ist. Deshalb sind Bewahrung, Weiterentwicklung und Neubildung städtebaulicher Raumqualitäten und Architekturensembles im Prozeß der weiteren Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete als gleichbedeutend anzuerkennen. Mit wachsender Anzahl rekonstruierter Bereiche in Altstädten wie altstadtnahen Gebieten werden Bewahrung und Weiterführung der Milieu- und Gestaltwerte innerstädtischer Gebiete für die Bürger zum Maßstab für die Beurteilung der Ergebnisse bei der Umgestaltung und baulichen Erneuerung. Für die Erarbeitung von Leitbildern für die komplexe langfristige städtebauliche Entwicklung innerstädtischer Gebiete sind daher folgende Aspekte besonders zu beachten:

- die stadtstrukturelle und stadtgestalterische Widerspiegelung der spezifischen Entwicklungsgeschichte einer Stadt in ihrem Grundriß und Aufriß,
- die historisch gewachsene Typik und Individualität einer Stadt,
- die Anzahl und Qualität ihrer Denkmale und Denkmalschutzbereiche,
- die Weiterführung entwicklungsgeschichtlich begründeter Gestalt- und Funktionsbereiche.

Erhaltenswertes ist aber nicht nur zu erhalten, sondern funktionsgerecht und nutzbar zu gestalten bzw. umzugestalten und dort, wo es erforderlich ist, mit neuen Inhalten auszugestalten. In unseren geschichtlich und baukünstlerisch wertvollen Innenstädten sind deshalb zugleich mit der Pflege und Erhaltung des Ererbten funktionelle Mängel und unbefriedigende Umweltbedingungen zu verbessern. Daraus ergibt sich die Aufgabeneinheit von Erhalten, Verbessern (Modernisieren) und Erneuern als ein Wesensmerkmal der Umgestaltung innerstädtischer Gebiete. Die verfügbare Baukapazität für die Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion und deren geplante Entwicklung sind die Grundlage für die Auswahl und den Umfang der Bereiche, die langfristig erhalten werden können. Realitätssinn und Gestaltanalysen sind Voraussetzung und zugleich Garant dafür, daß jene Geschichts-, Kultur- und Gestaltwerte erhalten werden, die die Individualität einer Stadt bestimmen.

Zusammenfassung

Die Vorbereitung der Entscheidungen über Umfang und Art der zweckmäßigsten Baumaßnahmen in innerstädtischen Gebieten muß von der Komplexität und Vielfalt der Bedingungen am konkreten Standort ausgehen. Diese sind umfassend zu analysieren. Nur so kann der gesellschaftlich und volkswirtschaftlich begründete Baubedarf für das jeweilige Territorium bestimmt werden. Dieser bildet die Voraussetzung für die Entwicklung der erforderlichen Sortimentsstruktur und Produktionsprogramme sowie für die qualitative und quantitative Entwicklung der Baukapazitäten. Für die städtebauliche Planung und Vorbereitung innerstädtischer Bauaufgaben bedeutet diese Erkenntnis, daß jede innerstädtische Bauaufgabe als individuelle Bauaufgabe zu betrachten ist. Die Forderung nach Unverwechselbarkeit der städtebaulich-architektonischen Lösung und die Notwendigkeit, aus ökonomischen Gründen im jeweiligen Territorium verfügbare Baustoffe und Materialien anzuwenden, erhärten diese Feststellung.

Die auf lange Sicht gestellten Anforderungen zur weiteren Senkung des spezifischen Energie- und Materialeinsatzes werden in verstärktem Umfang zur Erhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion der vorhandenen Bausubstanz führen. Dennoch muß infolge des teilweise bereits hohen Verschleißgrades der Bausubstanz in den innerstädtischen Gebieten eingeschätzt werden, daß dort zahlreiche beräumte Flächen entstehen, die neu zu bebauen sein werden. Für diese Baugebietsflächen sind Bebauungs- und Gebäudelösungen zu entwickeln, die sich als eigenständige Gestaltbereiche in ihrer Qualität der städtebaulich-räumlichen und architektonischen Gestaltung gegenüber den vorhandenen historischen Gestaltbereichen behaupten können.

Gesellschaftliche Entwicklung und Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts werden auch künftig den Funktions- und Gestaltwandel unserer Städte erfordern. Dabei wird die Anpassung der innerstädtischen Gebiete und ihrer Bausubstanz an die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse zur Hauptform im Prozeß des Funktions- und Gestaltwandels. Durch die Entwicklung von wissenschaftlichen Grundlagen, Leitbildern und Modellvorstellungen ist für eine planmäßige komplexe Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete unter Beachtung sozialer, ökonomischer, funktioneller und ökologischer Aspekte der notwendige Vorlauf zu schaffen.



16

Literatur

[1] Autorenkollektiv: Erfassung und Auswertung von Erfahrungen aus dem innerstädtischen Wohnungsbau. – Forschungsbericht, BA/DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bearbeiterkollektiv Leitung: Helga Hüller Berlin, November 1984

[2] Kabus, Günther; Hüller, Helga; Rautenberg, Harald; Horniecky, Zdeněk; Fousek, Vladimír: Modernisierung und Umgestaltung. Erfahrungen aus der DDR und der ČSSR.
Modernizace a přestavba. Zkušenosti z NDR a ČSSR.
Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur Berlin. Výskumný ústav výstavba a architektury Praha Berlin–Prag 1984

[3] Autorenkollektiv: Studie zur Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für Strategien zur Umgestaltung innerstädtischer Gebiete. – BA/DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bearbeiterkollektiv Leitung: Günther Kabus, – Berlin, September 1986

[4] Weber, Peter: Stadterneuerung in Österreich. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), Schriftenreihe Nr. 25 Wien 1981

[5] Alternative Erneuerungsstrategien. – dbv – Verlag Graz 1982 – Projektgruppe Assanierung von Stadtgebieten, Projektleiter: Hugo Potyka

[6] Weeber, H.; Weeber, R.; Becher, R.: Nürnberg–Costenhof, Modellvorhaben zur vereinfachten Sanierung. – Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. Nr. 01.075, 1985

[7] Landes- und Bundeswettbewerbe zum Bauen und Wohnen in alter Umgebung. – In: Deutsche Bauzeitschrift ohne Jg. (1985) 5, S. 611

[8] Machowskaja, A. V.: Die Rekonstruktion alter Wohngebiete in großen Städten. – Leningrad 1974

[9] Quartiererneuerung – Beiträge zur Entwicklungsplanung auf Quartierebene. – Berichte zur Orts-, Regional- und Landesplanung Nr. 45, ETH Zürich, März 1983

[10] Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen – Vorbereitung der Investitionen des komplexen Wohnungsbaus – GBl. Teil I Nr. 35, 30. 12. 1985, S. 393

[11] Rolle, H.: Die Lebensdauer von Konstruktionen des Wohnungsbaus – ein Beitrag zu ihrer Ermittlung und zu ihrer Anwendung bei der Vorausbestimmung der Baureparaturen und des Ersatzneubaus – Diss. A., Leipzig 1983, Technische Hochschule Leipzig

[12] Koziolek, H.: Reinhold, O.: Über die schöpferische Arbeit in der politischen Ökonomie bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus in der DDR. – In: Neues Deutschland vom 11. März 1987. – S. 3

[13] Afanas'eva, T. V.: Proektirovanie i stroitel'stvo novyh zilyh zdanij v istoriceskih oentrah gorodov (Projektierung und Bau neuer Wohngebäude in historischen Stadtzentren). In: Zilisnoe stroit. – Moskva 28 (1986) 7 – S. 19

[14] Bericht zur Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. – Berichterstatter: Stoph, Willi. – In: Neues Deutschland vom 20. April 1986. – S. 4

Plädoyer für einen „alten Typ“

Dr. sc. techn. Siegfried Kress
Bauakademie der DDR
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Im sächsischen Raum und insbesondere in Dresden hat sich um die Jahrhundertwende ein Wohngebäudetyp und damit auch eine Wohnform entwickelt, die dort ganzen Stadtteilen das Gepräge gibt. Dabei handelt es sich um einzeln stehende, kompakte mehrgeschossige Häuser, die trotz der Einzelstellung einen hohen Flächennutzungsgrad aufweisen (Abb. 1).

Typisch für diese, im Volksmund als „Kaffeemühlen“ bezeichneten Häuser ist eine große Gebäudetiefe, die dadurch erreicht wird, daß Nebenräume wie Küchen und Bäder und zum Teil auch Schlafräume an den Seitenfronten angeordnet sind und nur die Hauptwohnräume zur Straße, ggf. auch zur Hofseite liegen und so kaum Beschränkungen hinsichtlich Besonnung und Belichtung unterliegen.

Die hervorzuhebenden Qualitäten liegen in der allseitigen Umgrünung, in dem Einzelhauscharakter und vor allem in der Möglichkeit, außenliegende Küchen und Bäder vorzusehen.

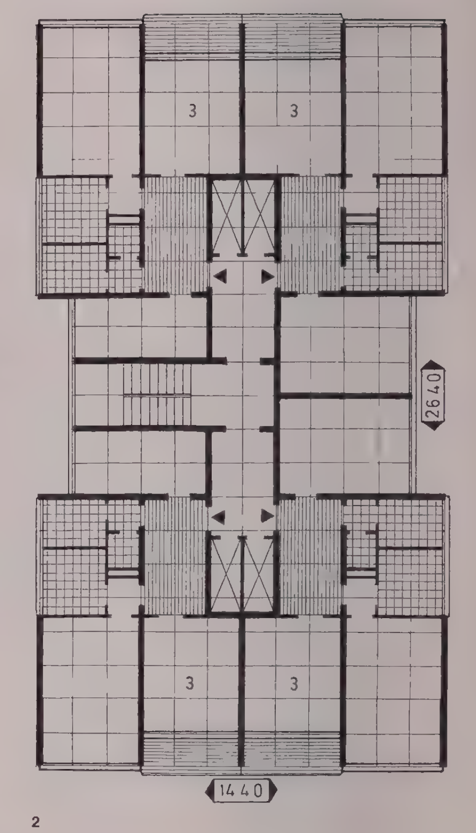
Vom Verfasser ist nun versucht worden, solche positiven Elemente mit den Bedingungen des industriellen Bauens, unseren funktionellen und sozialen Auffassungen und den volkswirtschaftlichen Zielstellungen zu verbinden.

Das führte schließlich zu einigen bemerkenswerten Resultaten, die den Problemkreis der Weiterentwicklung unseres Wohnungsbaus berühren und deshalb im folgenden zur Diskussion gestellt werden.

Unter Verwendung der Deckenspannweiten 2,40, 3,60 und 6,00 m wurde ein „Grundtyp“ entwickelt in Form eines Mehrspänners mit jeweils vier 3-Raum-Wohnungen auf einer Geschoßebene (Abb. 2 und 3). Im Gegensatz zu den Reihungssegmenten sind die Wohnungen paarweise nicht neben, sondern hintereinander angeordnet, so daß die Bezeichnung „Tandemhaus“ gewählt wurde. Bei zweiseitiger Anordnung der Wohnzimmerfenster ist das einzelne Haus im Prinzip frei orientierbar.

Der herausragende Vorteil dieser Gebäudelösung ist die umfassende Möglichkeit, die Wohnungsarten zu variieren. So bilden Wohnzimmer, Küche, Bad und Diele den konstanten Bereich der Wohnung. Das entspricht gleichzeitig der 1-Raum-Wohnung. Schlaf- und Kinderzimmer aber können wahlweise zugeordnet werden. Auf diese Art und Weise können auf dem gleichen Grundriß alle Wohnungsarten von der 1- bis zur 5-Raum-Wohnung berücksichtigt werden. Diese sind auch unterschiedlich miteinander kombinierbar (Abb. 4).

Eine bestimme Wohnungs-Kombination muß aber nicht für das gesamte Haus, d. h. für alle Geschosse festgelegt werden, sondern kann von Geschoß zu Geschoß wechseln. Darüber hinaus kann die Wohnungsstruktur während der Nutzung verändert wer-



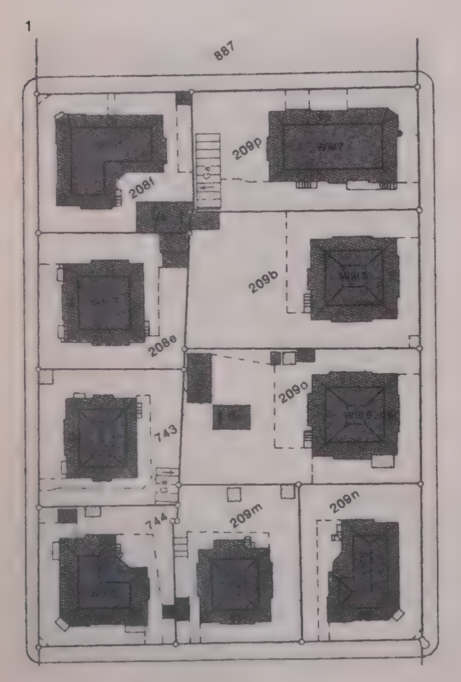
2

1 Ausschnitt aus einem Dresdner Altbaugebiet

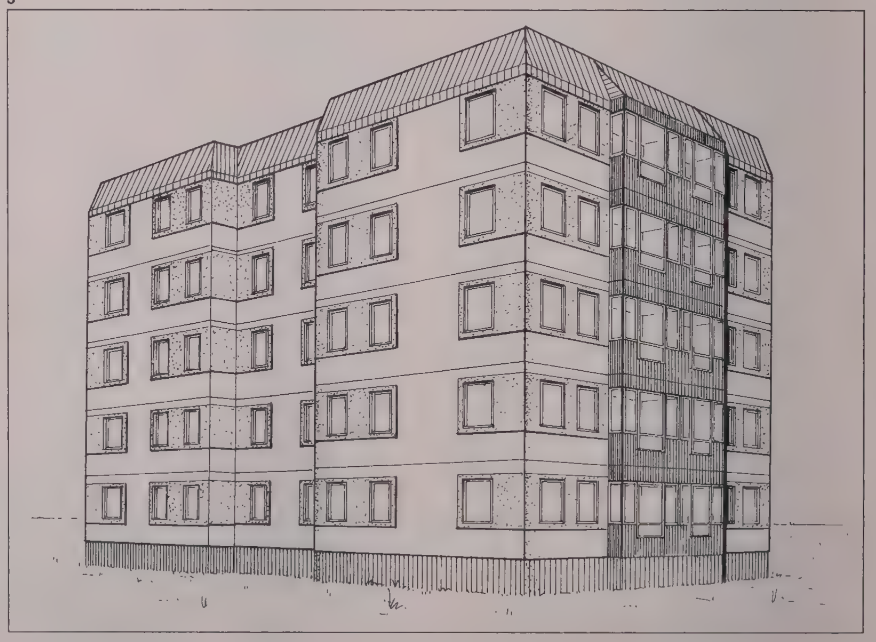
2 Grundrißlösung mit WBS-70-Systemmaßen und Außentreppe 1 : 250

3 Ansicht eines fünfgeschossigen Tandemhauses mit Flachdach

1



3



den, so daß diese Gebäudelösung hinsichtlich der Expandibilität höchsten Anforderungen entspricht. Eine solche wähl- und veränderbare Kombination aller Wohnungsarten bedeutet letztlich eine soziale Qualität, die sonst kaum erreichbar ist. Diese Wohnungsstruktur ist somit besonders geeignet, ältere Bürger in die Wohngemeinschaften einzubeziehen. Die erreichten Ergebnisse in bezug auf die funktionelle Lösung und die erforderliche Grundfläche lassen sich erheblich verbessern, wenn an der Straßenfront anstelle von 2×3,60 m Spannweite eine Aufteilung in 4,20 m und 3,00 m vorgesehen werden könnte. Darüber hinaus ist es dann möglich, die Treppe nach innen zu verlagern und die Außenfront vollständig für Wohnzwecke zu nutzen. Eine solche Weiterentwicklung, wie sie Abb. 5 und 6 zeigen, ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Es werden jeweils zwei Wohnungen von einem Treppenpodest erschlossen. Dadurch sind die beiden Hausteile halbgeschossig gegeneinander versetzt.
- Die Grundfläche kann gegenüber der ursprünglichen Lösung um 10 Prozent verringert werden.
- Die Kombinationsfähigkeit der verschiedenen Wohnungsarten erhöht sich noch weiter (Abb. 7). Dafür ist es zweckmäßig, die Wohnräume im Treppenhaus-Bereich auf eine Ebene zu bringen.

Unter diesen verbesserten Bedingungen wäre es sogar möglich, einen durchschnittlichen Verteilerschlüssel in einem Wohngebäude zu realisieren (Abb. 8).

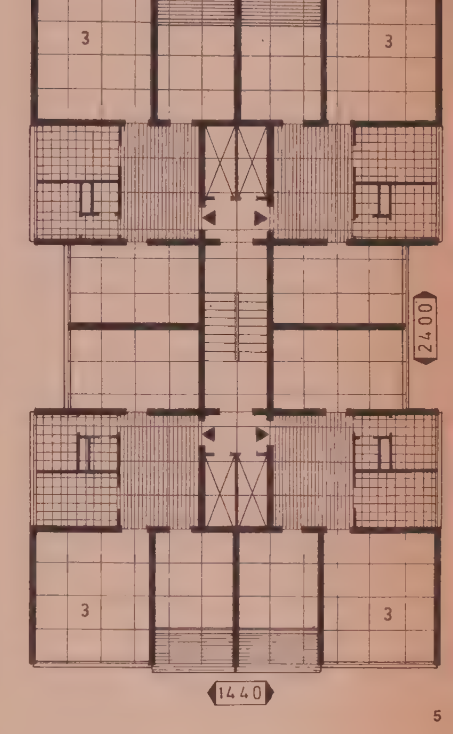
Die einzelnen Wohnungsarten sind in Abb. 10 dargestellt. Der hervorzuhebende Wesenszug sind die an der Außenfront liegenden Küchen und Bäder. Dadurch kann die bei innen liegenden Küchen und Bädern erforderliche Zwangsentlüftung entfallen. Küchen und Bäder sind auf die durchschnittlichen Wohnungsgrößen zugeschnitten. Die Wohnungs- bzw. Raumgrößen entsprechen den gebräuchlichen Ausmaßen. Im einzelnen ergeben sich folgende Flächen:

Wohnzimmer = 18,83 m²
– Schlafzimmer = 13,25 m²
– Kinderzimmer = 9,83 m²
– Küche und Bad = je 6,00 m²
– Diele = 11,54 m²

Die daraus entstehenden Wohnungsgrößen liegen ab 2-Raum-Wohnung im vorgegebenen Limit, und mit zunehmender Raumanzahl wird das Verhältnis immer günstiger (vergl. Tabelle).

Tabelle Vergleich der zulässigen Wohnungsgrößen (Zeile 1) mit den Wohnungsflächen des Tandemhauses (Zeile 2) (in m²)

1-R.-W.	2-R.-W.	3-R.-W.	4-R.-W.	5-R.-W.
39,00	52,00	68,00	84,00	96,00
42,37	52,20	64,45	78,70	88,50



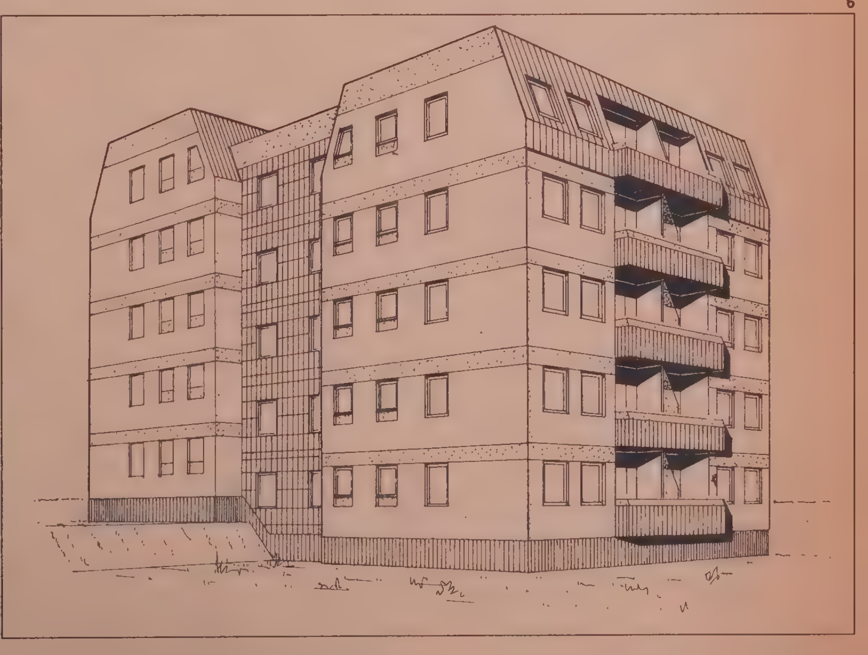
5

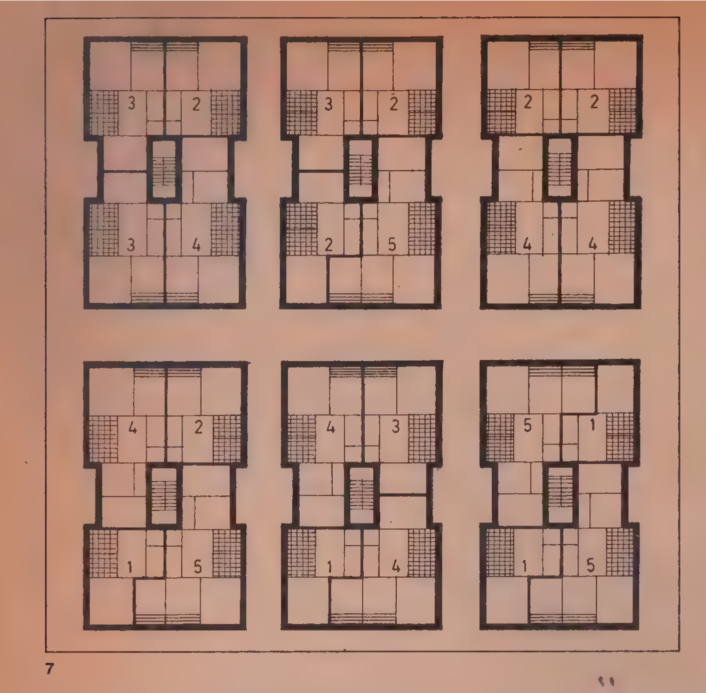
4 Kombinationsmöglichkeiten bei Grundriß mit Außentreppe
5 Normalgeschoß mit Innentreppe. Grundriß 1 : 250
6 Ansicht eines fünfgeschossigen Tandemhauses mit Steildach (halbgeschossig versetzt)

4

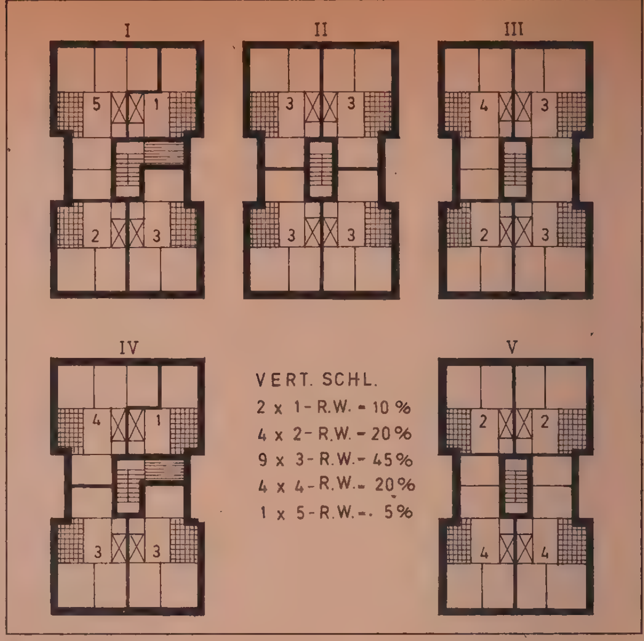


6





7



8

Daraus ist zu entnehmen, daß lediglich die 1-Raum-Wohnung die zulässigen Werte überschreitet. Das erklärt sich aus der bereits erläuterten Grundkonzeption, daß ein für alle Wohnungsarten gleichartiger konstanter Wohnungsteil vorgesehen ist bzw. geplant werden muß. Da aber die 1-Raum-Wohnung stets in Verbindung mit 4- oder 5-Raum-Wohnungen entsteht, kommt es immer zu einem effektiven Ausgleich:

	1-u. 4-R.-W.	1-u. 5-R.-W.
Limitierte Fläche	123,00 m²	135,00 m²
Tandemhaus	121,10 m²	130,90 m²

Neben den genannten Vorzügen treten aber auch Probleme auf, deren Lösung noch der vertiefenden technisch-konstruktiven und ökonomischen Durchdringung bedarf.
So haftet dem Tandemhaus der Nachteil an, der allen einzeln stehenden Gebäuden anhaftet, nämlich der eines erhöhten Außenwand-Flächenanteils. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, inwieweit die bemerkenswerten Material-, Energie- und finanziellen Einsparungen, die durch die entfallenden Zwangsentlüftungen entstehen, diesen zusätzlichen Außenwandanteil kompensieren. Hinzu kommt, daß hier ein Treppenhaus vier Wohnungen je Geschoß erschließt und die eingesparte Verkehrsfläche voll den Wohnungsflächen und damit einer erhöhten Wohnqualität zugute kommt.
Ähnliche Gegenüberstellungen entstehen hinsichtlich der Arbeitsproduktivität. Dem erhöhten Anteil zu montierender Außenwände ist entgegenzuhalten, daß sich die Montagebedingungen selbst erheblich verbessern.
Auf Grund der Tatsache, daß nur die Hauptfronten uneingeschränkt besonnt

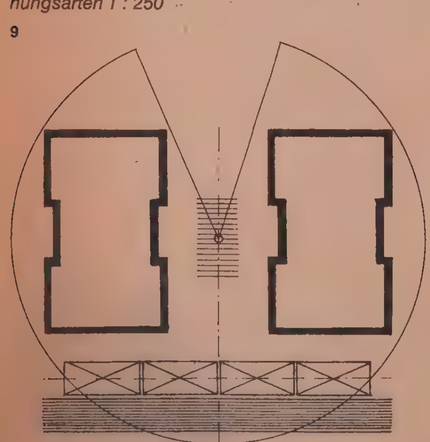
7 Kombinationsmöglichkeiten für die verschiedenen Wohnungsarten bei Innentreppe

8 Beispiel für die geschoßweise Differenzierbarkeit der Wohnungsarten

9 Montageprinzip bei paarweise angeordneten Tandemhäusern

10 Detaillierte Darstellung der einzelnen Wohnungsarten 1 : 250

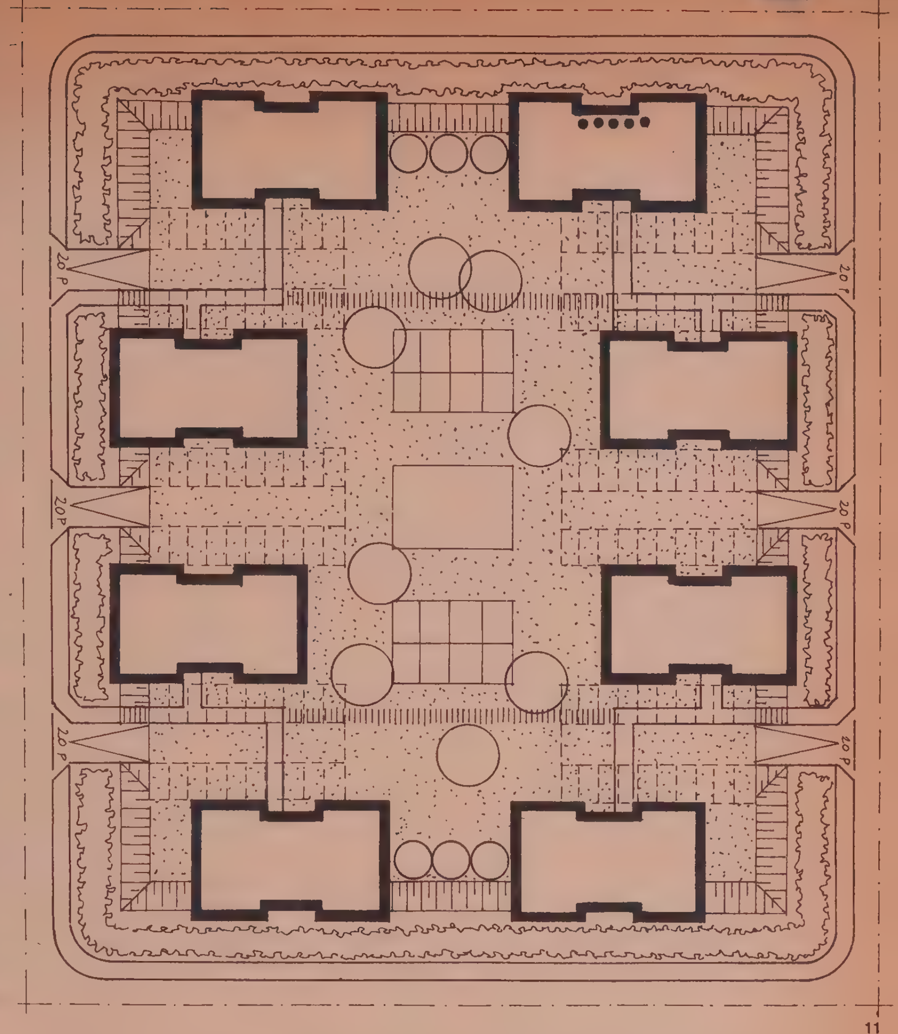
9



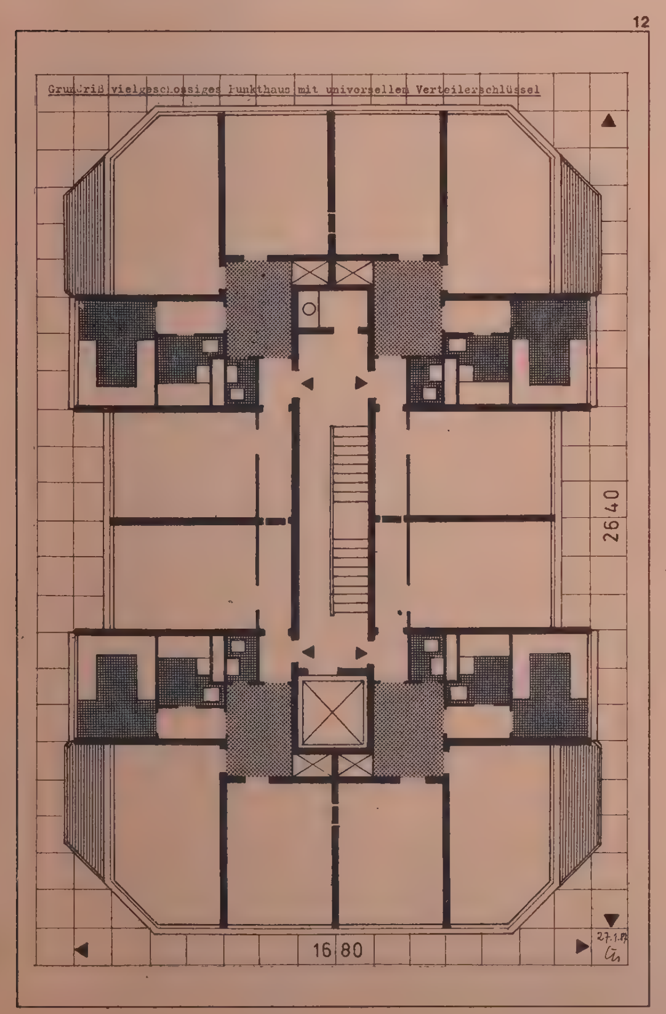
10



und belichtet werden müssen, können die Gebäude bei dementsprechender Lage zur Himmelsrichtung sehr eng aneinandergestellt werden. So ist es ohne weiteres möglich, 12,00 m Gebäudeabstand in Betracht zu ziehen. Unter solchen Bedingungen sind zwei solcher „Tandemhäuser“ durch einen ortsfesten Kran montierbar (Abb. 9).
Dadurch entsteht gegenüber einem vergleichbaren Gebäude aus Reihungssegmenten mit Sicherheit eine bemerkenswerte Aufwandssenkung. So entfällt das Gleisbett und die sonst notwendigen Kranfahrten, die bei einem Vergleichsobjekt entstehen würden. So entsprechen zwei Tandemhäuser vier Normalsegmenten mit einer Gesamtlänge von 52,80 m (2×12,0 m + 2×14,4 m).
Auch in bezug auf seine städtebauliche Wirkungsweise zeigt das Tandemhaus interessante sozial- und städtebaulich-räumliche Lösungsansätze auf (Abb. 11).
Bei diesem Beispiel ist die Überlegung einbezogen worden, den ruhenden Verkehr zwischen den Wohngebäuden anzuordnen, und zwar als Garagenkomplex auf Kellergeschoßhöhe mit begrüntem Dach, der in Eigenleistung der Bewohner errichtet wird. Auf diese Weise sind alle erforderlichen Stellplätze unterzubringen. Dementsprechend wurden die Gebäudeabstände auf 14,40 m vergrößert.
Die damit erreichte Einwohnerdichte



11



12

11 Stadtbauliche Prinziplösung für einen Wohnbereich mit Tandemhäusern

12 Tandemhaus als vielgeschossige kurze Scheibe. Grundriß 1 : 250

entspricht derjenigen von normalen Bebauungskonzeptionen mit Reihungssegmenten in weitgehend geschlossenen Formationen.
Eine konkrete Antwort auf die aufgeworfenen Fragen erscheint nur möglich im Zusammenhang mit einer experimentellen Erprobung. Insofern sind die hier vorgestellten Überlegungen vorrangig konzeptioneller Natur. Eine Feststellung kann jedoch bereits getroffen werden: Das Tandemhaus bildet keine Alternative zu den bewährten Segmentlösungen und den gebräuchlichen Bebauungsformen. Aber aufgrund seiner bemerkenswerten progressiven Aspekte hinsichtlich Wohnqualität, Variabilität des Verteilerschlüssels und seiner Expandibilität sowie zur optimalen Nutzung von Kleinstandorten könnte es eine wertvolle und wichtige Ergänzung unseres Gebäudesortiments werden.
Im Zusammenhang mit Überlegungen zur Weiterentwicklung in Berlin hat sich gezeigt, daß die Konzeption des Tandemhauses auch bei vielgeschossigen Wohngebäuden tragfähig bleibt und in bezug auf den Verteilerschlüssel noch effektiver wird. So könnte auf der Grundlage der QP-Projekte eine kurze Scheibe entwickelt werden, bei der sogar die Sanitärraumzelle angewendet werden kann und bei der die möglichen Balkonloggien durch eine temporäre Verglasung in den Wintermonaten den zusätzlichen Außenwandanteil weitgehend eliminieren (Bild 12).

Impressionen aus Uruguay

Tadeusz Barucki, Warschau



1 Präsidentenpalais in Montevideo



2 Teil des Stadtzentrums

Uruguay, an der Küste des Atlantik zwischen Brasilien und Argentinien gelegen, weist im Gegensatz zu anderen südamerikanischen Ländern keine Fülle baulicher Denkmäler aus der Kolonialzeit auf. Der Grund liegt vor allem darin, daß die koloniale Entwicklung dieses Landes später einsetzte als in den Nachbarstaaten.

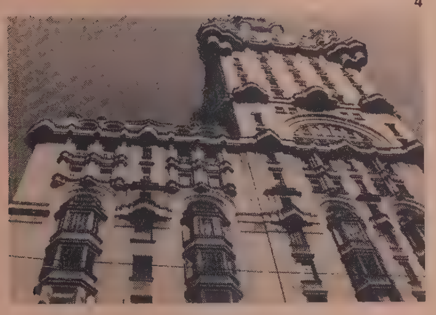
Aus der kolonialen Zeit Uruguays stammt die Stadt Colonia del Sacramento, die an der Mündung des Rio de la Plata liegt und im Jahre 1680 von Portugiesen gegründet wurde, die aus Brasilien kamen. Der zentrale Platz der Altstadt mit der angrenzenden historischen Bebauung ist das wohl typischste Beispiel für die koloniale Architektur Uruguays. Erhalten geblieben sind hier z. B. Teile der alten Stadtmauer mit dem alten Haupttor.

Im Landesinnern weisen auch noch einige Ruinen auf typische koloniale Bauten hin – so Reste der Franziskanerkapelle in Soriano (erbaut 1624) oder der Pfarrkirche in San Carlos (erbaut 1792/1801).

Im Norden Uruguays, an der brasilianischen Grenze, sind aus der Kolonialzeit zwei ehemalige Befestigungsanlagen erhalten – das Fort San Miguel (erbaut 1737, Architekt: J. da Silva Paez) und die Zitadelle Santa Teresa (erbaut 1762/1780, Architekt: J. Gomes de Mello). Eine architektonisch weniger interessante Befestigungsanlage, die Zitadelle Fortaleza del Serro (erbaut

3

4



5



3/4 „Placa Independencia" mit dem Hochhaus „Palacio Salvo" (erbaut 1923)

5 „Casa Torbyo" (erbaut 1803), als Museum der Stadt rekonstruiert

1801/1809, Architekt: J. del Pozo y Marqui), in der Nähe der Hauptstadt Montevideo auf einer Anhöhe gelegen, bietet einen landschaftlich schönen Ausblick auf die Atlantikbucht und die Stadt.
Auch Montevideo selbst hatte früher eine Befestigung, die jedoch in der Zeit, als die Stadt offiziell zur Hauptstadt des Landes wurde (1828), abgerissen wurde. Die Altstadt hat ein typisch rechteckiges Straßennetz mit einem zentralen Platz, an dem sich die Kathedrale (erbaut 1790/1804, umgebaut 1941) und das alte Rathaus Cabildo (erbaut 1804/1808, umgebaut 1867/1869) befinden.
In der folgenden städtebaulichen Ent-



6



7

6 *Das Neue Rathaus Montevideos*

7 *Das „Teatro Solis"*

8 *Pfarrkirche in San Carlos*

9 *Montevideo; Architekturfakultät der Universität*

10 *Kommunale Wohnungssiedlung vom Anfang des 20. Jh. in Montevideo*

11 *Stadtrandsiedlung*

12 *Neubau der Nationalbank*

13 *Die Kleinstadt Collenos*

8



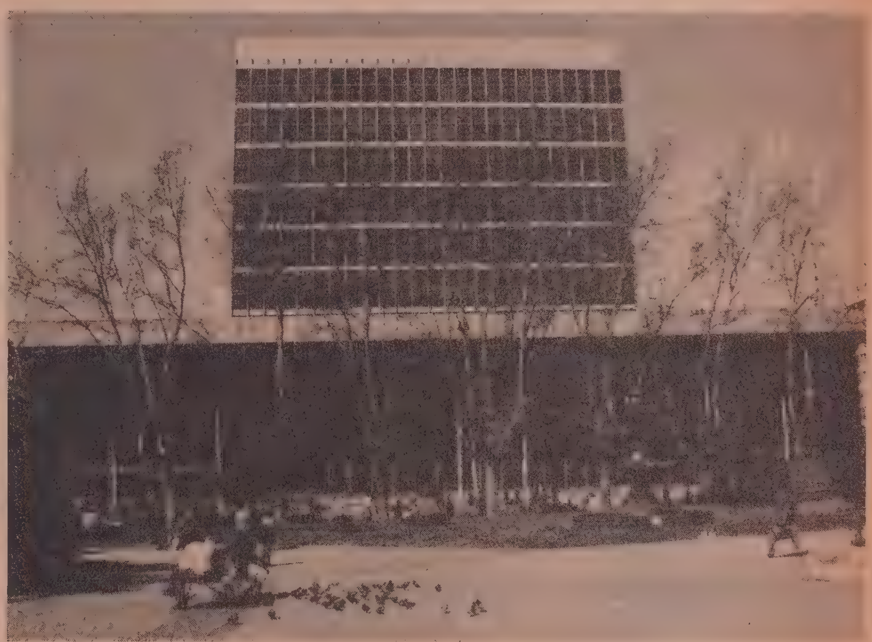
wicklung kam es im Altstadtbereich vielfach zu Ver- und Überbauungen, die den architektonischen Wert dieses Bereichs minderten. In der Gegenwart gibt es Bestrebungen, Teile der Altstadt zu restaurieren und ihnen neue Funktionen im Gefüge der Gesamtstadt zuzuordnen. So wurde das Haus des ehemaligen Stadtarchitekten nach der Rekonstruktion zum Museum der Stadt. Weitere dominierende Gebäude dieses Bereiches sind u. a. das „Teatro Solis" und das Krankenhaus „San José y la Caridad".

Bei der weiteren städtebaulich-architektonischen Entwicklung Montevideos bis ins 20. Jh. wirkten sich stark europäische Einflüsse – insbesondere aus Frankreich, Italien und Spanien – aus. Neohistorische Stile wie Neogotik, Neorenaissance und Neobarock bestimmten vielfach nach europäischem Vorbild die Architektur der Gebäude aus dem 19. Jahrhundert. Beispiele hierfür sind


9


10


11


12

13



u. a. das Italienische Krankenhaus (1885/1890), der heutige Regierungspalast (1878/1880), das Parlamentsgebäude (1908/1920) sowie einige Wohngebäude dieser Zeit. Ein Beispiel auch für die Übernahme eklektizistischer Einflüsse ist das 27geschossige Hochhaus „Palacio Salvo" (1923/1928).
Diese insgesamt beeindruckende städtebauliche Entwicklung Montevideos war Ausdruck eines regen ökonomischen Aufschwungs des Landes, der hauptsächlich auf der intensiven Viehzucht beruhte. Für die bereits mit modernen kapitalistischen Methoden betriebene Viehwirtschaft und deren Vermarktung wurden Anfang des 20. Jh. bei Montevideo ein großer Hafen, Lagerräume und Kühlanlagen errichtet.
Die Stadt hatte sich in dieser Zeit auch weit über die historischen Stadtgrenzen entwickelt. Längs der Hauptstraße „Avenida 18. Julio" entstanden neue Stadtviertel, die vornehmlich aus Wohn-



14 Die Zitadelle von St. Teresa

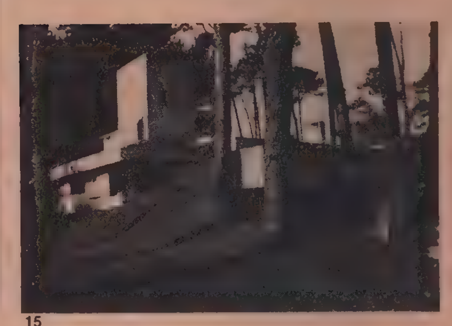
15/16 Sommerhäuser der Oberschicht in Punta del Este

17 Skulpturengruppe „La Carreta“ (entstanden 1929/1934)

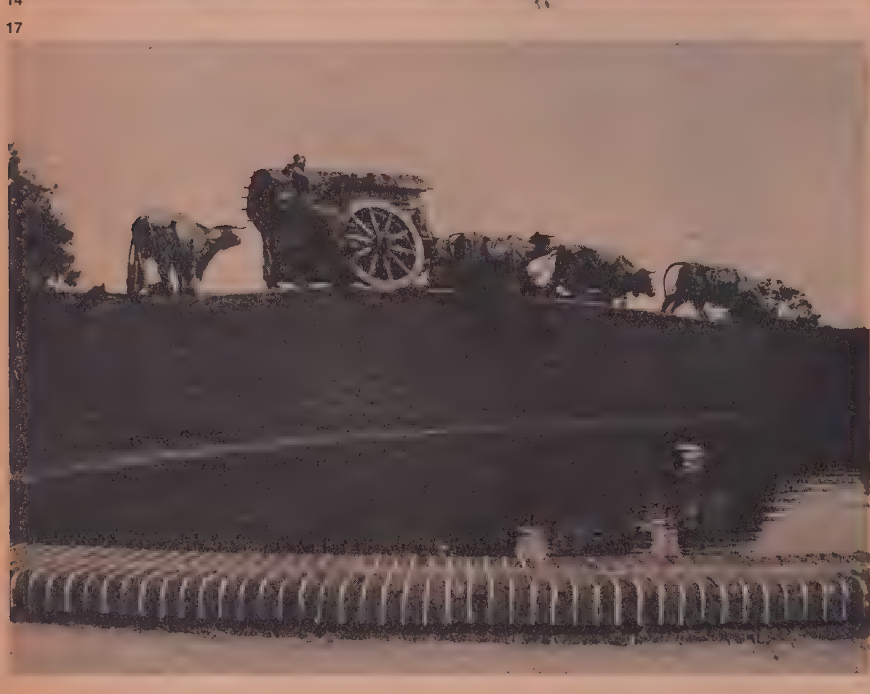
18 Moderne Wohnbauten in Montevideo



14



15



17





16



18

gebäuden bestehen, die zumeist wenig architektonisches Interesse beanspruchen.

Die etwa ab 1930 einsetzende „moderne“ Architekturepoche Uruguays (bzw. Montevideos) ließ das Land in Südamerika einen Spitzenplatz einnehmen. Beispiele dafür sind das neue Rathaus (1930), und die Ingenieurfakultät der Universität.

Von den 40er Jahren an bestimmten Tendenzen des Modernismus die Architektur des Landes. Deutlich ablesbar ist das am Gebäude der Architekturfakultät der Universität (1946) und an dem Neubau eines Elektrizitätswerkes (1947). Die Skala architektonischer Erscheinungsformen im gegenwärtigen Uruguay ist sehr breit. Sie reicht von der Rückbesinnung auf die spanische Kolonialzeit über den Neohistorismus bis zum Stil á la Le Corbusier. In den Sommerresidenzen an der Atlantikküste – so in Punta Ballena oder Punta del Este – den „Zufluchtstätten“ der Oberschicht des Landes, hängt die Gebäudegestalt von Geschmack und Vermögen der Hauseigentümer ab.

Eine nationale Identität ist auch bei gewichtigen Neubauten in der Hauptstadt kaum auszumachen, wenn man Neubauten wie die Nationalbank oder den neuen Präsidentenpalast betrachtet.

Ausdruck nationaler Identität ist eher die in der Blütezeit der Stadtentwicklung entstandene bekannte Skulpturengruppe „La Carreta“ (1929/1934, J. Belloru).

Ressourcenpotenz von Wohngebäuden und Wohngebieten

Doz. Dr. sc. Wolfgang Lange, Berlin

Die intensive Reproduktion der Wohnungsbausubstanz erfordert es, der möglichen und tatsächlichen Nutzung und Wirkung des vorhandenen Bestandes neben der Zustandsentwicklung größte Aufmerksamkeit zu schenken.
Es bietet sich an, analog zur Ressourcenpotenz von Arbeitsmitteln, die in [1] als mögliche Wirkungsfähigkeit eines Arbeitsmittels definiert ist, die Ressourcenpotenz von Wohngebäuden zu ermitteln. Wohngebäude sind zwar keine Arbeitsmittel, dienen aber ebenso der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Deshalb erscheint der Versuch der Ermittlung ihrer Ressourcenpotenz gerechtfertigt.

Inhalt der Ressourcenpotenz

In [2] werden als konstituierende Bestandteile das
- ökonomische
- soziale
- ökologische

Potential aufgeführt.
Im einzelnen werden bestimmt
- das ökonomische Potential als Verhältnis der „auf die Zeiteinheit der gesellschaftlichen Arbeitsaufwände entfallenden Gebrauchswerteinheiten" [3]
- das soziale Potential als die Auswirkungen auf die Menschen, die die Ressource nutzen
- das ökologische Potential durch die von der Ressource auf die Umwelt ausgehenden Wirkungen.

Bestimmung des ökonomischen Potentials eines Wohngebäudes

Das ökonomische Potential wird bestimmt durch
- den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Herstellung und Nutzung
- das Leistungsvermögen
- die Nutzungsdauer
- die Substitution anderer Arten gesellschaftlicher Arbeit.

Entscheidende Bestandteile des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes sind der
- Aufwand für den Grundstückserwerb
- F/E-Aufwand
- Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit für die Errichtung des Wohngebäudes
- laufende Aufwand für die Nutzung des Wohngebäudes, wobei insbesondere der Aufwand für die Beheizung sowie Instandhaltung und Instandsetzung hervorzuheben ist.

Die zahlenmäßige Darstellung des einmaligen und laufenden Aufwandes kann mit Hilfe der sog. Aufwandskennziffer /4/ erfolgen.

Sie wird wie folgt ermittelt:

$$Aw_e = \sum_{j=1}^{n} Ae_j \cdot f_A^{n-t+1} + \sum_{j=1}^{n} K_{Bj} \cdot f_A^{n-t}$$

$$K_{Bj} = K_m + K_L \cdot f_K$$

Hierbei sind
- Aw_e Aufwand am Ende der Nutzungsdauer
- Ae_j einmaliger Aufwand des j-ten Jahres
- K_{Bj} Betriebskosten des j-ten Jahres
- K_M Materialkosten
- K_L Lohnkosten
- f_A Akkumulationskosten
- f_K Konsumtionsfaktor
- n Nutzungsdauer
- t Jahr der Verausgabung

Weiterhin muß bei der Herstellung der Aufwand an Arbeitszeit und Material, insbesondere Stahl und Zement, exakt ausgewiesen werden. Zur besseren Veranschaulichung müssen wesentliche Aufwandsangaben auch auf konkrete Nutzungseinheiten, also WE und m² Wohnfläche, bezogen werden.

Das Leistungsvermögen eines Wohngebäudes kann zunächst charakterisiert werden durch die Anzahl
- der Personen, denen es entsprechend dem Normativ die benötigte Wohnfläche bietet
- der Haushalte, denen es entsprechend Normativ und konstruktiver Lösung die ihnen gemäßen Wohnungen bietet.

Weiterhin sind hierunter zu fassen
- die Ausstattung der einzelnen Wohnungen und des Wohngebäudes mit Heizungs-, Sanitär-, Elektro- und anderen Installationen sowie die Leistungsfähigkeit und Funktionssicherheit dieser Ausstattungen,
- die Qualität des Wohngebäudes und der Wohnungen und damit Inhalt und Umfang von Schäden und Ausfällen.

Die Nutzungsdauer ist von der Baukonstruktion und der Qualität der Bauausführung abhängig. Sorgfältige Wartung und Pflege sowie planmäßige und wirksame Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen können die Nutzungsdauer verlängern. Eine Grenze ist in der Regel gegeben, wenn der Erhaltungsaufwand den Aufwand für den Neubau übersteigt. Wohnungen und Wohngebäude substituieren mit seltenen Ausnahmen keine anderen Bauwerke. Als Ausnahmefall wäre der Umzug von Heimbewohnern in normale Wohnungen zu nennen. Der Substitutionseffekt ist aber auch beim Ersatz verschlissener Wohngebäude durch neue Objekte zu beachten.

Bestimmung des sozialen Potentials

Das soziale Potential eines Wohngebäudes ist daran zu messen, wie es Möglichkeiten zur Erfüllung der Lebensbedürfnisse, zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten schafft. dies wird beeinflußt durch
- die Wohnungsgröße, Zimmeranzahl und -fläche
- die Ausstattung der Wohnungen und deren Wirkung auf die Erleichterung der Hausarbeit.

Die Wirksamkeit des sozialen Potentials kann eingeschätzt werden über das Zufriedensein mit der Wohnung, dem Wohlfühlen in der Wohnung. Zur Einschätzung seiner Wirksamkeit sind vor allem soziologische Untersuchungen notwendig.

Bestimmung des ökologischen Potentials

Vom Wohngebäude sollten keine negativen Wirkungen auf die Umwelt und seine Bewohner ausgehen. Das heißt, die Ableitung von Abwasser und die Beseitigung von Abfällen muß effektiv funktionieren. Schall- und Wärmedämmung sowie Besonnung müssen den Normativen entsprechen.

Ressourcenpotenz eines Wohngebietes

Da Wohngebäude in der Regel Bestandteil eines Wohngebietes sind und die Möglichkeiten und Bedingungen ihrer Nutzung im Zusammenhang mit dem Wohngebiet zu sehen sind, ist es erforderlich, auch die Ressourcenpotenz von Wohngebieten zu bestimmen.
Sie kann nicht nur eine einfache Addition der Ressourcenpotenz der Wohngebäude, sondern eine umfassendere Größe sein.

Zunächst zur Bestimmung des ökonomischen Potentials:
Es ist der gesellschaftliche Arbeitsaufwand zur Errichtung und Nutzung aller Wohngebäude und sonstigen Bauwerke der sozialen und technischen Infrastruktur des Wohngebietes in die Ermittlung einzubeziehen. Das Leistungsvermögen des Wohngebietes wird durch
- die Zahl der Einwohner und Haushalte/Flächeneinheit
- die Kapazitäten in Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen (Handel, Schulen, Kindereinrichtungen, Gesundheitswesen)/1000 Einwohner
- die Kapazitäten der Verkehrseinrichtungen
- die Erholungskapazitäten
- die Kapazitäten der Stadttechnik

bestimmt. Das Leistungsvermögen wird also durch eine große Anzahl von Kennziffern beschrieben.
Eine zusammenfassende Beurteilung ist nur über die Einhaltung der entsprechenden Normative möglich, ebenso über die Aufwandskennziffer. Ausgehend von den Angaben zur Nutzungsdauer der einzelnen Bauwerke eines Wohngebietes läßt sich seine Nutzungsdauer ermitteln. Dies ist jedoch nur eine statistische Größe. Wesentlich ist die Kenntnis der durchschnittlichen Nutzungsdauer der einzelnen Bauwerkskategorien des Wohngebietes, also der Wohngebäude, der Gebäude für kulturelle und soziale Zwecke, der Netze und Anlagen der Stadttechnik.
Die Betrachtung von Substitutionswirkungen wird nur bei der Umgestaltung von Wohngebieten notwendig.
Das soziale Potential eines Wohngebietes wird in erheblichem Maße durch das Leistungsvermögen und die tatsächlichen Leistungen der sozialen und technischen Infrastruktur bestimmt. Hinzu kommen aber auch solche Faktoren wie
- Wirksamkeit der gesellschaftlichen Organisationen und Qualität des gesellschaftlichen Lebens
- Reichhaltigkeit der sozialen Kontakte und Beziehungen
- mögliche Vielfalt der kulturellen und sportlichen Aktivitäten
- Wege-Zeit-Relationen.

Das ökologische Potential eines Wohngebietes wird bestimmt durch die Wirksamkeit der Einrichtungen und Maßnahmen des Umweltschutzes, also
- Schutz vor Lärm und Verunreinigung der Luft
- Schutz der Gewässer und des Bodens vor Verunreinigung
- Erhaltung des Baum- und Pflanzenbestandes
- schnelle und wirksame Abführung von Abwässern und Abfällen.

Die Messung bzw. Einschätzung der Wirksamkeit des ökologischen Potentials erfolgt über
- die Ermittlung der Kapazitäten entsprechender Einrichtungen (z. B. Abwasserleitung)
- die Ermittlung des Standes der Umweltbelastung

Arbeit mit der Kennziffer Ressourcenpotenz

Die Ressourcenpotenz kann nicht durch eine einzelne Kennziffer ausgedrückt werden. Dies gilt nicht einmal für ihre Hauptbestandteile, die ökonomische, soziale und ökologische Potenz. Eine große Anzahl verschiedenartiger Kennziffern sind zur Darstellung der Ressourcenpotenz notwendig. Damit wird aber eine komplexe Einschätzung der „Ressource" Wohngebäude und/oder Wohngebiet möglich.
Eine Zusammenfassung von Einzelangaben kann dann erfolgen, wenn Normative vorliegen. Sie ist weiterhin über die Anwendung von Bewertungsverfahren möglich. Die erfordert, den einzelnen Bestandteilen der Ressourcenpotenz Gewichte zuzuordnen und über die Zusammenfassung der Einzelwerte dann einen gewogenen Durchschnitt zu ermitteln. Auf dieser Basis wird es dann möglich, verschiedene Wohngebiete hinsichtlich ihrer Ressourcenpotenz zu vergleichen. Es muß jedoch gesichert werden, daß die Gewichtung einheitlich und mit hoher Objektivität erfolgt. Einzelheiten sind in [5] zu finden.
Mit der Kennziffer Ressourcenpotenz kann im gesamten Prozeß der städtebaulichen Planung gearbeitet werden. Die im Rahmen der Substanz- und Funktionsanalyse [6] gewonnenen Kenntnisse können durch die Ermittlung der Ressourcenpotenz und ihrer Bestandteile bereichert werden; gleichzeitig wird eine zusammenfassende Wertung möglich.
In den Planungsphasen kann die Ressourcenpotenz als Meßgröße zur komplexen Widerspiegelung des Niveaus des Wohngebäudes/Wohngebietes sowie als zusammengefaßte Orientierungsgröße für das zu erreichende Niveau genutzt werden.

Literaturverzeichnis

[1] Matterne, K.; Tannhäuser, S. — Die Grundmittelwirtschaft in der sozialistischen Industrie der DDR. 3. überarbeitete Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1982, S. 55

[2] a. a. O. — S. 55

[3] a. a. O. — S. 56

[4] Autorenkollektiv — Effektivität im Betrieb Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1981, S. 123

[5] Haustein, H.-D.; Hartmann, W.-D. — Verfahren der ökonomischen Bewertung. Verlag Die Wirtschaft Berlin, 1975

[6] Autorenkollektiv (U. Lammert) — Städtebau Grundsätze · Methoden · Beispiele · Richtwerte VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1979, S. 187

Stadt und Verkehr – Einsichten und Absichten

Dr.-Ing. Fritz Kabus, Büro für Verkehrsplanung des Bezirkes Cottbus
Dr. sc. techn. Hermann H. Saitz, Büro für Verkehrsplanung der Stadt Erfurt
Dr. oec. Dipl.-Ing. Erhard Socke, Büro für Stadtverkehr Dresden

Vielfalt und Intensität des städtischen Lebens werden in erster Linie durch Kommunikation geprägt. Sie ist ihrem Wesen nach erst durch Standortwechsel möglich. Die räumliche Verteilung städtischer Funktionen, also die differenzierte Flächennutzung, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die daraus resultierenden produktiven und konsumtiven Wechselbeziehungen sind undenkbar ohne die Ortsveränderungen von Personen und Gütern. Auf diese Weise besteht ohne Zweifel ein untrennbarer Zusammenhang zwischen dem Stadtorganismus und dem zu ihm gehörenden Verkehrsgeschehen.
Dieser Kohärenz sollte also durch ein enges Miteinander von Städtebauern und Verkehrsplanern Rechnung getragen werden.
Über die Grundsätze und Ziele der Verkehrsplanung sollte daher zwischen diesen Planungspartnern zunächst in der Theorie weitgehend Einigkeit herrschen, damit sie sie dann in ihrer Tätigkeit gleicherweise beachten und allen Entscheidungsträgern gegenüber gemeinsam und ohne Vorbehalte vertreten können. Ein solches Herangehen an die Stadtentwicklung liegt im Interesse der Bewohner der Stadt und entspricht unserem sozialistischen Planungsverständnis.

Mitunter wird dieser Konsens in der Planungspraxis aus dem Auge verloren, da es nicht immer gelingt, daß beide Partner sich an den ihren fachspezifischen Vorstellungen und Wünschen übergeordneten gesellschaftlichen Zielen orientieren. Um es einmal überspitzt zu formulieren:

Einige Städtebauer scheinen im Verkehrsplaner einen ziemlich suspekten Spezialisten zu sehen, der für „seinen" Verkehr bedenkenlos bereit ist, städtebaulich-räumliche Strukturen zu opfern, das Stadterlebnis zu stören und das städtische Leben einzuengen.
Das entspricht freilich keineswegs den Tatsachen.
Die Verfasser wollen mit diesen Ausführungen das Verständnis des Städtebauers für verkehrsplanerische Ziele und seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit vertiefen. Sie möchten zugleich zeigen, wo Ansätze weiterverfolgt werden sollten, um den Stadtverkehr gemeinsam derart zu gestalten, daß er weder durch eine unzureichende Leistungsfähigkeit noch beispielsweise durch seine auch negativen Wirkungen auf die Umwelt zum Hemmnis städtischen Lebens wird.
Der Beitrag setzt sich dabei auch mit Auffassungen auseinander, die in jüngster Zeit in der Zeitschrift „Architektur der DDR" geäußert wurden (so u. a. Vogler im Heft 10/86). Er ist darüber hinaus als Wortmeldung für das in Vorbereitung befindliche „5. Symposium Stadtverkehr" gedacht.
Die Breite und Komplexität der hier behandelten Thematik zwingt zu einer knappen, einer thesenhaften Form.

☐ Verkehr entsteht nicht als Selbstzweck, er ist eine stadtstrukturell und sozial determinierte Erscheinung. Oder anders: Verkehr erwächst aus dem Erfordernis, die Bedürfnisse in bestimmten Funktionsbereichen (des Wohnens, Arbeitens, Bildens, Erholens, Besorgens) zu befriedigen, die ihrerseits räumlich differenziert lokalisiert sind. Ortsveränderungen sind immer dann erforderlich, wenn ein Mensch von einem Funktionsbereich (Quellort der Ortsveränderung) zu einem anderen (Zielort) wechseln muß. Damit wird deutlich, daß es einen außerordentlich engen Zusammenhang zwischen der Stadtstruktur, den Lebensgewohnheiten der Menschen und dem Verkehrsgeschehen gibt. Will man letzteres beeinflussen, so muß man unbedingt auch auf die Stadtstruktur und Lebensgewohnheiten einwirken. Das ist ein Anspruch vor allem an die Verkehrsplaner und die Städtebauer, der die Zusammenarbeit (auch mit anderen Bereichen) erfordert. Wir Verkehrsplaner sehen gerade auf diesem Feld die auf lange Sicht wirkungsvollsten Möglichkeiten, Verkehr zu reduzieren und die Verkehrsverteilung auf für den Stadtorganismus günstigen Wegen zu leiten.

☐ Die Mobilität der Stadtbewohner als Ausdruck der Häufigkeit ihrer Ortsveränderungen ist von einer Vielzahl Faktoren abhängig, so von den gesellschaftlichen Verhältnissen, sozialen und demographischen Merkmalen der Bevölkerung, stadt- und verkehrsstrukturellen Gegebenheiten und natürlichen Bedingungen. Seit Beginn der siebziger Jahre laufen in der DDR auch international sehr beachtete verkehrssoziologische Erhebungen nach dem „System repräsentativer Verkehrsbefragungen" (SrV). Mit den Ergebnissen der Erhebungen von 1972 (16 Städte), 1977 und 1982 (jeweils 30 Städte) verfügen wir über umfangreiche Kenntnisse grundlegender Zusammenhänge der Verkehrsentwicklung in den Städten. Die oben bereits erwähnte Ursache – Wirkung – Komplex (Stadtstruktur/Lebensgewohnheiten/Verkehrsgeschehen) kann damit auch als quantitativ hinreichend fundamentiert angesehen werden.
Einen wesentlichen Einfluß auf die Mobilität haben – und das zeigten die erwähnten Verkehrsbefragungen – die stadt- und verkehrsstrukturellen Bedingungen und die Verfügbarkeit über ein Kfz, besonders jedoch über einen PKW. (Vgl. Tabelle.)

Mittleres spezifisches Verkehrsaufkommen nach SrV (Ortsveränderungen je Einwohner und Tag)

Art des Verkehrsaufkommens	1972	1977	1982	1987
Ortsveränderungen gesamt	2,35	2,72	2,98	3,14[1)]
davon Fahrten	1,27	1,53	1,69	1,82[2)]
darunter ÖPNV	0,63	0,78	0,81	
darunter indiv. Kfz	0,38	0,50	0,59	
darunter Fahrrad	0,26	0,25	0,29	
davon Fußwege	1,08	1,19	1,29	1,32[2)]

1) Schätzwert nach Voigt, W. 2) Schätzwert nach Saitz, H. H.

Bei einer Zunahme der Gesamtmobilität von 1972 bis 1982 um 26 % stieg das Fahrtenaufkommen mit individuellen Kfz um 55 % (bei einer Verdopplung des Bestandes dieser Kfz im gleichen Zeitraum). Der Zuwachs in der Mobilität scheint abzuklingen. Aussagen darüber wird der in diesem Jahr vielerorts erneut stattfindende 4. Durchgang des SrV erbringen. Insgesamt kann man feststellen, daß die Mobilität eine nach Maß und Ziel bekannte Realität des städtischen Lebens ist, auf die sich die Verkehrsplanung der DDR wesentlich abstützt. Sie hat damit eine sozial determinierte Qualität gewonnen, die sich von der mechanistischen Auffassung früherer Jahre deutlich abhebt.

☐ Es ist notwendig, auf die Mobilität und das Verkehrsverhalten der Einwohner einzuwirken. Aus den repräsentativen Verkehrsbefragungen ist der Einfluß der stadt- und verkehrsstrukturellen Faktoren nachgewiesen. Ein bewußtes Einwirken auf den Stadtverkehr schließt also auch den stadtstrukturellen Aspekt mit ein und hat das Ziel, Fahrthäufigkeiten und Fahrtweiten zu reduzieren sowie in der Verkehrsmittelwahl die PKW-Benutzung einzudämmen. Aus verkehrlicher Sicht reicht hierfür die theoretisierende Absichtserklärung nicht aus, die Stadtbewohner reagieren vielmehr nur auf reale, für sie vorteilhafte Strukturen. In dieser Richtung ist ein relativer Abschluß des extensiven Wohnungsbaus in den Randlagen zu begrüßen. Warnen muß man davor, bei der Umgestaltung der Innenstädte vorhandene Mischstruktur planerisch aufzugeben oder die Zentren im Interesse ihrer „Attraktivität" mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur zu überlasten.
Gesamtstädtisch bedeutsame Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen sind im Einzugsbereich von Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) anzuordnen. Dort sollte auch die Bebauungs- und Funktionsdichte besonders hoch sein.
Dies sind nur einige Ansätze, die die Städtebauer nutzen müssen, um grundlegende Voraussetzungen für eine Lösung verkehrlicher Probleme zu schaffen.
Die Verfasser sind überzeugt, daß die vielfältigen Möglichkeiten, bewußt über die Flächennutzungsplanung und über die räumliche Verteilung städtischer Funktionen auf den „Verkehrsaufwand" einer Stadt Einfluß zu nehmen, bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Das entscheidende Kriterium ist u. E. bei jeder städtebaulichen Lösung, ob es gelungen ist, die Funktionsbereiche so einander zuzuordnen und zu gestalten, daß sie für die Bewohner der Stadt möglichst verkehrsarm genutzt werden können.

☐ Den tiefgreifendsten Einfluß auf den Stadtverkehr hat zweifellos die individuelle Motorisierung und dabei in erster Linie die Entwicklung des PKW-Bestandes. Es wird wohl keinen verantwortungsbewußten Verkehrsplaner geben, der die stetige Zunahme der individuellen Motorisierung ohne Einschränkung und freudig begrüßt. Erschreckende Zustände in einigen Städten des westlichen Auslandes mit extrem hoher Motorisierung und die in der DDR gesammelten Erfahrungen mit einer zunehmenden Belastung durch Verkehrslärm und Abgase, mit dem Unfallgeschehen u. a. m. sind eine unüberhörbare Aufforderung, alles zu tun, um eine uneingeschränkte Nutzung des Autos zu vermeiden und die Folgen der Motorisierung in gesamtgesellschaftlich vertretbaren Grenzen zu halten. Das strategische Ziel der Verkehrsplaner unseres Landes ist: Die Menschen brauchen keine verkehrsgerechte Stadt, sondern einen stadtgerechten Verkehr.
Was die Motorisierung betrifft, so ist eine weitere stetige Zunahme des Bestandes an individuellen Kfz zweifelsfrei zu erwarten. Sie wird je nach dem Umfang der Zuführung von Fahrzeugen früher oder später einem Wert zustreben, der für die DDR um 300 PKW/1000 Einwohner liegen könnte. Mitunter geäußerte Vermutungen, daß dieser Motorisierungsgrad für unsere Bedingungen zu hoch angesetzt sei, können nicht akzeptiert werden. Man muß sich nur vor Augen halten, daß dieser Sättigungsgrad aus dem Faktum entspringt, daß jeder Haushalt im Prinzip das Recht auf einen PKW hat und es kein Regulativ geben kann, einem Teil der Haushalte den PKW-Besitz zu verwehren.
Freilich wird auch künftig ein Teil der Haushalte keinen PKW haben können oder wollen (z. B. weil die Voraussetzungen für das Führen eines Kfz nicht gegeben sind). Das wird jedoch mit Sicherheit durch bereits heute anzutreffende Haushalte mit mehreren Fahrzeugen ausgeglichen werden. Wir werden also diesem im internationalen Vergleich noch nicht einmal sehr hohen Wert entgegengehen und keiner Illusion. Er ist im übrigen als Planungsgröße gesetzlich fixiert.

☐ Es ist theoretisch und praktisch erwiesen, daß eine völlig freizügige Benutzung des PKW im Stadium der „Vollmotorisierung" nicht möglich ist, ohne unerhörte Aufwendungen für die Verkehrsinfrastruktur mit großem Flächenbedarf zu betreiben und das Leben in den Städten durch verschiedene negative Auswirkungen des Straßenverkehrs erheblich zu beeinträchtigen (Lärm, Abgase, Unfallrisiko, Trennwirkung, Minderung des Erlebniswertes städtischer Bereiche u. a. m.). Verkehrsplanung war in der DDR niemals eine „PKW-Verkehrsplanung", sondern sie war stets allen Verkehrsarten verpflichtet, d. h. dem Fußgängerverkehr, dem Radverkehr, dem ÖPNV, dem Verkehr mit individuellen Kfz und schließlich dem Verkehr mit Nutzfahrzeugen aller Art (Fahrzeuge für den Gütertransport, die Versorgung, Entsorgung und Betreuung bis hin zur Feuerwehr).
In den Anfängen der Verkehrsplanung gab es durchaus Erscheinungen einer zu eng auf den Straßenverkehr bezogenen Herangehensweise, verbunden mit einer unbewerteten Hochrechnung von Verkehrsdaten. Bereits mit den ersten Ergebnissen der erwähnten Verkehrsbefragungen wurde die Notwendigkeit erkannt, das künftige Verkehrsgeschehen aus den konkreten Verhaltensweisen und Bedingungen der Stadtbewohner abzuleiten und dabei alle Verkehrsarten komplex im Sinne einer integrierten Verkehrsplanung zu betrachten. Die Ergebnisse der Verkehrsbefragungen lieferten dafür gleichzeitig die Datenbasis.
Der Verkehrsplaner ist in der Lage, mit Hilfe mathematischer Verfahren Verkehr zu prognostizieren, die Wirkungen von Maßnahmen theoretisch zu erproben, so z. B. die verkehrlichen Wirkungen von Veränderungen der Stadtstruktur oder des Verkehrssystems und – was besonders wichtig ist – auch die Wirkung von Restriktionen oder Intensivierungsmaßnahmen. Mit dem Instrumentarium der Verkehrsplaner der DDR wird heute nicht passiv ein durch die Kfz-Entwicklung diktierter Bedarf reflektiert, sondern wird ausgehend von den Lebensbedürfnissen der Menschen aktiv auf die Gestaltung des Verkehrsgeschehens Einfluß genommen, wobei soziale und ökologische Aspekte besonderes Gewicht erlangen. So betrachtet, ist Verkehrsplanung heute keine bloße „Bemessung" von Ver-

kehrsanlagen, sondern eine auf Kooperation eingestellte, kreative Angelegenheit.
Der Verkehrsplaner ist dank der gründlichen Kenntnisse der Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen des Verkehrs und der mathematischen Fundierung seiner Beweisführung freilich dem Prinzip von Maß und Zahl verpflichtet. Insofern fällt es ihm mitunter schwer, unscharfe Begründungen in der Beurteilung seiner Planung durch den Städtebauer zu folgen.

☐ Verkehrsplanung ist keine rein naturwissenschaftlich-technische Diziplin; sie hat enge Beziehungen zu den Gesellschaftswissenschaften. Verkehrsplanerische Grundsätze, Ziele, Methoden und Lösungsvorstellungen unterliegen damit durchaus einem Wandel in Abhängigkeit von ökonomischen und sozialen Verhältnissen, dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte. Es besteht die Pflicht für jeden Planer, sich immer wieder neu an der sich weiterentwickelnden gesellschaftlichen Realität zu orientieren und vom Leben zu lernen. Erinnert sei hier z. B. an das von allem bis dahin Bekannten abweichende Verkehrsverhalten der Einwohner großer peripherer Neubaugebiete, für die eine Theorie im Prozeß ihres Entstehens neu zu entwickeln war. Es wäre somit falsch, wollte man vom Verkehrsplaner über lange Zeiträume unverändert gültige detaillierte Vorstellungen erwarten. Notwendig ist es jedoch, eine möglichst hohe Kontinuität in der Herausbildung der langlebigen Makrostrukturen anzustreben, in die sich kurzlebigere Mikrostrukturen flexibel und differenziert einpassen lassen.
In einer ganzen Reihe von Städten der DDR wurden mit dieser Auffassung respektable Ergebnisse erzielt. Man denke nur an die Straßenbahnsysteme von Erfurt, Cottbus und Schwerin oder die Straßensysteme in Magdeburg, Erfurt und Rostock, die in die jeweilige Stadt integriert wurden und sich als relativ zukunftssichere Infrastrukturen erweisen. Zu ihrer Entstehungszeit mitunter heiß umstritten und mit z. T. halbherzigen Kompromissen bedacht, sind sie heute die zuverlässige Grundlage für das Funktionieren ihrer Städte und werden es auch bei höheren Motorisierungsgraden sein.

☐ Die Strategie für die Gestaltung des ruhenden Verkehrs in einer Stadt bestimmt in hohem Maße die Verkehrsmittelwahl und somit das Verkehrsgeschehen. Bei der Bereitstellung von Stellflächen für den ruhenden Verkehr ist es unerläßlich, zu differenzieren.
Da ist zunächst der Stellplatz im Wohnbereich. Hier muß grundsätzlich anerkannt werden, daß, wenn jeder Haushalt das Recht hat, sich ein Kfz anzuschaffen, auch die Möglichkeit bestehen muß, dieses in zumutbarer Nähe der Wohnung abzustellen. Dabei ist „zumutbar" keine manipulierbare, sondern eine recht gut belegbare Größe, auf deren Respektierung der Verkehrsplaner bestehen muß, wenn er seine Arbeit ernst nehmen soll. Wird dies bei der städtebaulichen Planung nicht ausreichend beachtet, so werden letztlich die Bewohner ihrerseits städtebaulich-architektonische Absichten und Gestaltungen ignorieren. Beispiele für das Abstellen von PKW auf Spielflächen belegen das ganz drastisch.
Man muß sich darüber im klaren sein: Eine bauliche Struktur, die die heranwachsende Motorisierung negiert, impliziert den späteren Bewohnerkonflikt und die Aufhebung der vom Städtebauer angedachten Lebensabläufe in Wohn- und Umgestaltungsgebieten. Planung ist aber als Versuch der Vorausschau genau das Gegenteil, nähmlich das Ausschalten derartiger Konflikte und Umkehrungen.
Das Normativ 1 Stellplatz/Wohnungseinheit ist deshalb keine disponible Größe und muß seine Widerspiegelung in der Flächennutzung und in der differenzierten baulichen Lösung finden.
Hierbei kann es im Prinzip auch keine Unterschiede zwischen peripheren Neubaugebieten und Innenstädten bzw. Zentren geben, es sei denn in der baulichen Gestaltung derartiger Abstellmöglichkeiten.
Der innerstädtische Wohungsbau hat das gleiche soziale Anliegen wie der in Neubaugebieten. Die ersten Erfahrungen zeigen, daß innerstädtische Wohnungen eine hohe soziale Attraktivität haben. Daraus ergibt sich nicht nur eine Nivellierung der Motorisierungsgrade in den einzelnen Stadtteilen, sondern möglicherweise sogar ein über dem Stadtdurchschnitt liegender Motorisierungsgrad in den innerstädtischen Wohngebieten.
Für eine Reduzierung des Stellplatznormativs in Stadtzentren besteht also überhaupt kein Anlaß, eine Unterbemessung wird von den Bewohnern weder verstanden noch akzeptiert. Alle städtebaulichen, scheinbar überzeugenden Konzepte dieser Art werden im praktische Leben außer Kraft gesetzt; auch dafür gibt es erste Erfahrungen.
Betrachtet man als nächstes die für Fahrten mit dem individuellen Kfz möglichen Ziele, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit, über die Disponibilität im Stellflächenangebot nachzudenken. So sollten Stellflächen im Bereich von Arbeitsstätten in den Innenstädten oder im unmittelbaren Einzugsgebiet von ÖPNV-Haltestellen auf einem Minimum – auch unter dem Bedarf – gehalten werden. Diese Strategie zielt auf die Beeinflussung der PKW-Benutzung im Berufsverkehr, da dieser bekanntlich die höchsten Verkehrsmengen erzeugt.
Es ist erkennbar, daß die Wünsche und Vorstellungen der Bürger gegenwärtig noch auf eine bedarfsdeckende und nicht auf eine restriktive Parkraumpolitik orientiert sind. Das ist für höhere Motorisierungsgrade in städtebaulichen Dichtegebieten wegen ihrer im hohen Maße komplexen Konsequenzen nicht mehr realisierbar. Die Begrenzung ist daher auf lange Sicht ein legitimes Planungsprinzip. Die angestrebten strukturellen und baulichen Lösungen müssen aber funktionell und gestalterisch überzeugend sein, wenn sie akzeptiert werden sollen. Sie können damit nur komplexe Lösungen sein. Will man den Stellplatzbedarf in Innenstädten verantwortungsbewußt prognostizieren, so muß sehr exakt unterschieden werden in

- Bedarf der Bewohner (volle Abdeckung)
- Bedarf für in diesem Bereich Arbeitende (Abdekkung in Sonderfällen: z. B. Behinderte)
- Bedarf für Wirtschafts-, Dienst- und Versorgungsverkehr (der in einem gewissen Umfang unverzichtbar, jedoch nicht im öffentlichen Verkehrsraum abzudecken ist)
- Besucherverkehr (teilweise Abdeckung, soweit es die Inanspruchnahme innerstädtischer Attraktivitätsangebote erfordert).

Festlegungen hierzu sind unter Beachtung von Möglichkeiten der Mehrfachnutzung bei Berücksichtigung tageszeitlicher Schwankungen und im Zusammenhang mit durchsetzbaren verkehrsorganisatorischen Regelungen zu treffen. Das Maß der Abdeckung wird, besonders im Besucherverkehr der Zentren, ein wesentliches Element der Attraktivität sein, für viele Stadtbewohner vielleicht das wesentlichste. Der Verkehrspolitik des ruhenden Verkehrs kommt deshalb ein hoher massenpolitischer Stellenwert zu, aus dem sich eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen Städtebauer und Verkehrsplaner mit dem Ziel neuer Lösungen ergeben sollte. Offenbar streben wir gerade hier einer Schwelle zu, hinter der traditionelle Lösungen durch prinzipiell Neues ergänzt werden müssen.

☐ Alle unsere Erfahrungen mit heranwachsenden Motorisierungsgraden sprechen dafür, das Straßennetz als Ganzes rasch in ein Haupt- und Nebennetz zu differenzieren und diese Differenzierung auch baulich und verkehrsorganisatorisch deutlich zu machen, also das Hauptnetz im Hinblick auf seine gesamtstädtische, z. T. regionale Verbindungsfunktion zu vervollkommnen und das Nebennetz in geeigneter Weise wohngebietsgerecht zu gestalten.
Das Straßennetz ist ein wesenliches Ordnungselement einer Stadt und unverzichtbar für ihre Funktionsfähigkeit. Wir sind dafür, das Hauptnetz nicht nach einem Höchststandart auszubauen, jedoch die verkehrlichen Anforderungen als entscheidendes Kriterium für seine Gestaltung unbedingt beizubehalten: Das Hauptnetz hat Verkehrsfunktionen zu dienen, die für eine Stadt lebensnotwendig sind, und muß auch bestimmten Anforderungen von Ordnung und Sicherheit genügen. Der Städtebauer muß anstreben, über kurz oder lang Anliegerfunktionen abzubauen, für die der Verkehr auf der Hauptverkehrsstraße unverträglich ist. Zumindest sollte er bemüht sein, solche Funktionen dort nicht neu anzusiedeln.

☐ Auf dem Gebiet der Mikrostrukturen haben sich die Anschauungen in jüngerer Zeit am lebhaftesten gewandelt. Hier ist die Herausbildung von auf den Menschen orientierten, stadtgerechten, in die Wohnumwelt integrierten Verkehrslösungen eine entscheidende Arbeitsrichtung. Die gegenwärtig in Erprobung befindlichen verkehrsberuhigten Bereiche sind möglicherweise erst der Anfang neuer Auffassungen der Verkehrsplaner zu diesem Metier. Die Erfahrungen zeigen, daß in den Zentren eine Verkehrsberuhigung in ganz unterschiedlichen Gestaltungsformen möglich, ja notwendig ist, ohne daß städtische Funktionen wie Begegnung, Spiel, Handel usw. die Verkehrsfunktion dieser Nebennetzstraßen in zu starkem Maße einschränken müssen.
Verkehrsberuhigung verbessert städtische Funktionen, wenn den erweiterten Nutzungsarten auch die bauliche Gestaltung entspricht. Hier hoffen die Verkehrsplaner auf ein schnelles Mitgehen der Städtebauer und Grünplaner, weil gerade in historischen Zentren der größte Zugewinn an Stadtqualität durch neugestaltete Straßenräume möglich ist. Anzustreben sind originelle, stadttypische Lösungen, die freilich die Forderung erfüllen müssen, daß die Verkehrsteilnehmer sie begreifen können, aus Einsicht akzeptieren. Jede Verkehrsberuhigung im Inneren funktioniert aber letztlich nur auf der Basis leistungsfähiger Infrastruktur im Randbereich. Diese so zu gestalten, daß sie nicht als Distanzzone zwischen Zentren und übriger Stadt wirkt, ist eine der großen Wünsche der Verkehrsplaner an die Städtebauer. Auch hier sind realistische und wirklich neue Lösungen notwendig. Das innerstädtische Bauen ist für diese Entwicklung eine Chance, die gemeinsam genutzt werden muß.

☐ Restriktive Maßnahmen gegenüber der PKW-Benutzung für bestimmte Fahrtzwecke erfordern im gleichen Atemzuge das Angebot realer alternativer Möglichkeiten für die entsprechende Ortsveränderung.
Die Entwicklung des ÖPNV, besonders der Straßenbahn, ist in zahlreichen Städten der DDR wesentlich vorangeschritten. In ihrem Verlauf wurde auch ein respektabler qualitativer Schritt vorwärts getan. Das Erreichte ist hier aber bei weitem noch nicht das Mögliche. Die Reserven liegen vor allem in der städtebaulichen Integration dieser technischen Infrastruktur. Ihre Distanz zu den Wohnbereichen ist noch weitaus größer als die des Individualverkehrs, der bis unmittelbar an die Wohngebäude heran gelangt, obwohl die verkehrspolitische Priorität genau umgekehrt ist. Erste Schritte auf dem Wege der beschleunigten Integration kann man u. a. in Erfurt-Südost, Dresden-Prohlis, Cottbus-Sachsendorf und in Potsdam sehen, obwohl auch dort nicht alle Möglichkeiten genutzt worden sind. Der Stadtbewohner unterliegt einem großen Attraktivitätsdruck des PKW. Ihn abzuschwächen ist nur möglich, wenn alle Reserven, vor allem aber die einer integrativen Nahverkehrslösung konsequent ausgeschöpft werden.
Besonders problematisch ist die Gestaltung des ÖPNV-Netzes dort, wo es sich mit den Hauptnetzstraßen deckt. Schrittweise ist baulich und verkehrsorganisatorisch die Trennung des ÖPNV vom übrigen Straßenverkehr durchzusetzen.
Dabei sind die einzelnen Verkehrsplaner unterschiedlich weit vorangekommen – in welcher Disziplin wäre das nicht so. Konservative Auffassungen und Methoden sind ebenso noch anzutreffen wie komplexes Denken, Kreativität und Mut zur Erprobung neuer Lösungen.

☐ Die geschilderte verkehrsplanerische Strategie muß selbstverständlich ihre Ergänzung finden in z. T. neuartigen verkehrsorganisatorischen Regelungen und Maßnahmen und erfordert eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Die Transparenz verkehrsplanerischer Absichten ist die Voraussetzung für ihre spätere Umsetzung und Realität.
Diese dargelegten Gedanken, die selbstverständlich nur ein Rahmen sind, beschreiben eine stärkere und bewußtere Hinwendung der Verkehrsplanung zu neuen Formen der Urbanität mit dem Auto und der Intensivierung der Flächennutzung. Sie gehen von den Aufgaben aus,

- die Funktionsfähigkeit unserer Städte auch unter den Bedingungen hoher Motorisierungsgrade zu erhalten und dafür alle technisch-organisatorischen Erfahrungen in unserem gesellschaftlichen System zu nutzen,
- Verkehrspolitik und Verkehrsplanung in möglichst großer Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Stadtbewohner zu gestalten, weil sich letztlich nur auf diese Weise die Akzeptanz der notwendigen Begrenzungen und Regelungen erreichen läßt,
- die technischen Anlagen des Verkehrs in die Stadtplanung zu integrieren, ihre Flächenanforderungen langfristig zu sichern und auf ihnen einen stadtverträglichen Verkehr zu entwickeln.

Eine kompromißfähige, auch experimentierfreudige, komplexe Herangehensweise ist dabei sicher der Weg, den die Verkehrsplanung gehen muß, kann und auch will.

Die Anwendung von Methoden der automatischen Klassifizierung und Rayonierung bei der Lösung städtebaulicher Aufgaben

A. M. Trofimov, N. V. Mamakov, M. V. Panasuk, V. A. Rubzov

Anliegen dieses Beitrages ist es, eine Charakteristik der automatischen Klassifizierung und Rayonierung zu liefern und ihre Anwendbarkeit für die Lösung städtebaulicher Aufgaben, insbesondere für die Flächennutzungsplanung und die Analyse und den Entwurf städtebaulicher Objekte aufzuzeigen. In allgemeinster Form läßt sich das Wesen der Flächennutzungsplanung als Differenzierung nach der Gleichartigkeit von Merkmalen beschreiben. Eine solche Differenzierung wird sowohl bei Forschungs- als auch bei Entwurfsaufgaben für die Beschreibung, die Erläuterung, sowie die Konstruktion städtebaulicher Objekte vorgenommen. Dabei ist die Tatsache wesentlich, daß die Flächennutzungsplanung wichtige Eigenschaften – wie Abstraktheit, Logik, Selektivität, Anschaulichkeit – besitzt. Doch diese Eigenschaften werden im Rahmen der traditionellen, maßgeblich auf Intuition beruhenden städtebaulichen Projektierung nicht voll genutzt, da der Mensch es nur begrenzt vermag, eine Vielzahl von Merkmalen zu erfassen und damit zu operieren. Hinzu kommt noch, daß sich die räumliche Lösung auf der Ebene städtebaulicher Systeme wie Siedlung, Ballungsraum, Großstadt nicht auf der Grundlage der Intuition entwickeln läßt, denn hier wächst die Anzahl der in Betracht zu ziehenden Merkmale um ein Vielfaches. Das wird am Beispiel zentraler Bereiche von Großstädten deutlich, bei denen der Projektant praktisch nicht in der Lage ist, das Territorium mit ausreichender Objektivität in Funktionszonen für die Arbeit, die Dienstleistungs- und Sozialsphäre und die Erholung aufzuteilen. Bei der graphischen Darstellung führt die detaillierte Fixierung der Zonen „Arbeit“, „Dienstleistungs- und Sozialsphäre“, „Erholung“ zum Verlust der Übersichtlichkeit der Schemata und damit bei ihrer Nutzung zum Verlust der Vorzüge, die sich durch eine Generalisierung ergeben. Nach unserem Erachten können diese Nachteile nur beseitigt werden, wenn einerseits Modelle zur Beschreibung städtebaulicher Objekte entwickelt werden, die in höherem Maße konstruktiv und nutzbar sind und wenn andererseits eine Vielzahl verschiedener funktioneller Merkmale, die einfach nur intuitiv und selbst durch eine Reihe aufeinanderfolgender Versuche nicht bestimmmbar sind, erfaßt werden. Die Aufgabe der Gliederung in Funktionsbereiche unter Beachtung einer Vielzahl von Merkmalen ist nur lösbar, indem Methoden der automatischen Klassifizierung und Rayonierung angewendet werden. Die bei der Untersuchung gewonnenen Erfahrungen zeigen, daß die Aufgaben der territorialen Gliederung und der Zuordnung von Objekten zu einer bestimmten Klasse mit den Methoden der automatischen Klassifizierung (AK) und der automatischen Rayonierung (AR) sicherer und zuverlässiger als mit herkömmlichen zu bewältigen sind. Mit den Methoden der automatischen Klassifizierung und Rayonierung können insbesondere folgende Gruppen städtebaulicher Aufgaben gelöst werden: die „wertmäßige Gliederung“ des Territoriums, die Bestimmung der räumlichen Grenzen, das Erfassen der Beschaffenheit der Ressourcen im Territorium, die Ermittlung von Grenzparametern beim Übergang von einer territorialen Gruppe in eine andere usw.

Da die Methoden der automatischen Klassifizierung und Rayonierung meistens autonom, d. h. unabhängig vom konkreten Untersuchungsgebiet sind, gilt es bestimmte Prinzipien zu erarbeiten, die es ermöglichen, eine Gruppe von AK- und AR-Methoden mit einer bestimmten Klasse inhaltlicher Aufgaben zu koordinieren. Bei dieser Koordinierung sind für eine Gruppe inhaltlicher Aufgaben solche Methodengruppen auszusuchen, die deren effektivste Lösung sichern.

Die für die Lösung verschiedener praktischer Aufgaben verwendeter AK- und AR-Methoden lassen sich in drei Gruppen gliedern:

1. **Wahrscheinlichkeitsmethoden.** Bei ihnen wird der zahlenmäßige Wert eines Merkmales, der für das Untersuchungsobjekt ermittelt wurde, als ein Näherungswert betrachtet, der bei der Änderung der Meßbedingungen in einem gewissen Zahlenintervall variabel sein kann. Die Aussagen, die hier bei der Analyse einer begrenzten Objektgruppe gewonnen werden, können mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf eine bedeutend größere Anzahl von Objekten erweitert werden.
2. **Determinierte Methode.** Hierbei wird jeder der zu analysierenden Werte eines Merkmals als einzig möglicher und endgültiger angenommen. Die gewonnenen Aussagen beziehen sich ausschließlich auf die betreffende Datenmenge.
3. **Methoden der Graphentheorie.** Sie werden für die Klassifizierung nach Beziehungen mit Hilfe der Graphennäherung verwendet. Für jede Methodengruppe sind spezifische Eigenschaften charakteristisch. Die Analyse ermöglicht es jedoch zugleich, gemeinsame Merkmale, die jeder der Gruppe eigen sind, zu ermitteln. *Erstens* werden alle Algorithmen in zwei Gruppen eingeteilt: in Algorithmen, die auf der Analyse der Ähnlichkeitsmatrix beruhen, und in Algorithmen, die die Ähnlichkeitsmatrix nicht verwenden. *Zweitens* liegt den meisten AK- und AR-Algorithmen das sogenannte „Kern-Prinzip“ zugrunde, indem vom Wissenschaftler – ausgehend von den gestellten Zielen – bestimmte Kerne vorgegeben werden. Um jedoch Subjektivismus zu vermeiden und exaktere und weitgehend begründete Ergebnisse zu erhalten, ist das „kernlose Prinzip“ vorzuziehen. Bei diesem Vorgehen werden die „Kerne“ nicht vorgegeben, sondern durch den Rechner ermittelt.

Auf dem „Kern-Prinzip“ basierender Algorithmus

1. Schritt (Vorbereitung): Bei diesem Schritt wird eine optimale Klassifikation nach dem vorgegebenen Kriterium der Gliederung in Klassen vorgenommen.
2. Schritt (Herausbildung der „Kerne“): Durch schrittweise Zusammenfassung werden in jeder Klasse Gruppen von Objekten ausgewiesen, denen gemeinsame Grenzen eigen sind (GGO). Diese Gruppen bilden die Ausgangskerne. Sind Mindestabmessungen der Kerne (Anzahl der operationell-territorialen Einheiten – OTE) vorgegeben, so sind, wenn nur ein Kern unter diesen Abmessungen liegt, die Klassifikationsparameter entsprechend des vorgegebenen Wertes zu verändern, die Klassen proportional zu vergrößern und der Vorbereitungsschritt zu wiederholen. Der Vorgang wird so lange wiederholt, bis die vorgegebenen Mindestabmessungen erreicht sind.
3. Schritt (Kernerweiterung): Es wird die optimale Klassifikation der nach besonderer Auswahl der Kerne verbliebenen OTE ermittelt. Im Rahmen der ausgewiesenen Klassen werden GGO gesucht. Genügt eine gewisse GGO den Anforderungen der Kerngröße, dann wird ein Zentroid errechnet und ein Anfangskern gesucht, der ihm maximal ähnlich ist. Ist die Ähnlichkeit mit ihm größer als ein bestimmter Wert T, der sich aus der Etappe der Aufgabenstellung herleitet, und ist eine gemeinsame Grenze vorhanden, so wird die GGO an den Anfangskern angeschlossen, anderenfalls gilt er als getrennter Kern.
Genügt die GGO den Dimensionsanforderungen nicht, dann wird wie folgt vorgegangen: Es wird das GGO-Zentroid berechnet; aus den Kernen, mit denen eine gemeinsame Grenze vorhanden ist, wird der Kern ermittelt, der maximale Ähnlichkeit aufweist; übersteigt die Ähnlichkeit den Wert T, dann wird die betreffende GGO an diesen Kern angeschlossen; ist das nicht der Fall, so wird die GGO aus der Gruppe der zu betrachtenden Objekte ausgeschlossen und der 3. Schritt für andere GGO fortgesetzt. Umfassen die Anfangskerne das gesamte Territorium, dann entfällt der Schritt 3. Dieser Schritt wird auch in einigen Sonderfällen, die mit den Anforderungen der Generalisierung zusammenhängen, weggelassen.
4. Schritt (Zusammenschluß erweiterter Kerne): Gehören die erweiterten Kerne zu einer gemeinsamen Klasse und weisen sie eine gemeinsame Grenze auf, dann werden sie zu einem noch umfassenderen Kern zusammengeschlossen. Die so ermittelten Kerne stellen die Prototypen der Stadtbezirke dar.

Auf dem „kernlosen“ Vorgehen beruhender Algorithmus

Zunächst werden – ausgehend von den Zielen der Aufgabe – zahlenmäßig ausgedrückte Anforderungen an maximale **R**- und minimale **Q**-Größen der Stadtbezirke vorgegeben. Darüber hinaus wird T als Schwellenwert des Maßes der Ähnlichkeit festgelegt. Dieser Wert muß groß genug sein, er muß fast dem Maximalwert entsprechen.
Im Stadtbezirk werden schrittweise Objekte zusammengeschlossen, die eine gemeinsame Grenze aufweisen, wobei der Wert des Maßes der Ählichkeit **D** > **T** ist. Hat keines der Objekte, die mit dem zu bildenden Stadtbezirk eine gemeinsame Grenze haben, Ähnlichkeit mit seinem Zentroid, das größer oder gleich **T** ist, dann ist die Bildung des Stadtbezirkes ausgeschlossen.
Genügt der so ausgewiesene Stadtbezirk nicht den Dimensionsanforderungen, d. h. hat er eine Größe **S**, die > **R** oder < **Q** ist, dann wird der Wert-**T** um Wert-**H** verändert, um so die Größe des Stadtbezirks entweder zu verringern oder zu vergrößern. Die Veränderung hängt vom Maß der Ähnlichkeit ab. Führt **T** + **H** zur Verringerung der Größe und ist **S** > **R**, dann wird **T** um **H** vergrößert usw.
Genügt der ausgewiesene Stadtbezirk den Dimensionsanforderungen, dann wird nach den oben dargelegten Regeln ein weiterer Stadtbezirk aus den verbliebenen OTE besimmt. Der Vorgang ist abgeschlossen, wenn der Vorrat der OTE erschöpft ist.
Die vorgeschlagenen Algorithmen haben einen beträchtlichen Vorzug, weil darin der Subjektivismus des Wissenschaftlers auf die Vorgabe der Dimensionsanforderungen an die Stadtbezirke bzw. an die Kerne reduziert worden ist.
Drittens wird der Grad der Ähnlichkeit zwischen den Objekten mit Hilfe unterschiedlicher Methoden bestimmt: mit Distanzkoeffizienten (die normale und „abgewogene“ euklidische Distanz, die „Hamming“-Distanz usw.) für Intervall- und Ordnungsmerkmale; mit Ähnlichkeits- oder Assoziationsfaktoren, mit denen das Verhältnis der beobachteten Übereinstimmungen der Merkmalswerte eines OTE-Paares zur gesamten möglichen Menge der Übereinstimmungen ausgedrückt wird; mit Kopplungs-(Korrelations-) koeffizienten.
Da kein einheitliches Kriterium zur Bewertung der Bedeutung der AK- und AR-Methoden zur Verfügung steht, wird ihre Auswahl und die des betreffenden Algorithmus durch das gestellte Ziel und die Beschaffenheit des Tatsachenmateriales bestimmt.
Bei automatischer Geländerayonierung ermöglicht es die Kombination von „Kern“- und „kernloser“ Methode, „Kerne“ der Stadtbezirke zu ermitteln und nicht vorzugeben. Die Zuordnung der OTE zu ihnen erfolgt durch Senkung der vorgegebenen Schwelle des Homogenitätsgrades. Dieses Vorgehen bringt einen gewissen Subjektivismus und willkürliche Annahmen in die ansonsten recht exakte Methode hinein. Deshalb wird eine Variante begründeten (inhaltlichen) Vorgehens bei der Zuordnung der OTE zu den Kernen vorgeschlagen, die auf der Anwendung der Theorie der Interessenübereinstimmung beruht. Wesentliches Moment bei diesem Vorgehen ist die Vorstellung von den Kernen und der OTE als Träger von Interessen, die nicht unbedingt geklärt sind, sondern deren inhaltliche Interpretation durch konkrete Umstände und Ziele der Rayonierung bestimmt wird. „Interessen“ sind in diesem Falle als Vorstellungen ihrer Träger über solche Zustände zu verstehen, die für sie auf Grund ihrer inneren Eigenschaften und der Besonderheiten der Aufnahme äußerer Bedingungen durch sie am geeignetsten sind.
Die Interessen von Kern und OTE, die der entsprechende Kern zwecks Anschluß „beansprucht“, können verschieden sein. Es ist das aber als ein Konflikt anzusehen, der nicht unbedingt antagonistisch ist. So können sich die Interessen des Kerns in dem

Streben ausdrücken, die Möglichkeiten für die Realisierung seiner Funktionen zu erweitern und die Bedingungen dafür zu verbessern (Standortverteilung von Produktionsobjekten, Siedlungen, Erholungsstätten usw.) Dagegen können sich die Interessen der OTE aus Überlegungen zur vernünftigsten Nutzung ihrer Eigenschaften oder Ressourcen ergeben (geographische Lage, klimatische und andere natürliche Bedingungen, Infrastruktrur usw.) Selbstverständlich gibt es auch andere Auslegungen des Inhalts von Kernen und OTE. Es kommt dabei stets auf die konkreten Umstände an. Die Formulierung des Inhalts der Interessen von Kernen und OTE ist eine überaus komplizierte und verantwortungsvolle Aufgabe, die eine tiefgreifende nichtformale Analyse der Situation erfordert. Hier entstehen zwei miteinander verbundene Aufgaben:

1. Ermittlung und Beschreibung der Interessen
2. Formulierung des Kriteriums der Interessenübereinstimmung oder des Kriteriums der Kompromißqualität

Weitgehend formalisierte Methoden zur Ermittlung und Beschreibung von Interessen sind noch sehr unzureichend entwickelt. Hier erscheint uns in besonderem Maße die Nutzung der Experteninformation und die Theorie mehrwertiger Mengen erfolgversprechend zu sein. Was die Formulierung des Kriteriums der Übereinstimmungsqualität betrifft, so kann es hier offensichtlich keine Rezepte geben. Dennoch ist klar, daß dieses Kriterium wie auch jedes andere eine eindeutige Abbildung der Interessen des Subjektes der Übereinstimmung, in diesem Falle des Subjektes der Rayonierung, sein muß. Der Begriff „Übereinstimmungsqualität" ist mit dem Begriff eines gewissen verallgemeinerten „Gewinns" bzw. „Effektes", der mit dem jeweiligen Ergebnis der Abstimmung erreicht wird, zu verbinden. Selbstverständlich kann der konkrete Inhalt eines solchen „Gewinns" ganz unterschiedlich sein. Ganz offensichtlich kann auch die Größe dieses Gewinns nicht immer quantitativ ausgedrückt werden. Mehr noch, der Begriff „Gewinn" kann mehrdeutig sein, so daß er sich als ein gewisses Vektoranalogon mit quantitativ und qualitativ unvergleichbaren Komponenten darstellen läßt. In diesem Falle ist die Gesamtgröße nicht als algebraische Summe zu verstehen, sondern in einem Sinne, der den Begriffen des Mengenprodukts oder der Vereinigung nahesteht, welche bekanntlich durch die logischen Konjunktionen „und" und „oder" ausgedrückt werden.

Das vorgeschlagene Vorgehen beruht auf der Einschätzung des Übereinstimmungsgrades der Interessen jedes Kern-OTE-Paares sowie der Einschätzung der adaptiven Möglichkeiten der OTE, d. h. ihrer Fähigkeiten, ihrer Interessen zwecks Annäherung an die Interessen des jeweiligen Kernes zu „revidieren". Die Bewertung des Übereinstimmungsgrades der Interessen von Kernen und OTE ist die Grundlage für die Bildung einer Vielzahl von Alternativen mit den dazu vorgegebenen Vorzugsrelationen. Die Zuordnung der OTE zum jeweiligen Kern läßt sich auf die Aufgabe des Ordnens dieser Relationen mit Hilfe formaler und nichtformaler Vorgehensweisen, die hinreichend bekannt sind, zurückzuführen.

Ziel des Vorgehens nach Interessenübereinstimmung ist es, einen gewissen Gesamtzustand der OTE zu erreichen, der als Gleichgewichtszustand betrachtet werden kann und etwa im Sinne des Begriffs der Pareto-Optimalität optimal ist. Bekanntlich wird ein zulässiger (real erreichbarer) Zustand als Pareto-optimal bezeichnet, wenn kein anderer zulässiger Zustand existiert, der für keinen der Teilnehmer schlechter und mindestens für einen besser als der genannte Zustand ist.

Somit ist zu schlußfolgern, daß die Aufgaben der Gliederung in Funktionsbereiche mit Methoden der automatischen Klassifizierung und der automatischen Rayonierung auf verschiedenen Ebenen der räumlichen Gestaltung städtebaulicher Objekte zuverlässigere und sicherere Varianten liefert, als es die herkömmlichen sind. Aus ihnen wird durch Kombination und Verwendung formaler und nichtformaler Bewertungen der Gliederung das für das betreffende Ziel beste, d. h. in gewissem Sinne optimale Ergebnis gewählt, was seinerseits objektivere und in stärkerem Maße begründete Entscheidungen zuläßt.

Veszprem – eine Stadt mit städtebaulichem Profil

Dr.-Ing. Roland Dietl,
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

1 Blick auf das Stadtzentrum von Veszprem

2 Burgbereich

3 Blick in die Kossuth-Lajos-utca

Erreicht man Veszprem, die „Hauptstadt des Bakonygebirges", am Nordufer des Balaton gelegen, vom Straßenaußenring aus Richtung Budapest/Györ, so kündigt sich das Stadtzentrum durch ein alles überragendes Wohnhochhaus an. Es markiert so auf signifikante Weise die Stadtmitte auf einem der zahlreichen Hügel der Stadt, geradezu im Kontrast zum Burgberg mit dem St. Michael-Dom, der Gisella-Kapelle und dem Bischofspalast.

Mit zahlreichen Kaufhäusern, Gaststätten, Läden, Kaufhallen und Markthallen, mit zentralen Einrichtungen wie Post, Sparkasse, Bank, Reisebüro, Kino, mit interessant gestalteten Freiflächen, wohlabgestimmter und ausgewählter Vegetation sowie Werken der architekturbezogenen Kunst wurde hier ein einladendes Stadtzentrum nach einem Planungsschema geschaffen.

Dieser zentrale Bereich um die Kossuth-Lajos-utca und dem Münnich-Ferenc-ter ist ohne Berücksichtigung der ehemals vorhandenen Straßen- und Platzräume entstanden; lediglich das Gelände wurde nicht überkomponiert.

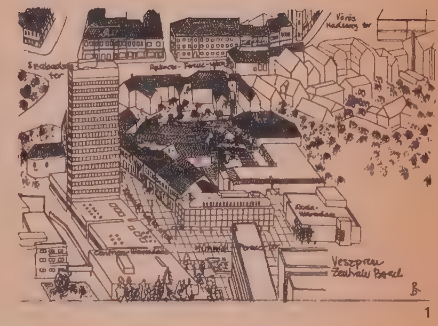
Ist somit eine weitere städtebauliche Entwicklung noch möglich? Beschränkt es sich nur noch auf eine „Rehabilitation"? Ist also eine qualitative Weiterentwicklung, wie sie z. B. in der DDR-Partnerstadt Halle gegenwärtig beispielhaft durch Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Werterhaltung realisiert wird, nur noch bedingt möglich?

Zwischen der Rakoczi-Ferenc-utca und der Kossuth-Lajos-utca wurde unter Wahrung der historischen Formen und Strukturen ein interessantes Passagensystem geschaffen, u. a. mit Eisbar, Bierkeller, Boutiquen und verschiedenen Spezialverkaufsstellen.

Mit diesem fußläufigen Bereich, durch verschiedene Zugänge von den genannten Straßen zu erreichen, entstand eine sinnvolle Ergänzung des vorhandenen, eingangs genannten Zentrumsbereiches.

Gegenwärtig werden Modernisierungs- und Werterhaltungsarbeiten im Burgviertel und in den Straßen zur Burg durchgeführt.

Auf diese Weise wurde ein einprägsames und interessantes städtebauliches Ensemble geschaffen, das in sich sowohl das Funktionell-Rationale der Neubauzentren als auch das Historisch-Intime der Altstadtbereiche vereinigt.



1



2

3



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Bauing. Herbert Endesfelder, Wittgendorf
1. Oktober 1917, zum 70. Geburtstag

Bauing. Klaus Sander, Karl-Marx-Stadt,
2. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Architekt Helmut Profft, Berlin,
2. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Architekt Josef Firmbach, Torgau,
2. Oktober 1917, zum 70. Geburtstag

Architekt Erich Zielke, Eisenhüttenstadt,
4. Oktober 1917, zum 70. Geburtstag

Dipl-Ing. Roland Lenz, Suhl,
6. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Rudolf Brauns, Weimar,
7. Oktober 1892, zum 95. Geburtstag

Architekt Hans Karthaus, Berlin,
8. Oktober 1912, zum 75. Geburtstag

Innenarchitekt Winfried Aurich, Dresden,
9. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Dr.-Ing. Heinz-Dieter Limpert, Rothenstein,
9. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Hans-Dieter Lother, Saalfeld,
10. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Werner Schulze, Karl-Marx-Stadt,
11. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Architekt Karl-August Borchardt, Berlin,
12. Oktober 1917, zum 70. Geburtstag

Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel, Berlin,
12. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Arch. Peter Ehrlich, Dresden,
12. August 1927, zum 60. Geburtstag

Architekt Hansjoachim Wollenburg, Berlin,
13. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Bauing. Ernst Eick, Rostock,
12. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Leonore Choyna, Leipzig,
17. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Bauing. Heinz Aust, Berlin,
18. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Peter Gohlke, Berlin,
22. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Klaus Betzner, Berlin,
23. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Gerhard Fleischmann, Magdeburg,
24. Okotber 1922, zum 65. Geburtstag

Dr.-Ing. Reinhard Wittenbecher, Berlin,
25. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Ing.-Ök. Joachim Gahlke, Frankfurt/O,
25. Oktober 1922, zum 65. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Hans-Otto Sachs, Weimar,
25. Oktober 1912, zum 75. Geburtstag

Architekt Hans-Eberhard Schilling, Leipzig,
26. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Bauing. Robert Grundeig, Dresden,
26. Oktober 1922, zum 65. Geburtstag

Bauing. Hans-Joachim Nessel, Suhl,
27. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Hochbauing. Karl-Heinz Wiese, Eisleben,
28. Oktober 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Helga Behr, Berlin,
29. Oktober 1937, zum 50. Geburtstag

Obering Ulrich Wilken, Stralsund,
30. Oktober 1917, zum 70. Geburtstag

Dipl.-Ing. Arnfried Metelka, Neubrandenburg,
31. Oktober 1937, zum 50 Geburtstag

Ing. Wilhelm Möbus, Döllnitz,
31. Oktober 1907, zum 80 Geburtstag

Literatur

Arbeitsmittel „Nachträgliche Wärmedämmung
Autorenkollektiv der HAB Weimar

An der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar ist das Arbeitsmittel „Nachträgliche Wärmedämmung", Stand 3/1987, erschienen. Gegenüber der Ausgabe von 2/1987 wurde es überarbeitet und wesentlich erweitert. Die im Rahmen der TGL 35 424 zu erbringenden Nachweise auf Einhaltung der Mindestwärmedurchlaßwiderstände und des Feuchtigkeitsschutzes wurden vollständig auf den Standardkomplex in seiner seit dem 1. 9. 1986 verbindlichen Form umgestellt. Der Teil „Außenwände" wurde durch Aufnahme von Konstruktionen des Altneubaus erweitert, zusätzlich wurden die Teile „Innenwände", „Kalt- und Warmdächer" sowie „Decken und Fußböden" neu aufgenommen. Der Teil „Bewertung" wurde durch das Ausweisen einer möglichen Senkung des Heizenergiebedarfs in Nutzenergie je m^2 und Kalenderjahr sowie durch Hinweise zur Führung von Effektivitätsuntersuchungen neu und den Forderungen der Praxis besser angepaßt gefaßt.
Das Arbeitsmittel wurde von der Staatlichen Bauaufsicht Erfurt geprüft und zur Anwendung empfohlen. Interessenten für Kauf bzw. Nachnutzung des Arbeitsmittels „Nachträgliche Wärmedämmung" 3/1987 wenden sich bitte an
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Bauingenieurwesen
WB SBWL im Bauwesen
Marienstraße 7
Weimar
5300

Wettbewerbe

„Integration von Alt und Neu"
Ein Ideenwettbewerb für Studierende wurde entschieden

Am 5. 6. 1987 wurde in Berlin unter Vorsitz von Prof. Dr. Urbanski ein nationaler Ideenwettbewerb für Studierende der Fachrichtung Städtebau und Architektur mit dem sehr aktuellen Thema „Integration von Alt und Neu" entschieden. Dieser Wettbewerb beruht auf einer internationalen Ausschreibung des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, der vom 26.–30. Oktober 1987 seinen Kongreß in Sevilla durchführt und dafür zu Einsendungen von höchstens 5 Arbeiten aus den nationalen Verbänden aufgefordert hat. Eine internationale Jury wird noch vor dem Kongreß eine Bewertung durchführen, um die besten Arbeiten auszustellen, für die verschiedene Preise ausgesetzt sind.
Inhalt des Wettbewerbs war die Problematik der Integration von Alt und Neu, bezogen auf einzelne Gebäude, aber auch auf größere, mehrere Gebäude umfassende Bauvorhaben. Ziel war die Ausarbeitung nützlicher, innovativer und realisierbarer Pläne oder Ideen zur Lösung der Probleme historischer Stadtgebiete. Die Ideen sollten zwar bestimmte Vorhaben ins Auge fassen und auf die örtlichen Anforderungen und Bedürfnisse eingehen, im Grunde genommen werden jedoch mit dem Wettbewerb nützliche Lösungen angestrebt, die allgemein gültige Denkanstöße geben, wobei die verschiedenen vorgegebenen Sachzwänge berücksichtigt werden sollten. Der Umfang der Leistungen war auf einer Tafel von 100 x 150 cm einschließlich 4 A4-Seiten Text genau festgelegt. Die Durchführung eines nationalen Wettbewerbes für Studierende war nahegelegt und dafür genügend Vorlaufzeit eingeräumt worden.
17 Arbeiten waren eingegangen, die der Zielstellung des Wettbewerbes in unterschiedlicher Weise entsprachen, aber allgemein ein hohes Niveau aufwiesen. Die eingereichten Lösungen basierten auf konkreten örtlichen Aufgaben, die teilweise gründlich analysiert wurden, aber auch in ihren Ideen eine schöpferische Neugestaltung in Wechselbeziehung zum Vorhandenen aufwiesen. Sie hatten Aufgaben in historischen Stadtgebieten von Berlin, Leipzig, Rostock, Magdeburg, Weimar, Bautzen, Jena, Herzberg und Malchin zum Gegenstand sowie auch in Budapest und der französischen Partnerstadt Blois.
Die Jury hat 5 Arbeiten die 5 ausgeschriebenen Preise zuerkannt, für die je 2000,– M vorgesehen waren. Entsprechend der Qualität wurde die Gesamtsumme etwas umverteilt mit 3 Preisen je 2400,– M und 2 Preisen mit 1800,– M.

Folgende Preisträger wurden ermittelt:
1. Kollektiv der HAB Weimar
   Torsten Krüger
   Tobias Hackbeil
2. TU Dresden
   Michael Bauch, Thomas Flashar, Stephan Hänel, Michael Neumann, Stephanie Mutscher, Jens Ruhe, Andreas Schult, Holm Zink
3. Student der HAB Weimar
   Uwe Gänsicke
4. Student der TU Dresden
   Dirk Manzke
5. HAB Weimar
   Bertram Vandreike, Petr Dvorak

Dr.-Ing. Carl Krause

Wettbewerbsarbeiten der DDR als Beitrag zum internationalen Jahr „Wohnungen für die Obdachlosen" war erfolgreich

Die DDR hat zum Jahr der „Wohnungen für die Obdachlosen" anläßlich eines von der UIA ausgeschriebenen Wettbewerbs unter dem Thema „Neue Bauweisen für den sozialen Wohnungsbau" 5 Arbeiten nach Madrid eingereicht. Diese 5 Arbeiten waren im Rahmen eines nationalen Wettbewerbs durch eine Jury ausgewählt worden. 123 Arbeiten sind aus verschiedenen Ländern in Madrid eingegangen. 5 große Preise mit Diplomen waren ausgeschrieben und 8 Anerkennungen wurden ausgesprochen. Davon haben die DDR-Arbeiten einen Preis und eine Anerkennung erhalten. Den Preis erhielt das Kollektiv der HAB Weimar:

Nikolaus Griebel
Silke Hermann
Ute Herzog
Ullrich Weber

Die Anerkennung erhielt das Kollektiv:

Moges W. Gabriel
Nikolaus Gabriel
Reiner Rietsch
Sabine Wendt

In Anbetracht der vielen eingegangenen Arbeiten kann dies als ein großer Erfolg angesehen werden.

Dr.-Ing. C. Krause

Henn, E.
Referat auf dem IX. Kongreß des Bundes der Architekten 6

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, S. 6 –11,

Am 12. 6. 1987 fand in Berlin der IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR statt. Im Mittelpunkt des Referates des Präsidenten des BdA stand das Anliegen, die schöpferische Tätigkeit der Architekten entsprechend der Orientierung des XI. Parteitages der SED noch stärker auf die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens zu richten. In diesem Sinne wurden künftige Aufgaben der Architekten im Wohnungs-, Industrie- und Städtebau dargelegt.

Henn, E.
Доклад на конгрессе Союза архитекторов ГДР

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 9, стр. 6 – ИИ

12. 6. 1987 г. в. г. Берлине состоялся IX конгресс Сояза архитекторов ГДР. В. соотвтзвии з опиентиповкои IX. сзезда СЕПГ Президент Союза архитекторов ГДР поставил в центр внимания своего доклада задачу более усиленного направления творческои деятельности архитекторов на повышение экономичости и качества строительства. В эйтом смызле он представил будущие задачи арзитекторов в жилищном и промышшленном строительстве, а также, в градостроительстве.

Junker, W.
Schlußwort auf dem IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR 12

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, S. 12 – 16

Auf dem IX. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR hielt der Minister für Bauwesen das Schlußwort. Dabei hob er die gesellschaftliche Verantwortung der Architekten bei der Gestaltung der Städte und Dörfer, insbesondere bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms der DDR hervor. Das Bauen zum Wohl des Volkes erfordere stets, das günstigste Verhältniss von Aufwand und Ergebnis zu sichern.

Junker, W.
Заключительное слово на IX конгрессе Союза архитекторов ГДР

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, стр. 12 – 16

На IX Конгрессе Союза архитекторов ГДР Министр строительства выступил с заключительным словом. При этом он подчеркнул общественную ответственность архитекторов за архитектурно-застроечные решения городов и деревень, особенно при осуществлении программы жилищного строитльства ГДР. Строительство на благо народ требует постоянного обеспечения наиболее эффективного отномения расходов к результатам.

Kluge, H.-J.
Bauausstellung der DDR – Bauen zum Wohle des Volkes 17

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, S. 17 – 21, 12 Abb.

Von Mai bis August dieses Jahres fand in Berlin die „Bauausstellung der DDR“ statt. Die stark besuchte Ausstellung zeigte an Hand von Exponaten, Plänen und Modellen den gewachsenen Leistungsstand des Bauwesens der DDR. Neue wissenschaftlich-technische Ergebnisse und städtebaulich-architektonische Lösungen verdeutlichen, wie alle Gebiete des Bauens auf die Anforderungen der Zukunft eingestellt werden.

Kluge, H.-J.
Строительная выставка ГДР – Строительство на благо народа

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 9, стр. 17 – 21, 12 илл.

С мая по август сего года в г. Берлине была проведена „Строительная выставка ГДР“. Многолюдная выставка показала на основе представленных экспонатов, планов и макетов повышенный уровень достижений строительства ГДР. Из новых научно-технических результатов и градостроительно-архитектурных решений вытекает, как все области строительства ориентированы на требования будущего.

Felz, A
Zur architektonisch-gestalterischen Konzeption der Bauausstellung 22

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, S. 22 – 26, 12 Abb., 1 Grundriß, 1 Lageplan

Die architektonische Konzeption der bisher umfangreichsten Bauausstellung der DDR mit 3100 m^2 Ausstellungsfläche und 1500 Exponaten basiert auf den Umbau einer Sporthalle, in deren Zentrum sich eine drehende gläserne Wohnung befindet, die auch von einer 2. Ebene aus betrachtet werden kann. Eine Zeltkonstruktion wertet den Eingangsbereich der Haupthalle auf. Im Freigelände wurden nur wenige Hallentypen (darunter von der Bauakademie der DDR neuentwickelte „SYBA“-Hallen) und Überdachungen eingesetzt.

Felz, A.
Об архитектурно-планировочной концеции строительной выставки

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 9, стр. 22 – 26, 12 илл., 1 плана, 1 план расположения

Архитектурно-планировочная концеция наибольшой из проведенных до сих пор строительных выставок ГДР выставочной площадью в 3100 $м^2$ и количество экспонатов 1500 основывается на перестройке спортивного зала, в центре которого которово находится бращающаяся стекляная квартира. На эту квартиру можно смотреть и с второго уровня. Шатровая конструкция подчеркивает входную зону главного зала. На свободной площади применялись тоьлко немного павильонов (в том чусле вновь разработанный сотрудниками Академи строительства ГДР тип „павилон SYBA“) и покрытия.

Pieper, G.
Terrassencafé im Tierpark Berlin 29

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, S. 28 – 31, 1 Grundriß, 1 Schnitt, 6 Abbildungen

Im Tierpark Berlin wurde ein neues Terrassencafé gebaut. Das Gebäude ist ein eingeschossiger, flügelartig gelagerter Baukörper, der die gesamte Terrasse umschließt. Der Außenbereich weist 800 Plätze, das Café 100 Plätze und die Tierparkstube 40 Plätze auf.

Pieper, G.
Кафе с террасой в зоологическом парке г. Берлина

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 9, стр. 28 – 31, 1 план, 1 разрез, 6 илл.

В зоологуческом парке г. Берлина было построено новое здание кафе с террасой. Здание является одноэтажным корпусом с крыльями, который ограждает всю террасу. На открытой площади имеются 800 мест, в кафе – 100 мест, а в помещении Тирпаркштубе – 40 мест.

Kabus, G.
Zu den Aufgaben bei der weiteren Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete in Auswertung des IX. Kongresses des Bundes der Architekten der DDR 32

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, S. 32 – 39, 16 Abb.

Mit dem Übergang zu einem intensiven Weg der Stadtentwicklung treten in der DDR die Bauaufgaben zur Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete immer mehr in den Vordergrund. Darauf muß sich die städtebauliche Planung und die Bauproduktion zielstrebig einstellen, damit die einzelnen Baumaßnahmen stets in Übereinstimmung mit der Gesamtentwicklung der Städte erfolgen können und eine hohe soziale Wirksamkeit bei günstigstem volkswirtschaftlichen Aufwand gesichert wird.

Kabus, G.
О задачах дальнейшей перестройки и возобновления внутригородских районов после педведения итогов IX конгресса Союза архитекторов ГДР

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 9, стр. 32 – 39, 16 илл.

С переходом на интенсивный путь пазвития в ГДР на передний план все больше выдвигаются задачи по перестройке и возобновлению внутригородских районов. На это должны целеустремленно ориентироваться градостроительная планировка и строительное производство, чтобы отдельные строительные меры всегда осуществлялись в соответствии с общим развитием городов и обеспечивалась высокая социальная эффективность при оптимальных народно-хозяйственных затратах.

Henn, E.
Address to IX. Congress of GDR Association of Architects 6

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 9, pp. 6–11

The IX. Congress of the GDR Association of Architects was held in Berlin, GDR, on June 12th, 1987. The President of the Associaton, in his keynote address, urged delegates and through them architects of the GDR to increase their creative attention to higher economy and quality of construction activities, according to the orientation already given by th XI. SED Congress. A account was given of forthcoming tasks of architects in housing and industrial construction as well as in town planning.

Henn, E.
IXe Congrés de la Fédération des architectes de la RDA (exposé)

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, pages 6 – 11

Le 12 juin 1987 a eu lieu á Berlin le IXe Congrés de la Fédération des architectes de la RDA (BdA). Dans son exposé, le Président de la fédération mit l'accent sur l' objectif principal qui consiste à concentrer dans une mesure plus grande encore les activités créatrices des architectes de la RDA sur l'augmentation de la rentabilité et de la qualité de la construction, conformémen aux orientations données par le XIe Congrès du parti SED. Les tâches futures à accomplir par les architectes dans les secteurs de la construction de logements, industrielle et de l'ubanisme ont été en détail.

Junker, W.
Closing Speech at IX. Congress of GDR Associaton of Architects 12

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 9, pp. 12–16

In his closing speech to the delegates to the IX. Gongress of the GDR Association of Architekts, the Minister of Building emphasised the architects' responsibility to society in developing cities and villages, with particular reference being made to their role in the housing construction programm of the GDR. Building to the benefit of the general public requires from all parties involved to ensure the best possible cost-benefit ratio.

Junker, W.
IXe Congrès de la Fédération des architectes de la RDA (allocution de clôture)

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, pages 12 – 16,

Dans son allocution de clôture faite au IXe Congrès de la Fédération des architectes de la RDA, le ministre du bâtiment de la RDA insista sur la grande responsabilité des architectes vis-à-vis de la société à l' aménagement des villes et des communes, et tout particulièrement à la réalisation du programme de construction de logements de la RDA. Les activités de construction pour le bien du peuple doivent toujours orienter vers l'obtention d' und rapport favorable dépenses résultats.

Kluge, H.-J.
GDR Building Exhibition – Building to the Benefit of the General Public 17

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 9, pp. 17 – 21, 12 illustrations

The GDR Building Exhibition was held in Berlin this year, from May through August. The Exhibition, which saw crowds of visitors, was a show of physical exhibits, plans, and models and presented a broad picture of growing efficiency which characterises the building industry of the GDR. Recent technoscientific achievements as well as new solutions to problems of town planning and architecture demonstrated that all areas of building are oriented to the future.

Kluge, H.-J.
Exposition du bâtiment de la RDA – construire pour le bien du peuple

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, pages 17 – 21, 12 illustrations

Entre maî et août de cette année s'est tenue à Berlin l'„Exposition du bâtiment de la RDA“. Le grand nombre des produits, des plans et des maquettes exposés a permis aux visiteurs de cette manifestation très fréquentée de se faire une idée précise des performances accrues dans le secteur du bâtiment de la RDA. La présentation au grand public de nouveaux résultats scientifiques et techniques ainsi que de solutions urbanistes et architectoniques réussies a mis en évidence que tous les secteurs du bâtiment de la RDA sont préparés à maîtriser les exigences sans cesse croissantes posées le années à venir à cette branche d'industrie.

Felz, A.
Architectonic and Artistic Concept of the Building Exhibition 22

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 9, pp. 22 – 26, 12illustrations, 1 floor plans, 1 layout

This is the most comprehensive building exhibition ever held in the GDR, with 3,100 m² of show area and 1,500 exhibits. Its architectonic concept is based on an altered sport hall, with a rotating glass flat in its centre which can be observed from two levels. The entrance area of the main hall has been enhanced by a tent structure. Only few types of halls are used on the surrounding open-air ground together with some shelters, among them „SYBA“ halls, recently developed at the GDR Academy of Building.

Felz, A.
Aspects architectoniques et conceptionnels de l'Exposition du bâtiment de la RDA

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, pages 22 – 26, 12 illustrations, 1 plans horizontal, 1 plan d' ensemble

La conception architectonique de l'„Exposition du bâtiment de la RDA“ – avec sa surface d'exposition de 3 100 m² et avec 1 500 produits exposés elle a été la plus grande organisée jusqu'à maintenant – s'est basée sur la transformation d'un hall de sports au centre duquel s'est trouvé un „logement en verre“ en rotation permanente et duquel on a pu s'approcher de deux niveaux. La zone d'une construction de tente. Quant au terrain en plein air, on n'a utilsé qu'un nombre réduit de types de halls, parmi eux les halls „SYBA“, des nouveautés développées par l'Académie d'architecture de la RDA, ainsi que plusieurs constructions couvertes de toits.

Pieper, G.
Terrace Cafeteria in "Tierpark Berlin“ 28

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 9, pp. 28–31, 1 floor plans, 1 section, 6 illustrations

A new terrace cafeteria has been completed on the premises of "Tierpark Berlin“, the Zoological Gardens of the GDR capital. The building is a wing-shaped single-storey structure which covers the entire terrace. Seating is available for 800 visitors in an outdoor area, 100 inside the café, and 40 in the Zoo Parlour.

Pieper, G.
Café-terrasse au parc zoologique de Berlin

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, pages 28 – 31, 1 plan horizontal, 1 coupe, 6 illustrations

Un nouveau café-terrasse ouvrit ses portes au parc zoologique de Berlin, capitale de la RDA. Le corps du bâtiment, á un étage, renferme en forme d'aile tout surface de la terrasse. Cette terrasse a une capacité de 800 places, le café peut recevoir 100 personnes et le restaurant „Tierparkstube“ compte 40 places.

Kabus, G.
Persitent Renewal of Urban Centres – Evaluation of IX. Congress of GDR Association of Architects 32

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 9, pp. 32 – 39, 16 illustrations

The transition towards intensification of urban development in the GDR has been accompanied by growind emphasis on alteration and renewal of urban centres. Town planning and the entire building industry have to be adjusted to that challenge, in order to get building activities carried out in harmony with the general development of the area concerned and to make sure that high social effectiveness is achieved together with the best possible cost-benefit ratio.

Kabus, G.
Après le IXe Congrès de la Fédération des architectes de la RDA: Le tâches posées á la réhabilitation ultérieure de zones centrales urbaines

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 9, pages 32 – 39, 16 illustrations

De concert avec la transition à l'intensification du dèveloppement urbain de la RDA, des mesures de réaménagement et de réhabilitation á effectuer dans des zones centrales unbaines prennent de plus en plus de l'importance. Pour assurer que les différentes acitvités de construction se réalisent toujours en conformité avec le développement intégral des villes et pour assurer, de plus, une grande efficience sociale á des dépenses favorables au niveau de l'economie nationale, la planification et la production en matière de bâtiment doivent pleinement tenir compte de ces tendances actuelles.

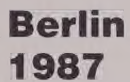


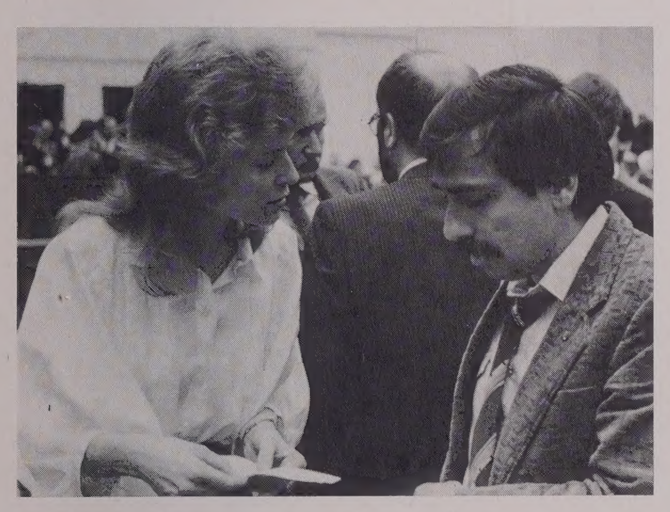




IX. Kongreß des BdA













ISSN 0323–3413

Karl Baumgarten, Angelika Heim

Landschaft und Bauernhaus in Mecklenburg

1. Auflage 1987, 168 Seiten mit 230 Zeichnungen und Fotos (davon ca. 50 farbig), 24×27 cm, Pappband zell., 52,– M
Bestellnummer: 562 304 1
ISBN 3-345-00051-2



Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, wo Veränderungen in den landwirtschaftlichen Methoden und in der ethnographischen Zusammensetzung der Bevölkerung einsetzen, ist das niederdeutsche Hallenhaus das für Mecklenburg typische Bauernhaus. Zweckmäßigkeit, ausgewogene Proportionen sowie eine enge Einbindung in die Landschaft bestimmen diese charakterische Bauweise, die zugleich Auskunft über die Lebensformen der bäuerlichen Bewohner gibt. Karl Baumgarten beschreibt Merkmale, Eigenart, Herkunft und Entstehung des Mecklenburger Bauernhauses, dabei im engen Zusammenhang mit den traditionellen Bauernhauslandschaften. Er zeigt den besonderen kulturellen Wert dieser Volksbauweise auf und macht die zunehmenden denkmalpflegerischen Bemühungen um dieses Erbe verständlich. Neben einem exakten hauskundlichen Anhang erhält das Buch durch zahlreiche Zeichnungen des Autors sowie einen umfangreichen Bildteil mit großformatigen farbigen und schwarzweißen Abbildungen von Angelika Heim zusätzlichen Reiz.

Bestellungen richten Sie bitte an Ihre Buchhandlung
VEB Verlag für Bauwesen, Französische Str. 13/14, Berlin, DDR, 1086